

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 1,10 M., vierteljährlich 3,30 M., halbjährlich 6,60 M., jährlich 12,00 M.
Einzelnverkauf 5 Pf.
Sonntagsnummer mit Wochenspiegel 10 Pf.
Beilage 'Die Neue Welt' 10 Pf.
Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat
Eingetragener in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.
Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Belastung für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf. für halbtägige und gewöhnliche Beirats- und Besprechungs-Anzeigen 20 Pf.
'Kleine Anzeigen' jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei).
Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden.
Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Samstagen bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphische Adressen:
'Socialdemokrat Berlin'.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 8. Januar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Handelskammern und Kinderschutz.

Die Schwäche des reichsgesetzlichen Arbeiterschutzes ist begründet in dem erdrückenden Einfluß des Unternehmertums aller Spielarten auf Regierung und gesetzgebende Körperschaften.
Plant die Reichsregierung, gedrängt durch die Socialdemokratie und die in ihr vereinigte Arbeiterklasse, irgend einen gesetzgeberischen Schritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, so melden sich sofort die Interessenvertretungen des Unternehmertums, um zu verhindern, daß der geplante Arbeiterschutz die kapitalistischen Interessen irgendwie gefährde.

So war es neuerdings auch bei dem Kinderschutz-Gesetz. Der Einfluß des agrarischen Ausbeutertums war groß genug, um zu bewirken, daß die Landwirtschaft mit ihren großen und kleinen Ausbeutern der Arbeitskraft unmündiger Kinder von jeder unbequemen Vorschrift verschont blieb.
Und da dieser Einfluß auch jetzt in ungebrochener Stärke fortbesteht, so wird es, selbst wenn die von der Kinderarbeit-Kommission geforderte Enquete über die Kinderarbeit in der Landwirtschaft alsbald vorgenommen wird, noch lange dauern, bis ein gesetzgeberischer Schritt gethan wird.

Was nach Beiseiteschiebung der Bekämpfung landwirtschaftlicher Kinderausbeutung an Schutzmaßnahmen noch übrig blieb, war dürftig genug. Dennoch aber beiziffen sich die Industrie-Ausbeuter, auch das Wenige noch zu bekämpfen.
Und dieser Kampf ist, wie das Verhalten der bürgerlichen Mitglieder der Kinderschutz-Kommission des Reichstages deutlich zeigte, lächerlich für die Gesetzgebung gewesen.
Vom Augenblick der Einbringung des Gesetzeswurfs begann der Kleinkrieg des Ausbeutertums gegen die grundlegenden Bestimmungen des geplanten Kinderschutzes und dauerte ununterbrochen an.
Die 'Rheinisch-Westfälische Zeitung', das Ausbeuter-Organ auf der roten Erde, bezeichnete den Entwurf gleich nach der Einbringung als 'ein gegen die Industrie gerichtetes Ausnahmengesetz' und diese Art Urteile sind bis jetzt fast ununterbrochen aus den Reihen der Industrie-Ausbeuter gekommen.

Es sind namentlich die Handelskammern, die Interessenvertretungen des Unternehmertums, welche sich den Kampf gegen die Regelung der Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben haben angelegen sein lassen.
Bis jetzt liegen bereits eine ganze Menge von Urteilen der Handelskammern vor und es ist socialpolitisch interessant, eine Anzahl von ihnen zusammenzustellen.
Die Urteile sind verschieden ausgefallen, die einen zustimmend, die andern um so mißbilligender, und man kann leicht erkennen, wo die objektive Erwägung und wo die Scharfmacherei Einfluß auf die Handelskammern hat.

Eine Anzahl Handelskammern haben sich mit dem Kinderschutz einverstanden erklärt. Die Handelskammer zu Heidenheim wünscht sogar eine Ausdehnung des Kinderschutzes und jagt mit Recht, es sei nicht einzusehen, warum der Kinderschutz 'vor demjenigen Betriebsstellen Halt mache, namentlich der Hausindustrie, Gast- und Schankwirtschaften usw., wo die größten Verletzungen an den Kindern Regel geworden seien'.
Sie verlangt auch die Regelung der Kinderarbeit in der Landwirtschaft, 'da wahrscheinlich bei einer anzustellenden Statistik auch hier ähnliche Mißstände wie in der Hausindustrie aufgedeckt werden würden'.

Ganz anders ist natürlich die Stellung der Handelskammern jener Bezirke, in denen die intensive Kinderausbeutung ein integrierender Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaft ist. Das ist in hohem Maße der Fall im sächsischen Vogtlande. So verlangt denn die Sächsische Handelskammer gewisse kapitalistische Reservatrechte der Kinderausbeutung.
In den Werkstätten der Perlmutterverarbeitung sollen die Kinder mit der Verarbeitung fertiger Perlmutter weiter ausgebeutet werden können.
Eine ganz schändliche Ausbeutung ist die gesundheitsuntergrabende Beschäftigung der Kinder in der erzebergischen und vogtländischen Hüttenindustrie. Aber die erzebergischen Hüttenkönige, die den ganzen Weltmarkt mit ihrer billigen Ware überschwemmen, verlangen durch die Handelskammer die weitere Beschäftigung der Kinder in der Hüttenindustrie, weil diese mit der Konkurrenz Belgiens, Italiens, Österreichs und Frankreichs zu rechnen habe.
Das heißt: ohne die Kinderarbeit würden diese Ausbeuter nicht mehr so billig wie bisher liefern können.
Geradezu klassisch ist die Stellung dieser Kammer zu der 'Verfälschung' der Landwirtschaft mit Schutzmaßnahmen. Die Herren geben zu, daß die landwirtschaftliche Kinderausbeutung 'vielfach ebenso schädlich wie die gewerbliche Kinderarbeit sei'. Sie befürchten von dem gewerblichen Schutz, 'daß die bisher gewöhnlich thätigen Kinder bei weitgehendster Beschränkung dieser Arbeit sich der Landwirtschaft zuwenden und der Industrie entzogen würden'.
Aber brüderlicher Klasseninstinkt veranlaßt sie, 'von diesen Bedenken abzusehen', da durch eine Einbeziehung der Landwirtschaft, 'nur den in weitem Maße berechtigten Ansagen der Landwirtschaft, daß die Industrie ihr die Arbeiter entziehe, neue Nahrung zugeführt werden würde'.

Mülheim a. d. R. ist jener Industriebezirk, an der Grenze des Rheinlands, in welchem das Bued-Deumerische Scharfmachertum seinen hauptsächlichsten Sitz hat. Dort sind die Fabrikanten des 'langen Möllers', dort herrscht auch die schlimmste Arbeiterausbeutung. Die dortige Handelskammer sieht denn auch in dem Kinderschutz nur 'einen Eingriff in die erteilte Autokratie, die geeignet sei, große

Unzufriedenheit in weitere Kreise zu tragen, insbesondere da, wo in der Hausindustrie zahlreiche Kinder mit leichten und gefahrlosen Arbeiten beschäftigt werden und damit zum Unterhalt der Familien nicht unwesentlich beitragen'.
Mit dem durch die Beschränkung der Kinderarbeit herbeigeführten Minderverdienst 'werde die Ernährung der Kinder auch schlechter werden, abgesehen davon, daß sie, wenn sie die Aufsicht und Kontrolle hinter sich wüßten, gegen ihre Eltern und später für das ganze Leben anmaßender würden'.
Man sieht, die Herren fürchten, bei energischer Bekämpfung der Kinderarbeit Lohnforderungen der Erwachsenen und für die Zukunft ein starkes und selbstbewußtes Geschlecht, welches nicht mehr so willig die Ketten der Ausbeutung trägt, wie die Arbeitsflaven von heute.
Es ist daher auch begreiflich, daß sie das ganze Kinderschutzgesetz zum Teufel wünschen und an Stelle dessen 'bundesrätliche Verordnungen für bestimmte Gegenden'.

Die Nürnberger Handelskammer, in deren Bezirk die Kinderarbeit im Schwange ist, sieht dem Gesetze mit gemischten Gefühlen gegenüber. Die dortigen Industrie-Ausbeuter sind — und wohl mit Recht — verärgert, daß die Gesetzgebung ihre agrarischen Klassengenossen so hübsch in Ruhe gelassen hat. Die Handelskammer sagt in einem Bericht: 'Der Herr Staatssekretär des Innern, Dr. Graf v. Posadowski, verteidigt es, daß sich das Gesetz nur auf gewerbliche Betriebe, nicht auf landwirtschaftliche beziehe, damit, daß die landwirtschaftlichen Arbeiten, z. B. Rübenziehen, Kartoffelhacken und Kartoffelsetzen, sehr leichte, einfache Arbeiten seien. Dem gegenüber muß doch betont werden, daß die Kinder in der Landwirtschaft sehr verschiedenartig verwendet werden und gerade die angeführten Arbeiten Kraft absorbieren und wegen der gebühten Haltung des Körpers dem Kinderkörper wenig zuträglich sind'.

Sonneberg! In diesem deutschen Herd der Kinderausbeutung in der Spielwaren-Industrie, hat man natürlich gegen das Gesetz eine ganze Menge Wenn und Aber. Gegen das Princip des Kinderschutzes möchte man sich nicht stemmen, jedoch das Kapital soll auch von jeder Verwertung der Produktion bewahrt bleiben. So sieht denn diese Handelskammer ihr Teil in einer Menge Ausnahmen, die den Kinderschutz dann und da, wann und wo es am notwendigsten ist, ausschalten sollen.
Viele Vorrichtungen der Spielwaren-Industrie sind 'leicht, mühelos, fast spielend', 'es kann der Zukunft des Kindes nur förderlich sein, schon früh zu nützlicher Beschäftigung angehalten zu werden' usw.
Auch die Dresdener Handelskammer, in deren Bezirk die Kinder sowohl in der Spielwarenindustrie (Übersbau) als in der Papierwaren- und künstlichen Blumenindustrie beschäftigt werden, sieht das Gesetz mit sauerlicher Miene an und bittet die sächsische Staatsregierung, sich nur ja gegen die 'außerordentlichen Verschärfungen des Entwurfs durch die 19. Kommission des Reichstages' zu wenden.

Auch der Deutsche Handelstag, die Spitze der Handelskammern, hat bereits gegen die 'Scharfen' des Entwurfs Front gemacht.

So ist das Unternehmertum dabei, den geplanten Kinderschutz so viel als möglich zu entkräften — unter getreuer Hilfe der bürgerlichen Parteien, die nichts sind als seine Kommis.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Januar.

Wachen und Richter.

Herr Wachen ist, gegen Herrn Richter genommen, ein Wächter der Wahrheit', so schreiben wir Sonntag in unseren Bemerkungen über das Richterliche ABC der Lüge. Diese Einschätzung seiner Leistungsfähigkeit auf dem Gebiet der Unwahrhaftigkeit hat Herrn Wachen nicht befriedigt und in einem ruhigen Anlauf hat er es fertig gebracht, den Rekord Richters glänzend zu schlagen.

Wachens Blatt, die 'Köln. Volkszeitung', beschäftigt sich mit unserem Artikel über das Richterliche ABC und verteidigt natürlich den unberücksichtiglichen Raubherrn und Regisseur der Vergevaltigungen gegen unsre Kritik.
Seinerseits versucht dann das Blatt unsere Widerlegung nicht, wenn nicht zu widerlegen, so doch noch Kräfte zu verwirren. Den Höhepunkt dieser literarischen Antikritik bilden die folgenden zwei Aussprüche, die an Verlogenheit in der That alles übertreffen, was Eugen Richter geleistet. Wir beginnen mit dem geringeren Schwindel:
'Daß die Einbringung, "völlig ausfichtslos" Anträge den Gesprächigkeiten aller Parteien entspricht, ist uns völlig neu. Wir glauben nicht, daß der "Vorwärts" einen Fall beibringen könnte, der dafür zeugen würde, daß z. B. das Centrum, um den Gang der parlamentarischen Verhandlung lahm zu legen, je "völlig ausfichtslos" Anträge gestellt hätte'.

So die 'Köln. Volkszeitung'. Die Behauptung braucht nicht widerlegt zu werden; denn Wachen hat sich, während des Ausschusses der Lüge noch rechtzeitig überlegt, daß er sofort von jehermann ertappt werden könne. Das Centrum hat ja eben monatelang die Deffektivität und das Parlament mit seinen Kompromißvoll-Anträgen geist; es hielt sie aufrecht, obwohl es von der Regierung hundertmal als völlig unannehmbar bezeichnet worden, also "völlig ausfichtslos" waren. Erst im letzten Augenblick hat sie dann auf die "völlig ausfichtslos" Anträge verzichtet. So konnte die 'Köln. Volkszeitung', so gern sie wollte,

die Lüge nicht wagen, unsere Behauptung sei unrichtig, daß alle Parteien "völlig unannehmbar" Anträge einbringen, daß folglich der Socialdemokratie aus solchen selbstverständlichen Verfahren kein Vorwurf zu machen sei. Die 'Köln. Volkszeitung' schmuggelt darum den Zwischenfall ein, daß diese ausfichtslosen Anträge nur gestellt seien, um die "Verhandlung lahm zu legen". Aus diesem Grunde hat aber auch die Socialdemokratie keine Anträge gestellt, ihre "völlig ausfichtslos" Anträge waren durchweg sachlich und notwendig, und Eugen Richter hat uns nur deswegen angeflötzt, weil sie ausfichtslos waren — ebenso ausfichtslos wie die Centrumsanträge und — die ganze dreißigjährige Oppositionstätigkeit Eugen Richters.

Nun aber der Wachen auf dem Gipfel der Verlogenheit! Folgendes schreibt die 'Köln. Volkszeitung', um die Thatsache zu verdunkeln, daß es nicht nur die katholischen Arbeiter, sondern auch die katholischen Bauern verraten hat. Zur Verurteilung dieser rebellierenden Centrumbauern ist der folgende trotz alledem verblüffende Satz geschrieben:

'Hätte jene obstruktivistische "Sachlichkeit" der Socialdemokratie nicht eingeleitet, so wäre es nie zum Antrag Kardorff gekommen, und die wirklich sachliche Diskussion würde vielleicht jetzt noch nicht beendet sein. Bei niemand anders als bei den Socialdemokraten haben sich die Interessentengruppen, wie die Gärtner, die Milchproduzenten usw., zu bekümmert, wenn ihren speziellen Wünschen nicht mehr Rechnung getragen werden konnte'.

Diese Verlogenheit ist in der That nicht mehr zu überbieten, aber sie erreicht den kritischen Punkt, wo die Schamlosigkeit in einfache Feisel umschlägt. Die 'Köln. Volkszeitung' hätte gut gethan, gerade an die Gärtner und die Milchproduzenten nicht zu erinnern; denn die Vergevaltigungstaktik des Centrums hatte sich als erstes Opfer die Gärtnerprodukte usw. anzuwenden, und zwar ohne daß irgend eine Erscheinung vorher gegangen wäre, die auch der Unwilligkeit als Obstruktion bezeichnen könnte. Das Centrum war es, das am 29. Oktober durch den Antrag Herold der Uebergang zur Tagesordnung über die Wangelheim'schen Gemäse, Blumen, Obst usw. Anträge bewirkte und damit auch die Eröffnung jeder Diskussion über diese wichtigen Positionen durchsetzte. Deshalb ist die Erinnerung der 'Köln. Volkszeitung' so dumm, weil sie damit selbst an den ersten Anfang der Vergevaltigung rührt und dadurch die bis zum Ziel wiederholte Lüge entlarvt, die "Obstruktion" habe das Vorgehen des Centrums und seiner Hörigen veranlaßt. Der 29. Oktober war der kritische Tag, an dem das Centrum, ohne jede vorausgegangene Obstruktion und Provokation, mit seinen Rechtsbrüchen einschloß, und zwar richtete es, um den Schein zu wahren, die Generalprobe seiner Goldbläuter gegen die eigenen Raubwaren, die Gemäse, Obst und Milch-Jöllner. Wenn die 'Köln. Volkszeitung' trotz ihrer offenkundigen Unfähigkeit das böse Geschäft treibt, die socialdemokratische Obstruktion auch mit der "Schuld" an der Aufschaltung der Diskussion über die Wünsche der Gemäse- und Milchproduzenten zu belasten, so veranlaßt sie offenbar dazu jener Instinkt, der den Verbrecher immer an sein Opfer bannt.

Sie haben uns die Nähe nicht verdrießen lassen, um allem Lüzengeweis endgültig ein Ende zu bereiten, einmal an der Hand amtlicher Stenogramme ziffermäßig festzustellen, daß keinerlei Obstruktion, keinerlei illegale Handhabung der Geschäftsordnung, keinerlei schändliche Anträge, keinerlei unmündige namentliche Bestimmungen, keinerlei socialdemokratische "Dauerreden", keinerlei längere Geschäftsordnungs-Debatten vorausgegangen waren, als plötzlich am 29. Oktober die Centrums-Taktik der Vergevaltigungen und Rechtsbrüche einschloß — durch den Vorschlag des Präsidenten Wollestrom, die Beratung über die vielen Duzende verschiedenartigster Positionen des Antrages Wangelheim zusammenzufassen, und den Antrag Herold über sie zur Tagesordnung überzugehen.

Am 28. Oktober einschließend hatte sich der Reichstag in 11 Sitzungen mit den Minimalzöllen der Kommission und der Anträge Wangelheim auf Getreide, Vieh und Fleisch beschäftigt: fünf Tage über Roggen und Weizen, 2 über Hafer und Gerste, 1 Tag über Pferde, 3 Tage über Rindvieh, Schweine, Fleisch usw. In diesen Debatten haben im ganzen 60 Redner das Wort ergriffen, darunter die Socialdemokraten nur achtmal, dagegen die kleine Gruppe der Heberjöllner (Konservative, Antisemiten, Bauernbündler, Dr. Heim) 17 mal! Das Kartell Bassermann-Kardorff-Spahn kam 15 mal zum Wort. Die "Mitbewerber" der Obstruktion, die Freisinnige Vereinigung, entfaltete sechs Redner, die um Richter (einschließlich der Süddeutschen Volkspartei) sprachen allerdings nur 4 mal; gerade ihnen wurde wiederholt das Wort abgeschnitten, was ihnen aber nicht im mindesten zu Gegenmaßnahmen Anlaß gab.

Diese Zahlen widerlegen schon ohne weiteres die Lüge, daß die "Obstruktion" zu Gewaltmaßnahmen nötigte. Socialdemokraten und Freisinnige Vereinigung begnügten sich mit vierzehn Redten, während die Zollmehrheit, wenn man noch den in obiger Aufstellung nicht erwähnten Polen hinzurechnet, 33 Redner ins Treffen schickten. Daß in diesem Stadium der Verhandlung keine Rede der Opposition eine Länge hatte, die über das durch die Materie benötigte Maß hinausgegangen wäre, wird selbst die 'Köln. Volksztg.' nicht zu leugnen wagen.

Weiter ist festzustellen, daß während dieser 11 Tage Geschäftsordnungs-Debatten so gut wie gar nicht vorkamen, sie beschränkten sich auf ein paar Bemerkungen.

Anträge wurden fast lediglich von den Bündlern gestellt, socialdemokratische gab es nur ganz vereinzelt.

Und endlich die namentlichen Abstimmungen! Zur Sache wurden 16 Abstimmungen notwendig, darunter waren noch nicht einmal die Hälfte, 7, namentlich, und dies, obwohl es sich um die wichtigsten und prinzipiell entscheidenden Abstimmungen des ganzen Entwurfs handelte. Sonst wurde nur noch eine einzige namentliche

Abstimmung gefordert; das war anlässlich eines Schlussantrages bei der Beratung über den Hafer- und Gerstenzoll, durch den zwei freisinnigen Abgeordneten das Wort abgegriffen worden war.

Erwähnt sei noch, daß die verräterische Taktik der schweigsamen freisinnigen Volkspartei bereits bei der ersten Abstimmung einsetzte; Eugen Richter verhinderte eilig gegen dem Vorschlag des Präsidiums Grafen Wallstrem die Abstimmungen über die sozialdemokratischen Prinzipalansätze auf Zollfreiheit.

Jetzt steht somit, doch bis zum 28. Oktober die Sozialdemokratie sowie auch die freisinnige Vereinigung in jeder Beziehung hinter den Jöllnern zurückzutreten, die durchweg das große Wort führten und die Verhandlungen mit Anträgen überließen. Auch hinsichtlich der namentlichen Abstimmungen kann keine Rede von einem illoyalen Gebrauch der Geschäftsordnung sein.

Trotzdem begann am 29. Oktober das Centrum mit jener Taktik, die schließlich zu Störung und Gröber führte. Zunächst wurde kurz nach Eröffnung der Sitzung die Debatte über die Vieh- und Fleischzölle geschlossen. Die Sozialdemokratie ließ sich auch dadurch nicht von ihrer sachlichen und maßvollen Haltung abbringen. Sie zog vielmehr eine Anzahl ihrer Anträge zurück, und von den 16 Abstimmungen über diese Positionen wurden nur 5 namentliche verlangt!

Jetzt folgte der erste der Verfalls Rechtsbrüche und Vergehensleistungen. Zunächst sollten die unzähligen Positionen (Gemüse, Obst, Wein, Eier, Blumen usw. usw.), für die Waugenheilm Minimalzölle beantragte, zusammengefaßt werden. Die Folge war die erste größere und lebhaftere Geschäftsordnungsdebatte. Selbst der nationalliberale Cautler, der später zu den Staatsrechtlern überging, erklärte überrascht: „Ich bin der Meinung, daß der Herr Kollege Singer mit seinem Protest gegen die von dem Herrn Präsidenten vorgeschlagene Verbindung ganzen Reihe von Positionen nach meiner Ueberzeugung im Recht ist, und ich kann nicht umhin, auch meinerseits hervorzuheben, daß ich nicht geglaubt habe, daß man in dieser Weise verfahren sollte.“

Eugen Richter dagegen fand kein Wort des Protestes gegen die Zusammenziehung. Die wirre Geschäftsordnungs-Debatte endigte damit, daß der Centrum-Herold den Uebergang zur Tagesordnung über alle Anträge Waugenheim beantragte und erzielte. Das war der erste und zwar gleich sehr tolle Streich! So hat das Centrum — ohne irgend einen von der Opposition gegebenen Anlaß — seine Gemüse- und Milchproduzenten abgewürgt, denen die „Adn. Volkszeitung“ jetzt vorgüligen sucht, die sozialdemokratische Obstruktion sei schuld an der Nichtberücksichtigung ihrer Interessen.

So ist die urkundliche Wahrheit! Wenn es der „Adn. Volkszeitung“ gelingt, aus dieser zwingenden Beweisführung nur ein einziges Glied auszupredigen, so verpflichten wir uns, Herrn Bader als einen ehrlichen Mann und das Richterische W & C als das Evangelium der Wahrhaftigkeit zu erklären.

Die wahre Gesinnung.

Eine grobkärtige Protest-Versammlung gegen den Adressen-Schwindel des Stettiner „Vulkan“ fand am Dienstagabend in Predow bei Stettin statt. Wie die bürgerliche „Stettiner Abendpost“ meldet, nahmen an dieser Protestversammlung, die „einen ziemlich stürmischen Verlauf“ genommen haben soll, 1600 Arbeiter der Vulkan-Werke teil. Sie nahmen nach einem Referat des Redakteurs Haber vom Stettiner „Vollboten“ folgende Protestresolution an:

„Die verarmten Arbeiter des „Vulkan“ erklären, daß sie mit der Unterschriften-Sammlung zu dem Ergebenheits-Telegramm in Sachen Krupp an Seine Majestät den Kaiser und dem Inhalt dieses Telegramms nicht einverstanden sind, sie erklären vielmehr dieses Telegramm für eine Schand- und Schmach, die dem Kaiser über die wahre und christliche Gesinnung der Arbeiterschaft des „Vulkan“ zu täuschen. Sie betonen, daß sie durch direkten und indirekten Zwang vielfach zur Unterschrift unter das Ergebenheits-Telegramm seitens dieser Unterangestellten des „Vulkan“ veranlaßt worden sind. Sie halten es indes jedoch mit ihrer Ehre- und Standesehre für unvereinbar, daß Seine Majestät der Kaiser über ihre wahre Gesinnung getäuscht wurde und erklären, daß nur die Ausschließung weltanschaulicher Schädigung seitens der meisteiligen Willkür, die die Arbeiter des „Vulkan“ schon so oft zu fühlen bekamen, sie veranlaßt hat, ihre Unterschriften unter die genannte Liste zu setzen. Dieser Beschluß der Versammlung ist dem Kaiser telegraphisch zur Kenntnis zu bringen.“

Es dürfte auffallen, daß — abgesehen von gewissen stilistischen Eigenheiten, die man in Resolutionen sozialdemokratischer Arbeiter nicht zu finden gewohnt ist — in dieser Protestresolution die ausdrückliche Erklärung fehlt, daß die Arbeiter des „Vulkan“ nicht daran denken, das Tafelbuch zwischen sich und der Sozialdemokratie zu zerschneiden. Dieser Umstand ist darauf zurückzuführen, daß die Sozialdemokratie als Partei mit der Umgebung nichts zu thun hatte, daß sie es vielmehr, um den Protest noch eindringlicher zu gestalten, den Gewerkschafts-Organisationen überlassen hatte, die Unterschriften-Erpressung des „Vulkan“ als elende Schand- und Schmach zu brandmarken. Die Versammlung war demgemäß von dem Gewerkschaftsartikel Rando-Weisenhagen und dem Ortsverband der Gewerksvereine für Stettin und Umgegend einberufen worden. Das Zusammengehen mit dem freisinnigen Ortsverband schloß es aus, der Umgebung gleichzeitig einen parteipolitischen Charakter aufzutragen. Hervorzuhoben ist ferner, daß nur denjenigen Arbeitern Zutritt zu der Versammlung gewährt wurde, die sich durch ihre Fabrikmarke als Arbeiter des „Vulkan“ ausweisen konnten.

Der Kaiser, dem in diesem Falle die wahre Gesinnung der Arbeiter in authentischer Form kundgethan worden ist, wird wohl nicht verfehlen, dem terroristischen Ungehörigen der Arbeitgeber und ihrer Kreaturen nach Kräften zu steuern! —

Deutsches Reich.

Steueraufhebung. Angesichts der verzweifelten Staatslage erklären die „Verl. Pol. Nachr.“:

„Noch läßt sich naturgemäß auch nicht annähernd übersehen, wie hoch der für den Reichshaushalts-Etat verfügbare Rezerextrag aus dem neuen Zolltarif sein wird. Wenn dieser aber infolge des Vorgehens des Reichstags nicht zur dauernden Verfestigung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben ausreicht, so wird sich der Reichstag nicht der Verpflichtung entziehen können, zur Ausfüllung der durch seine eigenen Beschlüsse in den Einnahmen des Reiches entstandenen Lücke seinerseits mitzuwirken. Daß dabei direkte Steuern, insbesondere Einkommen- oder Vermögenssteuern nicht in Betracht kommen können, unterliegt schon jetzt keinem Zweifel. Wenn in einzelnen liberalen Blättern wieder von einer solchen Ergänzung der Reichseinnahmen die Rede ist, so hat man es mit Gedankenexperimenten ohne jeden praktischen Wert zu thun. Das Reich wird seinen Ausgabebedarf, abgesehen von Steuererhöhungen, immer nur im Wege der indirekten Steuern decken können.“

„Praktischen Wert“ haben nur solche Steuerpläne, durch deren Ausführung die Volksmassen belastet und die Wohlhabenden geschont werden. Zur Verteuerung des Brotes, des Fleisches, aller

Nahrungsmittel soll eine weitere Versteuerung an Bier und Tabak kommen, um die unsumme Verschwendung für Militär, Marine und Weltpolitik weiter zu ermöglichen und zu sichern! —

Der Schand socialdemokratischer Ehre. Kürzlich wurde der Redakteur unseres halbeschen Parteiblattes zu der furchtbaren Strafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er mit der Nachzahl unzufrieden gewesen war, daß ein Arbeiter Geldsammlungen für ein Werkmeister-Jubiläum unterlassen habe.

Die schändlichen Gerichte die Ehre eines sozialdemokratischen Redakteurs? Eine Münchener Gerichtsverhandlung beantwortet die Frage. Vor einigen Monaten brachte die „Münch. Post“ einen Bericht über einen Stuppel-Prozess. Der Strauchsteiger lag sich darauf die infame Verleumdung aus den Fingern, der Bericht wäre wahrscheinlich nicht erschienen, wenn er dem Verleumdeter der „Münch. Post“, dem Genossen Albert, wieder ein Schweigegeßel bezahlt hätte, wie dies schon früher einmal der Fall gewesen.

Darauf verlagte Albert den Verleumder. Vor Gericht wurde festgestellt, daß Genosse Albert jeder Verleumdung unzugänglich sei. Der Strauchsteiger, der wider besseres Wissen den Redakteur verächtlich hatte — in Halle handelte es sich um eine Physikalien — bekam — drei Tage Gefängnis!

In der Gerichtsverhandlung wurde die interessante Thatsache festgestellt, daß bürgerliche Gerichtsreporter sich wohl Schweigegeßel zahlen ließen, daß aber Albert als unbeschuldig bekannt sei. Ein Journalist H. gab zu, solche Schweigegeßel erhalten zu haben. Die „Münchener Post“ bemerkt zu dem Falle:

Der Veler, der den vorstehenden Verhandlungsbericht liest, wird wahrscheinlich etwas erstaunt sein, daß wir den Namen des Schweigegeßel empfangenden Berichterstatters H. nicht nennen. Das hat zwei gute Gründe. Einmal handelt es sich um einen armen Teufel, der den Sündenbock für mehr als ein Duzend seiner Kollegen machen muß, und zweitens sind für dieses System ganz andre Leute verantwortlich zu machen. Mit einigen Redensarten über die Veschicklichkeit der Zeitungsschreiber ist die Sache nämlich nicht abgethan. Will man den richtigen Standpunkt für die Beurteilung gewinnen, so muß man sich zunächst einmal erkundigen, wie denn diese Leute eigentlich bezahlt werden, und da wird man ganz merkwürdige Dinge erfahren. So besteht z. B. ein Nachrichtenbureau, dessen Inhaber in dem vornehmen Journalisten- und Schriftstellerverein eine große Rolle spielt und sich ausnahmslos bei allen möglichen Tagen, Sonntagen und Feiertagen die Münchener Journalisten zu repräsentieren. Dieser Herr soll, wie man uns mitteilt, seine Gerichtsstaal-Berichterstatter mit 75 bis 100 M. monatlich entlohnen. Das ist aber verhältnismäßig noch glänzend bezahlt. Das „Neue Münchener Tageblatt“ zahlte früher 10 M. wöchentlich, jetzt 60 M. monatlich, und für eine ganze Schmutzgerichts-Periode, die mitunter bis zu 3 Wochen dauert, gar nur 25 M. Der Berichterstatter der „N. Fr. Volkszeitung“ erhält wöchentlich 20 M.; der „Bayr. Kurier“ zahlte früher angeblich 20 M. monatlich. Unter solchen Verhältnissen kann man sich natürlich nicht wundern, wenn diese Berichterstatter für Schweigegeßel empfänglich sind, zumal ihnen diese mitunter förmlich aufgedrängt werden. So ist imsen Genossen Albert einmal ein sehr bekannter Herr aus dem besten Gesellschaftskreise bis in die Senefelderstraße nachgelaufen, um ihn zur Annahme von 200 M. zu bewegen, damit der Bericht über einen gewissen Sensationsprozess unterbleibe. Einige Reporter sind übrigens so vorzüglich, genau Buch zu führen über die Geber und Empfänger der Schweigegeßel, und wir hatten Gelegenheit, einige derartige Listen einzusehen. Unter den Empfängern waren Leute verzeichnet, die sich später zu Redakteuren von „hochansehnlichen“ Tagesblättern emporgearbeitet haben. Die Listen der Geber aber umfassen alle Gesellschaftskreise, Verleger Münchener Tageszeitungen nicht ausgenommen. —

Die Unhaltbarkeit des preussischen Landtags-Wahlrechts wird nun auch von der „Post“ anerkannt. Die „Post“ beschäftigt sich mit den Absichten, welche die Sozialdemokratie für die nächsten Wahlen in Preußen geäußert habe, und fordert die Aenderung des Wahlverfahrens. Wir hatten wiederholt darauf verwiesen, daß bei lebendiger Wahlbeteiligung die Wahlhandlung in größeren Urwahlbezirken unter den jetzigen Bestimmungen unmöglich durchgeführt werden könne. Wir hatten eine Aenderung der betreffenden Bestimmungen gefordert, widrigenfalls bei der Wahl selbst die Unzulänglichkeiten offenbar gemacht werden würden. Die „Post“ nun bezeichnet diese Absicht, das unsinnige Wahlverfahren in seiner Unhaltbarkeit zu erweisen, wieder einmal als „socialdemokratische Obstruktionspläne“, denen alsbald entgegengetreten werden müsse. Die „Post“ sagt:

„Hier gilt es daher, rechtzeitig durch entsprechende Aenderung der für das Wahlverfahren geltenden Vorschriften der Ausführung der socialdemokratischen Obstruktionspläne vorzubeugen. Das ist naturgemäß in erster Linie Sache der Staatsregierung, insbesondere des Ministers des Innern. Soweit sich der Zweck durch reglementarische Vorschriften erreichen läßt, ist dafür die Regierung allein zuständig und demzufolge auch allein verantwortlich; aber auch wenn sich eine Aenderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über das Wahlverfahren als erforderlich erweisen sollte, wird ihr die Initiative obliegen. Jedenfalls aber wird die Frage, wie zweckmäßig den im voraus angeknüpften Obstruktionsmaßnahmen der Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen vorzubeugen sein wird, Gegenstand der Erörterung in der bevorstehenden Landtagssession sein.“

Wenn nach der Ankündigung der „Post“ verfahren wird, so sind wir von dem vorläufigen Erfolg unserer Bemühungen in dieser Hinsicht sehr betrübt. Es kann nicht schaden, daß bei der Besprechung der wahlrechtlichen Unzulänglichkeiten zugleich die Unmöglichkeit des preussischen Landtagswahl-Systems selbst im Parlament und in der Öffentlichkeit zur Erörterung gelangt. —

Centrallohn für Polenbekämpfung. Wie aus Wien gemeldet wird, hat das preussische Ministerium dem Plane, den Beamten in den Provinzen Westpreußen und Posen eine fortlaufende Gehaltszulage von 10 Proz. ihres jetzigen Einkommens und den Lehrern eine solche von durchschnitt 20 M. zu gewähren, zugestimmt. Die hierzu erforderlichen Mittel sind bereits in den diesjährigen Staatshaushalts-Etat eingestellt worden! —

Ein katholisches Urteil über Wilhelm II. Eine Korrespondenz berichtet: „Schon einmal hatte eine päpstliche Zeitung, die „Vocella Verita“, die Nachricht gebracht, die aus Frankreich auswandernden Ordensbrüder und Schwestern würden in Esch-Lothringen mit offenen Armen aufgenommen. Jetzt wiederholt das römische Sonntagblatt „La vera Roma“ vom 28. Dezember 1902 diese Nachricht, indem es das Verhalten Deutschlands als einen Triumph des Guten dem Triumph des Bösen in Frankreich gegenüberstellt. „Der Apostel Combes“, so heißt es da weiter, übertrifft in der Verfolgung der Religion Christi den Apostaten Julian, Nero, Diokletian, Dionysius von Syrakus, und andre ähnliche Tyrannen erlöschen im Vergleich mit ihm.“ Dann aber geht es weiter: „Glücklich dagegen die Franzosen, die 1870 mit Esch-Lothringen unter die Herrschaft Deutschlands kamen. Alles andre als Bedanke! Dieser verständige und tapfere Kaiser, der jetzt kaum mehr dem Namen nach Protestant ist, begünstigt die katholischen Märtyrer, die die Sanstalten von der Seine geachtet haben. Esch und Lothringen füllen sich mit verarmten Ordensbrüdern und frommen Schwestern, und jene alten Franzosen sehen sich gezwungen, ihrem Vaterland treu zu werden und ihren Eroberer zu segnen. Kürzlich hat Kaiser Wilhelm beim heiligen Vater die Errichtung einer katholischen theologischen Fakultät an der laieerlichen Universität Straßburg betrieben und erreicht. Die für diese Errichtung stipulierten und von Deutschland unterzeichneten Bedingungen sind von reinem apostolisch-römisch-katholischem Ursprungs. Wir sprechen davon noch genauer. Unterdes unterhalte ich mich damit, mit vollen Lungen zu rufen: Es lebe Wilhelm II.“

Es sei bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß dem schon vom Papste für seine Vermittlungen um die Katholisierung der Universität

Straßburg befohlen Freiherrn v. Hertling jetzt der Kronenorden zweiter Klasse mit dem Stern verliehen worden ist. —

Ein evangelischer Pastor über den Sudigungskurs. Aus Baden wird uns geschrieben: Im Landesorgan der konservativen Partei Badens, der „Badischen Post“ in Karlsruhe, läßt sich der protestantische Pastor Haag in einer Artikelserie „Zum Kampf gegen die Socialdemokratie“ über die bekannten Arbeiteradressen an den Kaiser in dieser Weise vernehmen:

„Daß eine Willensbeeinflussung, ob sie nun in größerer oder weiterer Form erfolgte, nicht sofort genug gebrauchmarkt werden kann, ist klar. Sie ist ungesetzlich, denn der Arbeiter, der seine Arbeitskraft in den Dienst des Unternehmers stellt, verkauft damit nicht seine Ueberzeugung, er behält wie jeder andre Staatsbürger das freie Recht seiner politischen Meinung, nur so kann ein Reichthum bestehen. Es ist weiter unbillig, eine Notlage, wie sie die ungünstigen Arbeitsverhältnisse in der gegenwärtigen Zeit geschaffen haben, zu benutzen, um einen Druck auf die Gewissen auszuüben; alle Achtung dann vor dem Arbeiter, der lieber hungert, als daß er wider seine Ueberzeugung handelt. Es ist aber auch geradezu staatsgefährlich, durch unwarre Ergebenheitsadressen an der Stelle, an die sie gerichtet sind, eine falsche Vorstellung von der wirklichen Sachlage hervorzurufen und den Kaiser in einem Augenblick, wo nur volle Erkenntnis der wahren Verhältnisse helfen kann, zu täuschen, es liegt darin mehr Verleumdung der Majestät, als in mancher vor Gericht gehandelt sogenannten Majestätbeleidigung eines betrunkenen Großsprechers. Und endlich ist es unbillig thöricht und kurz-sichtig, zu meinen, man schaffe Thatsachen aus der Welt dadurch, daß man sie überflieht.“

Das ganze Verfahren ist ein Betrug, wie wenig man die Sozialdemokratie wirklich kennt, sonst könnte man nicht mit solchen Mitteln etwas auszurichten suchen, die an die Kinderstube erinnern. Die Sozialdemokraten sind doch schließlich keine Kinder, denen man bloß die Kute zu zeigen braucht, damit sie still und beschieden werden und alle ihre Forderungen, zu denen sie sich berechtigt glauben, aufgeben. Es ist auch nicht so, als ob es sich in der gesamten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung nur um das psychologisch-interessante Schauspiel handelte, wie einige redgebende Führer 2 Millionen Arbeiter daran zu bezaubern im Stande sind, daß diese gar nicht merken, daß sie eigentlich nur Verführte sind. Mögen auch die Worte Verführung, Verführung u. hier nicht so ganz unbedeutend sein, so ist es jedenfalls nicht, daß die großen Arbeitermassen einfach lauter Dummköpfe darstellen, die sich von böswilligen Führern gutwillig an der Nase herumführen lassen, und schließlich gar nicht wissen, warum sie sich das gefallen lassen. Wenn sie nicht selbst die feste Ueberzeugung hätten, daß sie eine Vertretung ihrer Interessen bisher nur bei ihren selbstgewählten Führern fanden, so würden sie ihnen auch nicht Gehorschaft leisten. Will man sie dieser Gehorschaft entziehen, dann genügt es doch wahrhaftig nicht, daß man sie zu Loyalitätsadressen preßt, sondern man erkenne das, was an ihren Forderungen berechtigt ist, an und gewinne ihr Vertrauen.“

Ein Prediger in der Wüste! —

Kein bedingter Einspruch gegen die Gültigkeit von Stadtverordnetenwahlen. Die Stadtverordnetenwahlen, die in Cuxen 1901 stattgefunden hatten, waren durch Einspruch angefochten worden. Die Einsprechenden hatten folgende Form gewählt: Sie hätten erfahren, daß gegen die Wahl des Waidmünders Rosenfeld Einspruch erhoben worden sei, weil usw. Wenn dem Einspruch stattgegeben werden sollte, dann möchten auch alle andern am 18., 19. und 21. November stattgefundenen Wahlen für ungültig erklärt werden.

Die Stadtverordneten-Versammlung erklärte die Wahl Rosenfelds für ungültig, wies aber den Einspruch gegen die andern Wahlen als unbegründet zurück. Der Bezirksausschuß erkannte auf die Klage der Parte im gleichen Sinne. — Das Ober-Verwaltungsgericht als Berufungsinstanz ging auf die principellen Gründe der Klage, die Rechtsanwält Dr. Karl Liebnicht vertrat, nicht ein, sondern wies die Klage endgültig schon deshalb ab, weil sie ihrem Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahlen eine bedingte Form gegeben hätten, bedingte Einsprüche aber gesetzlich nicht zulässig seien, also auch nicht Klagen, deren Voraussetzung sie bildeten. Es dürfte nicht gefagt werden: „Wenn — dann“, sondern: Wir legen Einspruch ein.

Soldatenfeldmord. Am Sonntagabend 10 Uhr ließ sich ein Artillerist vom Artillerie-Regiment von Peider in Breslau vom Personenzuge Rattowitz-Breslau in der Nähe von Hundsfeld überfahren. Der Tod trat auf der Stelle ein, da der Kopf vom Rumpfe getrennt wurde.

Der „Dresd. Morgenztg.“ wird zur Aufklärung dieses Selbstmordes gemeldet: Am vergangenen Dienstag schrieb der Verlobte, ein achtzehnjähriger Holzarbeiter Wilhelm Heurich, an seine 53jährige Mutter einen Brief, daß er von seinem Unteroffizier so schlecht behandelt werde, daß er es nicht mehr aushalten könne; wenn das so bleibe, müsse er „einen Gewaltstreik“ begehen. Die Behandlung beim Turnen am letzten Montag sei wieder deartig gewesen, daß er es absolut nicht mehr ertragen könne. Der Unteroffizier habe ihm wiederum, obgleich die Kameraden bekunden müßten, daß er stets seinem Dienst nachkomme, das Gesicht blutig geschlagen, und dabei gesagt: „Du verfl. . . .“ Ich werde Dir's schon antreiben, zum Urlaub zu fahren und Dir die Wampe auszumöhlern. Rimm die Knochen zusammen oder . . .“ Heimlich hat seit Wochen geflagt, daß er von seinem Vorgesetzten ungenügend „geschliffen“ werde, obgleich seine eignen Kameraden ihm bekräftigen, daß er seinen Dienst so gut wie jeder andre verrichte. Heimlich ist stets ein guter Mensch gewesen, seine beiden Schweftern und seine Mutter sind über seinen Tod untröstlich. Heimlich ist ganz Soldat geworden, er ist freiwillig eingetreten. Von seinem Wachmeister, welcher der Mutter die Todesnachricht überbrachte, wird er als stiller, ruhiger Mensch geschildert, der seinen Dienst ordnungsmäßig hat. Der Unteroffizier befindet sich nach Aussage des Wachmeisters bereits in Untersuchungshaft. Der Abschiedsbrief wurde von der Militärbehörde als Anklagematerial eingefordert. —

Zur Charakteristik der Centrumpresse. München, 4. Dezember. (Vgl. Ver.) In dem ultramontanen „Vahr. Courler“ verteidigt sich Herr Dr. Knöpfler, Professor an der theologischen Fakultät in München, gegen wiederholte Angriffe der gleichfalls ultramontanen „Augsburger Postzeitung“. Er schließt seine Erklärung mit dieser vielsagenden Bemerkung: „Als eigentümliche Illustration unter Zeit darf wohl folgende Thatsache angesehen werden: Für alle Mühe und Arbeit in wissenschaftlicher Thätigkeit, für alle Gaben der Charitas während eines langen Jahres bietet eine katholische Zeitung einem unbescholtenen katholischen Priester und Lehrer der Jugend zum Jahreslohn eine grundlose öffentliche Kränkung als Angebinde.“

Und weshalb wurde Professor Dr. Knöpfler diese christliche Behandlung zu teil?

Er sagt darüber: „Das Verbrechen, das ich damals (1804) begangen, bestand darin, daß ich mich verpflichtet hielt, als Rektor der Universität deren Ehre und Interessen zu verteidigen.“ Ein andermal zog er sich den Vor der gesinnungswidrigen Laute vom Reich zu, weil er gegen Angriffe auf den Professor Schell Bronn gemacht hatte. —

Das bairische Centrum wird einen Parteitag am 27. und 28. Januar in München abhalten. Auf der Tagesordnung stehen folgende drei Punkte: Organisation der Centrumpartei, die bevorstehenden Reichstags-Wahlen und die im Vordergrund stehenden politischen Fragen in Bayern. —

Ausland.

Arbeiterwohlfahrt nach Krupp'schem Rezept.

Der „Frank. Ztg.“ wird vom Dienstag aus London gemeldet: In der Dorfe Denaby in Yorkshire, wo seit dem Juli ein Kohlenarbeiter-Streik ist, finden heute Massen-Ermittlungen statt. Der Kohlenarbeiter-Gesellschaft gehören fast alle Häuser in der Gegend und dieselbe hat nun beschloffen, 500 Familien von Streikenden, welche in ihren Häusern wohnen, auszuweisen. Die Ermittlungen begannen heute früh um neun Uhr. Erregte Mienen sehen zu, aber es ist noch keine Ruhestellung vorgekommen. 200 Polizisten sind aufwendend und berittene Polizei patrouilliert die Straßen. Männer und Frauen haben die ganze Nacht gepackt und die Möbel werden in Kiste gepackt, die in Conisborough und Mexborough erachtet werden. Das Erachten der Kiste geht langsam vor sich, so daß manche Leute diese Nacht ohne Obdach sein werden. Das Wetter ist windig und Regen droht. Zwei methodistische Geistliche leisten Hilfe und der Rat der Trades-Union-Führer, keine Unruhen zu begehen, wird streng befolgt.

Hier haben wir also ein Beispiel, wie sich die Arbeiterwohlfahrt nach Krupp'schem Rezept ausnimmt. Die Arbeiter werden in Häusern, die dem Unternehmer gehören, untergebracht, um bei einem wirtschaftlichen Konflikt in Massen im buchstäblichen Sinne mit Weibern und Kindern auf Straßensplätzen geworfen zu werden. Tausende von Menschen werden brutal allen Anzeichen des stürmischen Winterwetters preisgegeben, damit die gegen die Ausbeutungswillkür mit dem gesetzlichen Mittel des Streiks ankämpfenden Arbeiter bedingungslos ins Elend zurückgedrängt werden.

Die volle Höhe der Krupp'schen Arbeiterwohlfahrt hat die englische Unternehmer-Gesellschaft damit freilich noch nicht erreicht. In Essen wären die Arbeiter bereits am ersten Tage des Ausstandes auf die Straße geworfen worden, während die englischen Unternehmer erst nach mehreren Monaten eines erbitterten Kampfes zu diesem Mittel gegriffen haben! —

Aus Amerika.

New York, 26. Dezember. (Fig. Ver.) Die „Anthrax-Kommission“ hat sich seit dem 20. ds. vertagt und wird erst am 8. Januar ihre Sitzungen wieder aufnehmen; aber nicht mehr in dem „Kohlennest“ Scranton, sondern in Philadelphia. Ihre letzten Sitzungen haben mehr wie alle vorhergegangenen gezeigt, daß man es da lediglich mit einer Komödie zu thun hat, was besonders durch das Verhalten des Vorsitzenden, Richters Gran, sowie die stillschweigende Zustimmung der übrigen Kommissionsmitglieder inklusive des „Arbeitervertreter“ Clark bewiesen ist. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um das Aufstreuen der von den Kohlenbaronen engagierten Advokaten, welche die „Arbeitswilligen“ vertreten, die während des Streiks „geseckt“ hatten, sowie um das Verhehlen einer Anzahl der letzteren. Die Kommission verlor dabei gänzlich den Zweck aus dem Auge, zu dem sie — vorgeblich — eingesetzt war; nämlich zu untersuchen, ob die Beschwerden der Streiker — ganz oder teilweise — berechtigt sind oder nicht, und danach Entscheidung zu treffen. Sie ließ sich — statt d. V. die Fragen auszufragen, wie hoch ihr Lohn vor und während des Streiks gewesen sei — von denselben die in der kapitalistischen Presse kolportierten Mordgeschichten über von den Streikern an ihnen verübten „Gewaltthaten“ anführen, die mit der zu entscheidenden Frage absolut nichts zu thun haben. Zu verwundern ist übrigens, daß die Anwälte der Streiker nicht die Gelegenheiten benutzten, um durch diese Zeugnisse den angeordneten Punkt konstatieren zu lassen: daß nämlich die Unternehmer den „Arbeitswilligen“ höhere Löhne zahlten, wie vor dem Streik üblich waren, und sie zudem den Vorteil stetiger Beschäftigung hatten, statt halber, wie in „regulären“ Zeiten. Auch wären noch manche andre für die Streikenden wertvolle Aussagen „herauszuholen“ gewesen. Daß man es mit einer Komödie zu thun hat, gelangt jetzt selbst in dem Teil der Arbeiterpresse zum Ausdruck, der vorher der Ansicht war, daß dabei „wenigstens etwas“ herauskommen werde. Namentlich bei zwei Gelegenheiten legte die Kommission in auffälliger Weise an den Tag, daß es ihr nicht darum zu thun ist, Klarheit über die in dem Anthracitengebiet herrschenden Zustände zu erhalten. Das einmal bei Vernehmung der Fabrikinspektoren, früherer Kohlengräber und Beamter von Local-Unions, die für der republikanischen Partei bei den Wahlen geleistete Dienste diese Pöfchen an der öffentlichen Krippe erhielten, welche durchgängig den Streikern ungünstige Aussagen machten, wobei einer sogar so weit ging zu erklären, daß die meisten Grubenunglücke dem Leichtsinne und der Achsellosigkeit der Arbeiter zuzuschreiben seien. Obwohl er aus Erfahrung sehr gut wissen mußte, daß dieselben ohne diesen „Leichtsinne“ heranzugewachsen wären, da es sich in solchen Fällen in der Regel um Abbaupläge handelt, an denen sich massenhaft „totes Gestein“ befindet, so daß sie, um ein genügendes Quantum Kohlen fördern zu können, die „Kohlanfälle“ notwendig beiseite lassen müssen. Als einer der Anwälte der Streiker diese Herren ins „Kreuzverhör“ nehmen wollte, unterfragte dies der Vorsitzende, unter dem Vorwande, dieselben seien Zeugen der Kommission, und wenn jene sie vernennen wollten, so hätten sie sie selbst vorladen müssen. — Das andre Mal bei Vernehmung von Kindern der Kohlengräber, welche, obwohl sie noch nicht das gesetzliche Alter — 13 Jahre — erreicht haben, in den Seidenfabriken Scrantons beschäftigt wurden. Der Vorsitzende gab hierbei seiner „Entrüstung“ über die Pächter der Eltern dieser Kinder kund, und die übrigen Kommissionsmitglieder schienen dazu einmütig „mit den Köpfen genickt“ zu haben, denn keine derselben machte auf den Umstand aufmerksam, daß sowohl nach den Angaben des Bundeszensus als auch denen des Arbeitsamtes von Pennsylvania das durchschnittliche Jahreseinkommen des Kohlenminen-Arbeiters im Anthracitengebiet nicht viel mehr als die Hälfte dessen beträgt, welches seine Kollegen in denjenigen Weichkohlen-Gebieten des Staates beziehen, in denen sich nicht die große Anzahl überzahliger „Hände“ befindet, wie in jenem Gebiet, in die einzige Differenz in den Angaben ist die, daß der Bundeszensus 196 Tage als Gesamtarbeitszeit im Jahre des Kohlengräbers im Anthracitengebiet anführt, während die staatliche Statistik deren 188 angiebt. Jenes niedrige Einkommen ist ja, wie dies in einer der Sitzungen von seinem Geringeren als dem Chef des bundesstaatlichen Arbeitsamtes Wright selbst erklärt wurde, dem „System der doppelten Lohnlisten“ zuzuschreiben. Die Herren Kommissäre hatten dies aber samt ihrem Vorsitzenden längst beschwichtigt und waren auf Lohnlisten einer der Kohlengesellschaften „heringefallen“, in denen als Jahreseinkommen einzelner Arbeiter von über 1400 bis über 1600 Dollar angegeben waren. Glücklicherweise gelang es später den Anwälten der Streiker, zwei dieser Arbeiter auf den Fingern zu bringen, was sehr schwierig ist, da die Leute wissen, daß sie dann unrettbar der „Schwarzen Liste“ verfallen sind, so daß sie nur dann Folge leisten, wenn der Vergewaltiger-Verband die Verpflichtung übernimmt, für sie zu sorgen, resp. ihnen andre Stellung zu verschaffen. Von diesem ward dann konstatiert, daß es sich da nicht um die Löhne einzelner Arbeiter, sondern von sogenannten „Gängen“ handelte, so daß an obigen Posten in dem einen Falle vier, im andern sechs Arbeiter partizipiert hätten, auf jeden derselben also ca. 300 resp. ca. 200 Doll. gekommen waren. Die Vertreter der Kohlenbarone gaben nun auch ohne weiteres zu, daß sich die Dinge so verhalten könnten; die Wähler der Gesellschaften seien nun einmal so geführt, daß die einzelnen Posten auf den Arbeiter lauten, welcher den betreffenden „Gang“ übernommen, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, wie viel Hilfskräfte derselbe zur Förderung des betreffenden Quantums Kohlen nötig hatte.

Neu bezeichnet ist der Umstand, daß kapitalistische Blätter, wie die hiesigen „Sun“ und „Times“, welche in den oben erwähnten „Entrüstungen“ des Kommissionsvorsitzenden eingestimmt hatten,

über die Sitzung, in welcher die Entscheidung über die „Lohnlisten“ erfolgte, keine Silbe brachten!

„Jeder Amerikaner ist ein geborener Gauner“, sagte einmal ein alter „Pessimist“!

Oesterreich-Ungarn.

Lemberg, 7. Januar. Infolge des von den ruffischen Bauern für das Frühjahr angebotenen Generalkreises schlossen die ostgalizischen Großgrundbesitzer schon jetzt mit den polnischen Bauern und den kuzulen Verträge über die im Frühjahr notwendigen Feldarbeiten ab. —

Frankreich.

Ministerpräsident Combes und die Kongregationen. Eine Anzahl weiblicher Ordensgemeinschaften, deren Mutter-Niederlassungen autorisiert sind, hatten beim Ministerium auch die Autorisation ihrer Zweigniederlassungen beantragt. Der Ministerpräsident hat dieselben abschlägig beschieden und sie zugleich in energischer Form auf die Strafbestimmungen, welche im Falle der Zuwiderhandlungen Platz greifen, aufmerksam gemacht. —

Die Senatswahlen. Auf den Inseln Guadeloupe und La Réunion sind zwei ministerielle Senatoren gewählt worden, so daß die Zahl der gewählten ministeriellen Senatoren auf 68 steigt. Der Ministerpräsident Combes, der im Departement Charente Inférieure und in Korsika gewählt worden ist, hat das erstere Mandat angenommen. —

Der Censur vom Jahre 1901, der soeben im „Journal officiel“ veröffentlicht wird, zeigt ein etwas weniger ungünstiges Resultat als der vorjährige. Während im Jahre 1900 die Sterbefälle mit 25 988 die Geburten überstiegen, sind im letzten Jahre 72 398 Geburten mehr zu verzeichnen als Sterbefälle, so daß also eine kleine Vermehrung der Bevölkerung Platz gegriffen hat. Die Vermehrung des Jahres 1900 überstieg die durchschnittliche Bevölkerungszunahme in dem Jahrzehnt von 1891—1900 um ein geringes, nämlich sie betrug 0,19 Proz. gegen 0,08 Proz. Diese Bevölkerungszunahme ist sowohl einer erhöhten Geburtenziffer (29 977 mehr als im Jahre 1900), als auch einer Verminderung der Sterbefälle (68 409 weniger als 1900) zu danken. —

England.

Stellungnahme zum Taff-Val-Entscheid.

Die vereinigten Gesellschaften der Eisenbahn-Bediensteten begannen am Dienstag in London eine Generalversammlung, auf der zuerst über die gerichtliche Entscheidung in Sachen des Taff-Val-Eisenbahn-Streiks verhandelt wurde. Der Sekretär der Gesellschaften, Parlements-Abgeordneter Bell, sagte, diese Entscheidung, wonach die Gesellschaften der Eisenbahnbediensteten für den Streik Schadensersatz leisten müssen, bringe diese, wie jede andre Trade-Union des Landes, in eine sehr ernste Lage. Schadensersatz und Gerichtskosten würden sich wahrscheinlich auf eine Million Mark belaufen. Bei der weiteren Diskussion wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Zuletzt machte Bell die Mitteilung, die Gesellschaft habe sich entschlossen, nicht gegen das Urteil zu appellieren. —

Zur Agrarfrage in Irland. Dieser Tage fand in Dublin eine Konferenz von Landeignern und Pächtern statt, die nach längeren Beratungen zu folgenden Beschlüssen gelangte: Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Lösung des agrarischen Problems in Irland nur herbeigeführt werden kann durch die Befestigung des gegenwärtigen Pachtsystems. Sie empfiehlt die Annahme eines Gesetzes, wonach der Mißbrauch des Bodens durch die Pächter erleichtert wird. Danach soll die Differenz zwischen den Summen, welche die Pächter zu zahlen haben würden, und denjenigen, welche die Besitzer erhalten, vom Staate zugesprochen werden und zwar bis zur Höhe von 10 Millionen Mark pro Jahr. Die Kommission glaubt, daß ein großer Teil dieser Summe durch die Verminderung des jetzigen Pachtzins-Aufgebots in Irland erspart werden würde. Diejenigen Grundbesitzer, welche nicht innerhalb fünf Jahren ihren Besitz veräußern, sollen von diesem Plan keinen Vorteil haben. —

Schweden.

Ein liberaler Wahlsieg. Am 4. Januar fand in Sundsvall Ergänzungswahl zur zweiten Kammer statt. Gewählt wurde der Kandidat der Liberalen mit 253 Stimmen gegen 200, die der Konservativen erhielt. Die Arbeiterpartei rettete wieder einmal die Sache der Liberalen und beteiligte sich namentlich deswegen sehr stark an der Wahl, weil der Gegenkandidat sich als ein reaktionär schismatischer Akt erwiesen hatte. —

Rußland.

Dokumente „schlechten Inhaltes“.

Ant der Konfession der Rechtsanwältigen. Die Schuldirektion des Pensoer Eparchats. Geheim.

Nr. Ein Hochwürden!

Es gehen Gerüchte um, daß in den Dörfern des Nisenski-Archepiskopats verdächtige Leute herumgehen, Bücher schlechten Inhaltes herumtragen und sie unter der Bevölkerung und den Schülern der Schulen verteilen. Die Archidirektion bittet Sie, auf daß solche Leute nicht auch in die Kirchenanstalten Ihres Archepiskopats eindringen und den Kindern solche Bücher einhändigen, alle Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel in Anwendung zu bringen, damit die Jünger anvertrauten Schulen von solchen auferstürzten und schädlichen Erscheinungen beschützt bleiben. Wollen Sie bitte dasselbe auch den Lehrern und Lehrerinnen einprägen. Im Falle, daß die oben genannten Personen in Ihren Schulen auftauchen, bitten wir Sie, sie zu konstatieren und an das Amt einzuführen. Der Vorsitzende der Kreisabteilung des Amtes: M. Tarhols.

Prilias an die 1. Brigade der 41. Infanteriedivision Nr. 58.

Moskau, 21. November 1902.

In Anbetracht dessen, daß in der 101. Infanteriecompagnie an verschiedenen Orten ihrer Stationierung in großer Anzahl Aufrufe verbreiterten Inhalts verbreitet worden sind, sagende ich vor, daß in den beiden Compagnien der Brigade die strengsten und energigsten Maßregeln zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung angewendet werden. Einzelne dürfen in die Stadt nur die zuverlässigsten Leute gelassen werden, die übrigen nur in Abteilungen. Bei dem Eintreten der Dämmerung sind von jeder Compagnie Patronen herauszuschicken, die jedes Unteroffizier, das nicht einen Erlaubnisbeschein hat, festzunehmen haben. Es ist die ernsthafteste Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Wachtposten ihre Pflicht eifrig erfüllen, daß sie aufmerksam alle Personen beobachten, die an der Pforte vorbeiziehen oder in den Kasernenhof eintreten; im Falle, daß solche Personen ein Papier hinterlassen, müssen sie mit Hilfe der Polizei angehalten werden. Dasselbe muß ein jeder Soldat thun, wenn ihm ein fremder Mensch ein Papier gibt.

Der Kommandierende der 1. Brigade der 41. Infanteriedivision.

Das Gesetzesprojekt Bittes über die Gewährung des Koalitionsrechtes an die russischen Arbeiter ist, wie man soeben erfährt, an dem Widerstande des Ministers des Innern Plehwe gescheitert. Plehwe führte bei der Beratung der Bittenschrift in dem Ministerkomitee staatsretterische Bedenken gegen ein solches Gesetz ins Treffen und diese haben den Ausschlag gegeben. Wie weiter bekannt wird, sollen die bestehenden, der Regierung nicht schaden als nützenden Polizeiregierungen bei Ausständen durch gebührende Circulare geregelt werden. Das Scheitern des Bittenschen Gesetzes wird auf die Fehde der beiden Minister zurückgeführt, in der sie seit dem Amtsantritt Plehwe's liegen und die noch vor einigen Wochen so scharfe Formen angenommen hatte, daß der Rücktritt eines der beiden Minister als nahe bevorstehend bezeichnet wurde. Jetzt freilich soll zwischen ihnen wieder Friede herrschen, den Wille mit der Assignierung von etlichen 15 Millionen für eine besondere Geshimpolizei des russischen Landes erlangt haben soll. —

Afrika.

Marokko. Nachrichten aus Fez vom 1. Januar melden eine Verbesserung der Lage; der Mangel an Vorräten hat aufgehört. Drei mächtige Stämme, welche sich den Rebellen angeschlossen hatten, haben durch eine Abordnung ihre Unterwerfung kundgegeben. —

Eingabe an Chamberlain. In Pretoria wurde am Dienstag unter dem Vorsitz Schall Burgers eine Versammlung von Boerenführern und andern hervorragenden Boernern, darunter Botha, Delarey, Cronje und Smuts, abgehalten, um eine Adresse zur Ueberreichung an Chamberlain aufzusetzen. In dem Entwurf wird um allgemeine Amnestie und um die Erlaubnis für alle früheren Boeren gebeten, in ihre Heimat zurückkehren zu dürfen. —

Amerika.

Die Vereinigten Staaten gegen Haiti. Aus Washington wird vom Dienstag gemeldet: Der amerikanische Gesandte in San Domingo hat heute bei der Regierung die sofortige Zahlung von 325 000 Dollars verlangt, welche die Republik der „Globe Steamship Line“, einer amerikanischen Gesellschaft, schuldet.

Wie wahr's, wenn die Mächte Amerika den Vorschlag machten, die Angelegenheit dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten? —

Venezuela.

Die Antwort der Mächte

auf Castro's Erklärung zum Schiedsgerichts-Vorschlag ist nunmehr in Washington eingetroffen. Es wird von dort gemeldet:

Die Antworten Deutschlands und Englands an den Präsidenten Castro sind hier eingetroffen und Castro übermittelte worden. Beide enthalten dieselben Bedingungen, über die eine Verständigung zu Wege gebracht werden muß, ehe der Fall dem Schiedsgericht unterbreitet wird.

Ein Laffan-Telegramm ergänzt diese Mitteilung wie folgt: Das amerikanische Staatsdepartement hat die Antwort der britischen Regierung auf die jüngste Mitteilung des Präsidenten Castro erhalten. Es heißt darin, wenn Castro wünsche, über die in der ursprünglichen Note Großbritanniens aufgestellten Bedingungen für die schiedsgerichtliche Entscheidung des Venezuela-Streites eine Beratung abzuhalten, so willige die britische Regierung gern ein. Diese Antwort ist dem amerikanischen Gesandten in Caracas, Mr. Bowen, zugeföhrt worden. Die ursprünglichen Bedingungen enthalten die Forderung, daß Venezuela Zahlung laut Schiedsgerichtsbescheid verbürge.

Wie man sieht, sind diese Bedingungen noch außerordentlich dürftig und in ihrer Tragweite schwer abzuschätzen.

Eine fesselsame Variante zu dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen bringt eine Washingtoner Meldung der „Daily News“, die besagt, der Venezuela-Streit werde vielleicht ohne das Haager Schiedsgericht beigelegt werden. Das Staatsdepartement habe aus London die genauen Bedingungen erhalten, unter denen England mit Venezuela unterhandeln wolle. Möglicherweise werden Großbritannien und Deutschland mit Venezuela zu einem Abkommen gelangen, wonach die Regelung der Schulden und aller andern Streitpunkte einer in Washington abzuhaltenden Konferenz, anstatt dem Haager Tribunal, vorbehalten werden soll. —

Ueber die

inneren Kämpfe in Venezuela

meldet ein Laffan-Telegramm aus New York:

Aus Petare östlich von Caracas meldet der „New York Herald“, daß am 3. Januar 800 Mann venezolanischer Regierungstruppen unter General Acosta aus Caracas marschiert und auf 1300 Aufständische unter den Generälen Penaloza und Bali gestoßen seien. Nach vierstündigem Gefecht hätten sich die Aufständischen in Unordnung zurückgezogen. Die Regierungstruppen hätten dann Guatire besetzt, wobei 60 Aufständische getötet oder verwundet worden seien. Augenzeugen der Kämpfe sollen erklärt haben, die Aufständischen seien nicht im Stande, den Angriffen der Andino-Truppen des Präsidenten Castro (die als besonders gute Soldaten geschätzte Bevölkerung des Andengebietes, der auch Präsident Castro entstammt) Widerstand zu leisten.

Ferner wird aus Caracas gemeldet: Infolge des Sieges der Regierungstruppen bei Guatire hat General Hernandez, ein Anhänger Ratos, sich erboten, mit Castro in Unterhandlungen einzutreten.

Ein neuer deutscher Uebergriff?

Caracas, 7. Januar. (Laffan-Meldung.) Die venezolanische Regierung hat die Geschütze des Forts von Puerto Cabello weggeschaffen lassen, um sie mit den Regierungstruppen gegen die Aufständischen ins Feld zu senden. Der Verleibhaber des deutschen Kriegsschiffes „Gazelle“ forderte jedoch die venezolanischen Behörden auf, die Geschütze wieder an ihren alten Platz zu schaffen. In Puerto Cabello bekräftigt man ein neues Bombardement der Stadt für den Fall, daß dieser Aufforderung nicht Folge geleistet werden sollte.

Ein solches Eingreifen in die inneren Angelegenheiten Venezuelas würde eine offene Parteinahme zu Gunsten der Gegner Castros und selbstverständlich einen neuen unbegreiflichen Uebergriff Deutschlands darstellen!

Aus Industrie und Handel.

Hamburger Seeschiffahrt. Im Jahre 1902 sind in den Hamburger Hafen 13 284 Schiffe mit 8 689 000 Register-Tonnen netto eingelaufen, darunter 9012 Dampfer mit 7 855 000 Tonnen. Der Schiffsverkehr hat seit dem Jahre 1901 wiederum beträchtlich zugenommen, um 206 000 Tonnen (von 1900 zu 1901 um 345 000, von 1899 zu 1900 um 272 000 Tonnen), und gleichzeitig ist die Anzahl der Schiffe, die im Jahre zuvor um 255 abgenommen hatte, wieder um 437 größer geworden. Damit ist die bisher höchste Schiffszahl, die 1899 mit 13 812 festgesetzt wurde, nahezu wieder erreicht.

Der gewaltige Verkehr des Hamburger Hafens hat sich hauptsächlich in den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ausgedehnt. Im Jahre 1850 waren noch nicht halb so viel Schiffe und noch nicht ein Drittel der jetzigen Tonnage vorhanden. 1850 liefen erst 6024, 1855 6799, 1860 8176, 1865 9443 Schiffe gegenüber 1900: 13 102, 1901: 12 847 und 1902: 13 284 in den Hamburger Hafen ein. Die Tonnage wurde gleichzeitig von 1880: 2,8 auf 1885: 3,7, 1890: 5,2, 1895: 6,3, 1900: 8,0 und 1902: 8,7 Millionen.

Im Jahre 1902 kamen nach Hamburg aus deutschen Häfen 4892 Schiffe mit 868 000 Tonnen, aus andern europäischen Häfen 6858 Schiffe mit 4 275 000 Tonnen, aus Amerika 1006 Schiffe mit 2 434 000 Tonnen, aus Afrika 241 Schiffe mit 368 000 Tonnen, aus Asien 260 Schiffe mit 643 000 Tonnen, aus Australien 37 Schiffe mit 103 000 Tonnen. Unter der Schiffszahl aus deutschen Häfen sind 3321 oder über $\frac{2}{3}$ Segler, aus andern europäischen Häfen 709 oder $\frac{1}{10}$ der Schiffe, aus Amerika 398 oder $\frac{1}{10}$; aus Afrika kamen zwei Segler, aus Asien ebenfalls zwei, aus Australien gleichfalls nur noch zwei.

Der Schiffbau der Welt belief sich nach englischer Aufstellung im Jahre 1902 auf 2476 neugebaute Schiffe mit einem Gesamtumfang von 2 787 824 Tonnen. Davon wurden auf britischen Werften 1459 Schiffe mit einem Gesamtumfang von 1 696 454 Tonnen gebaut. An zweiter Stelle steht Amerika mit Schiffneubauten, die zusammen 317 775 Tonnen Rauminhalt haben.

Sarcel-Enquete. Zur Frage der Sarcel-Enquete erfährt der „S. G. A.“ aus besserer Quelle, daß die ersten Erhebungen, welche angestellt werden, der oberdeutschen Kohlenkonvention, dem rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat, dem westfälischen Kohlen-

Hyndikat und der Konvention sächsisch-thüringischer Braunkohlenwerke gelten werden. Im Laufe dieses Monats wird bereits eine von der Regierung einberufene Konferenz sich mit diesen Verbänden beschäftigen.

Die Bedrohung der sächsischen Kronprinzessin.

Es bestätigt sich jetzt, daß die Kronprinzessin zu ihrer beschleunigten Flucht tatsächlich durch Drohungen seitens ihrer frommen Verwandtschaft getrieben worden ist. Von einer dem toslanischen Hofe nahe stehenden Persönlichkeit wird in verschiedenen Blättern eine sogenannte „Verächtigung“ verbreitet, durch welche die Mitteilungen der Kronprinzessin nach Giron über den sächsischen Hof und das elterliche Haus Toskana zurückgewiesen werden sollen. In dieser „Verächtigung“ finden sich jedoch nur zweierlei thatfächliche Angaben, durch welche die Verächtigenden sich selbst belasten.

Zunächst wird erklärt, die Flüchtigen hätten verschwiegen, welche Aufgabe Erzherzog Joseph im Auftrage des Kaisers Franz Joseph I. zu erfüllen hatte, als er der Kronprinzessin nach Genf nachreiste. Es wird hierüber ausgeführt:

„Die Aufgabe Erzherzogs Josephs lautete: Der Kronprinzessin das Wort des Kaisers zu überbringen, daß ihr keine Kränkung zugefügt werden werde und daß sie, wenn ihr Gatte sich weigern sollte, ihr in Sachsen einen Aufenthalt zu bieten, sie diesen außer Wien in Oesterreich wählen könne, wo es ihr gefalle; er verbürge sich mit seinem kaiserlichen Wort dafür, daß sie weder in ein Kloster noch in eine Heilanstalt gebracht werden solle; nur möge sie von ihrer krankhaften Reizung lassen, und der Pflichten ihres Standes, als Gattin des Thronerben eines Landes, dessen Bevölkerung sie geliebt habe, und als Mutter ihrer Kinder gedenken und zurückkehren. Als Antwort auf das hochherzige Anerbieten des greisen Kaisers erhielt Erzherzog Joseph die Bemerkung: „Ich danke, aber ich will mich darüber erst mit Andre (Giron) und Leopold besprechen.“ Und der Abenteuerer Andre Giron wurde von der Kronprinzessin gewarnt, um mit ihm über das Wort des Kaisers Franz Joseph von Oesterreich zu verhandeln. Mit ihm zugleich erschien Erzherzog Leopold Ferdinand, den sein Bruder auch deshalb ignorierte, weil er es duldete, daß ein Giron an einem Konversationsabend teilnahm. Erzherzog Joseph verließ beim Eintritt der beiden unwillig das Zimmer seiner Schwester; als er nach Beendigung der Unterredung wieder kam, erklärte ihm seine Schwester, daß sie das Anerbieten des Kaisers ablehne.“

Diese Meldung ist zunächst deshalb äußerst interessant, weil sie behauptet, daß Kaiser Franz Joseph bereit gewesen ist, die Angelegenheit „friedlich beizulegen“. Hätte die Kronprinzessin sich dazu hergegeben, den „öffentlichen Skandal“ zu beseitigen, so hätte man die „Ehedroherin“, welche jetzt von der höchst wohlgestimmten und höchst sittlichen Ordnungspresse mit tausend Schmähschreien verfolgt wird, in Gnaden wieder aufgenommen.

Weiter aber zeigt die Würdigung, welche Kaiser Franz Joseph der Kronprinzessin anbot, daß diese wirklich allen Anlaß gehabt haben muß, ihre zwangsweise Unterbringung in ein Kloster oder in eine „Heilanstalt“ zu befrachten!

Uebrigens erzählt dieselbe „Verächtigung“ noch ausdrücklich:

„Es wird von Seiten des Großherzogs (des Vaters der Flüchtigen) nicht geleugnet, daß der Kronprinzessin damit gedroht wurde, daß sie in ein Kloster oder in eine Irrenheilanstalt geschickt werden solle. Es war das vielleicht eine über die Grenzen hinausgehende Drohung, allein sie wurde von dem Kaiser Franz Joseph durch die Sendung des Erzherzogs Joseph an seine Schwester reichlich wieder gutgemacht.“

Aus alledem ergibt sich in größter Klarheit die Moral der Höfe, deren Anhängerschaft gegen die Immoral der Kronprinzessin scheinheilig getet. Diese liebliche Moral lautet:

1. Unliebliche Vorkommnisse sollen vertuscht werden, um den Schein der monarchistischen Sittlichkeit zu retten.
2. Ist Vertuschung unmöglich, so ist die Mißliebige in das Kloster oder in die Irrenanstalt zu sperren.
3. Rettet sich dieselbe durch Flucht in die Freiheit, so ist sie als Hebelthäterin anzuklagen und die offizielle Presse läßt sich beauftragen, die gestern als von Gottes Gnaben Gefeierte mit gemeinen Verleumdungen zu verfolgen und in den Schmutz zu ziehen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Lagerhalter und Lagerhalterinnen!

Am Sonntag, 18. Jan., nachm. 1 Uhr, findet zu Berlin im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal VII, unsere diesjährige Konferenz für die Provinz Brandenburg und die angrenzenden Provinzen mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag des Rechtsanwalts Victor Frankl über: Das Recht des Lagerhalters. 2. Diskussion. 3. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten G. Peus über: Das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis. 4. Diskussion. 5. Zur Lagerhalterbewegung der Provinz Brandenburg. 6. Wahl einer Agitationskommission und eines Vertrauensmannes. 7. Verschiedenes. Kollegen und Kolleginnen! Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen jedes Einzelnen erforderlich. — Gäste sind herzlich willkommen.

Der Vorstand der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands.

A. A.: Ernst Loh,

Berlin-Adlershof, Bismarckstraße 10.

Somabend der Fabrikarbeiter.

Sehr gut gekennzeichnet wird die angeblich „geschickte Existenz“ des Arbeiters durch die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse in der Berliner Schuhindustrie. In einem Umfange wie er in früheren Jahren noch nicht dagewesen ist, sind diesmal die Arbeiter dieser Industrie schon von Beginn der letzten Woche vor Weihnachten von der Arbeitslosigkeit betroffen worden. Ein großer Teil der Arbeiter hat die schließliche Entlassung gleich bei der letzten Lohnzahlung vor Weihnachten als „Präsenz“ mitbekommen. Der größte Teil der in der Schuhindustrie Berlins beschäftigten 4000 Personen ist jedoch von dem sogenannten „Aussehen“ betroffen worden. Fast sämtliche der circa 60 hauptsächlich in Betracht kommenden Fabriken setzten mit dem Beginn aus. Die Zeitdauer des Aussehens beläuft sich auf 10 bis 20 Tage, in einigen Betrieben geht sie sogar noch darüber hinaus. Gegenwärtig in der zweiten Woche des neuen Jahres sind nach ziemlich genauer Feststellung noch an 500 Personen arbeitslos. Gerade während der Zeit der Weihnachtsfeierzeit trifft den Arbeiter der Ausfall von 2 bis 3 Wochenlöhnen sehr hart, um so härter, wenn, was auch vielfach der Fall war, der Beschäftigungsgrad und dementsprechend der Verdienst schon wochenlang vorher ein geringer war. Da in vielen Fällen das Aussehen zugleich mit der Auszahlung der Papiere und dem Abmelden von der Krankenkasse verbunden ist, so wechelt eigentlich niemand so recht ob es ihm vergönnt sein wird, wieder an die verlassene Arbeitsstätte zurückzukehren. Steht es doch gar zu häufig: „An dem oder jenem Tage können Sie ja einmal wieder anfragen, wie es mit der Arbeit steht.“

Daß diese Zeit die Unternehmer auch nicht vorübergehen lassen, ohne in offener oder versteckter Form Lohnreduktionen vorzunehmen, ist eigentlich selbstverständlich, bildet doch der von der Not beeinflusste nach Arbeit hungernde Arbeiter das beste Objekt zu derartigen Manipulationen. Lohnreduktionen haben bereits stattgefunden und weitere Abzüge sollen noch bevorstehen. Aber Wahrscheinlichkeit noch Verantwortl. Redakteur: Carl Feld in Berlin. Informativell demnach: 26. Blatte in Berlin. Druck u. Verlag: Fortwirts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt

wird es in absehbarer Zeit zu ernstlichen Konflikten mit Unternehmern kommen.

An Euch, Kollegen, liegt es, diesen Zustand ein Ende zu machen, indem Ihr Euch fest zusammenschließt, um für die Verbesserung Eurer traurigen Lage etwas zu thun. Nur durch Eure Organisation könnt Ihr das erreichen.

Ortsverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher. —

Zur Tarifbewegung der Maurer und Zimmerer. Der Verband der Baugeschäfte hat seinen Mitgliedern mitgeteilt, daß die Arbeitnehmer die eingehend und sachlich begründete Forderung, den Stundenlohn von 65 auf 70 Pf. zu erhöhen, bei der Kärntner-Kommission eingereicht haben. Es sollen bereits in nächster Zeit Bezirksversammlungen der Arbeitgeber stattfinden, um zu der Lohnforderung Stellung zu nehmen. Der Verband fordert die Mitglieder auf, bei ihren Beschlüssen nur das gemeinsame Berufsinteresse im Auge zu haben und für jeden Fall geschlossen vorzugehen.

Feilenhauer. Wegen Lohnunterschieden mußten am Dienstag sämtliche Feilenhauer der Firma Witte, Straßburgerstr. 32, die Arbeit einstellen. Da eine Einigung bisher nicht zu erzielen war, so ist die Werkstatt bis auf weiteres gesperrt.

Deutsches Reich.

Straßen-Polizei-Verordnungen gegen Streikposten.

Drei Zimmerer hatten an der Bahnhofsstation St. Lazarus in Posen Streikposten gestanden und waren weitergegangen, nachdem ein Polizeibeamter sie aufgefordert hatte, die Nähe der Haltestelle zu verlassen. Nach einiger Zeit sah der Beamte sie etwa 50 Meter von der Haltestelle entfernt eine Seitenstraße entlang gehen. Auf Grund dieses Thatbestandes verurteilte das Landgericht Posen als Berufungsinstanz die Angeklagten zu Geldstrafen, indem es hervorhob, daß die Anordnung, die Nähe der Haltestelle zu verlassen, ergangen sei zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung, weil der Beamte befürchtet (!) habe, es könnte (!!) zu Streitigkeiten und Gewaltthatigkeiten zwischen Streikenden und Arbeitswilligen kommen. Die Angeklagten legten Revision ein. Vor dem Kammergericht vertrat sie Rechtsanwalt Wolfgang Heine, der unter anderem ausführte: Ein Verfahren, wie es hier die Polizei unter richterlicher Billigung geklärt, indem sie den Leuten den Aufenthalt „in der Nähe“ der Haltestelle verbot, sei ganz unzulässig. Die allgemeine Anerkennung dieses Verfahrens würde eine vollständige Vernichtung der durch die Verfassung gewährleisteten bürgerlichen Freiheiten bedeuten. Es läge darauf hinaus, daß jeder Staatsbürger in jeder beliebigen Lebenslage jeder Aufforderung eines Polizeibeamten auf der Straße folgen müßte. Man könne unmöglich der Polizei die Machtbefugnis einräumen, jemanden aus der Umgebung eines bestimmten Orts wegzurufen, wenn die entfernte Möglichkeit vorliege, daß seine Anwesenheit beim Hin- und Hergehen anderer Umstände zu Störungen führen könnte. Im übrigen liege eine Verletzung des § 152 der Gewerbeordnung und der darin gewährleisteten Koalitionsfreiheit vor. Hierfür könne man sich berufen auf das Urteil des Reichsgerichts in Sachen des libischen Streikpostenverbots. Dies Urteil sage, straflos sei nicht nur die Betretung zum Streik, sondern auch die Ausdehnung der abgeschlossenen Vereinbarungen auf andre, also während eines Streiks auch die Einwirkung auf andre, sich dem Streik anzuschließen beziehungsweise daran festzuhalten, wenn die Einwirkung nur durch erlaubte Mittel geschehe. Genau so liege aber die Sache hier. Das Landgericht beruhe sich darauf, daß der Polizeibeamte erklärt habe, er hätte Störungen befürchtet. Das könne doch nicht genügen. Wenn nicht die ganze Sache ein Schema werden solle (was bereits geschehen ist. Der Richter hat), dann müsse man von jedem Instanzgericht verlangen, daß es selber prüfe, weshalb denn eine Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung vorliege. Auch aus diesem Grunde müßte die Revision aufgehoben werden.

Das Kammergericht wies die Revision ab und führte die Begründung aus: Die fragliche Bestimmung der Straßenpolizei-Verordnungen sei rechtmäßig und auch richtig angewendet worden, denn es sei festgestellt worden, daß der Beamte die Angeklagten im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung aufgefordert habe, die Haltestelle St. Lazarus und ihre Umgebung zu verlassen. Es liege auch eine wirkliche thatfächliche Feststellung vor, denn das Landgericht habe die thatfächlichen Angaben des Schöffengerichts „aufrecht erhalten“ und nach dem Urteil des Schöffengerichts sei es am Tage vorher zwischen Streikenden und Arbeitswilligen zu Reibungen gekommen, die das Publikum belästigten.

Nach diesem Urteil ist es also in das Belieben jedes Polizeibeamten gestellt, ob Arbeiter ihr unannehmliches Recht, Streikposten zu stehen, ausüben dürfen. Und bei alledem giebt es noch Optimisten, welche meinen, wir leben in nemer Rechtsstaat.

Die Organisation der Eisenbahnarbeiter, natürlich nur die, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, stößt den Schlotbaronen ein wahres Entsetzen ein. Betrachtungen, die in dem Verlänger ausklingen, daß dieser „gefährlichen Bewegung“ ein Ende gemacht werden müsse, findet man öfter in Preborganen, welche den Interessen der Großindustriellen dienen. Auch jetzt jammer wieder die „Aheimisch-Beifällige Zeitung“ darüber, daß der Verband der Eisenbahner, obgleich man in der Leffentlichkeit wenig von ihm merke, beständig zunehme. Das Organ der Groß-Unternehmer schließt seinen Artikel mit den Worten: „So harmlos und unbedeutend an und für sich die sozialdemokratische Eisenbahner-Bewegung noch ist, so hat sie doch aufsehend die Hindernisse hinter sich (das Verbandsorgan erscheint bereits im siebenten Jahre). An Gefährlichkeit ist die Bewegung nicht zu übertreffen, noch ist es aber Zeit, ihrer Herr zu werden.“

Die Gefährlichkeit der Eisenbahnerbewegung liegt für die Leute, deren Interessen die „Aheim.-Beif.“ vertritt, natürlich nur darin, daß einmal die Forderungen der organisierten Eisenbahner auf Verbesserung ihrer elenden Lage erfüllt werden, und daß die Großindustriellen dann ebenfalls die Arbeitslöhne erhöhen müßten. So kann hier also lediglich von einer Gefährlichkeit für die Geldsäcke der Schlotbarone die Rede sein. Das erklärt aber zur Genüge den Wunsch jener Kreise, daß nicht nur die Eisenbahner-Organisation, sondern womöglich jede Arbeiterorganisation mit den Nachmitteln des Staates vernichtet werde. Ein frommer Wunsch, an dessen Erfüllung jedoch nicht zu denken ist.

Achtung, Schiffbauer! Die Verleitung der Vereinigten Elb- und Saalefahrer in Magdeburg maßregelle im Herbst fortgesetzt die Mitglieder der Arbeiterorganisation; in einer Unterredung gaben der Direktor und der Prokurist offen zu, daß es ihnen um die Vernichtung der Organisation zu thun sei. Die Verleitung beabsichtigt also, den Schiffszimmerern das Koalitionsrecht freitrag zu machen. Es wird darum an alle Schiffbauer das dringende Eruchen gerichtet, die Organisation in ihrem Kampfe mit der Direktion der Vereinigten Elb- und Saalefahrer dadurch zu unterstützen, daß kein Schiffszimmerer in Magdeburg Arbeit nimmt. An der Solidarität der Arbeiter muß der Angriff auf das Koalitionsrecht zu Schanden werden.

Für die streikenden und ausgebehaltenen Weber in Meerane gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission weitere Beiträge ein:

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Berlin, 500.— Central-Verband deutscher Brauerei-Arbeiter, Section I, 100.—, bezgl. auf Wien 30.—, Verband der Bildauer, Verwaltung Berlin, 50.—, Tischlerei Albin, 10.—, Handbuchdruckerei „Minutal Emma“ 5.—, Verband der Raffinerie 9.05, Elbebeiter bei A. Rauff 9.—, Endarbeit Wuppah 5.00, 2.05, Ungenannt 1.—, Textilarbeiter, Filiale V (Schöneberg) 8.70; dabeist: Silberarbeiter 3.—, Silberarbeiter 15.—, Tischlerei Nibel, Saitenmacherstraße, 5.10, Verputzwerker Adromonski 4.10, Gelehrer, Schillermannstraße, 1.50, Durch C. Joseph, Metallarbeiter, 13.20; bezgl. 11.60, Anhaltische Maschinenfabrik 3.55, Aus der Straßense von Dehle 10.—, Arbeiter-Verband 5.—, Buchdruckerei Unger, 2.00, 6.10, Lokal-Organisationen Konfektionsarbeiter 1.00, Gesangsverein „Liedliche“ 3.50, Raffee Schmale 2.20, Drei rote Schloßburgen 1.00, Bauarbeiter Berlins 50.—, Also ges. am 4. Januar 1903 14.10, Bergolder, Filiale Burg 20.—

Buchdruckerei von E. Büssig Nachf. 8.05, D. Dreiwig 10.20, E. Fester 7.70, Germania 15.60, Helenstein u. Vogler 15.60, H. E. Löwenstein 12.15, National-Zeitung 39.05, Die Welt, Zeitung 13.—, Die Welt 4.20, E. Simon 4.30, Verlobt, Schriftführer und Messinglinienfabrik 69.20, Garisch, Schriftführer 33.05, Otto Rheinhardt 10.20, D. A. D. 3.—, B. Bieg 3.—, Schilling 2.—, Central-Verd. der Bureau-Angest. 30.—, Märkischer-Verband 6.10, Jannehuber Bau-Arbeiter 1.55, Weihnachts-Befragung der Schmelze 21.30, Schneider-Beifällige 11.30, 10.—, Buchdruckerei Kollenberg u. Schab 2. A. 4.—, Ges. im Centralverband der Handlungsgeschäften u. Gehilfen, Bez. Berlin 30.—, Schloßverein Bonnicherstraße 13.—, Straßauer Glasarbeiter 30.—, Ueberführ für Telephon und Depeschen 4.30, C. Reichenh 5.—, Umlage Gen. v. Schweizer Arbeitervereinen Karau 2.50, Deutscher Buchbinder-Verband, Zahlstelle Berlin 50.—, Dr. P. 10.—, Summa 1301.65.

Bevolls qualifiziert 9456,16 M., Summa 11 047,81 M.
Seltene Beilagen werden von uns gern entgegengenommen. Gelder, welche mit der Post eingesandt werden, sind an A. Köpcke, Engel-Ufer 15, zu richten.

Der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission.

Verammlungen.

Nixdorf. Genosse Hübsch vom Textilarbeiter-Verbande referierte in der am Freitag, 2. Januar, abgehaltenen Versammlung des Nixdorfer Gewerkschafts-Kartells über den Meeraner Weberstreik. Redner schilderte in ergreifender Weise das Elend der Meeraner Bevölkerung, hervorgerufen durch die äußerst minimalen Löhne, welche die dortigen Unternehmer den Webern zahlen; er sprach von der Siegesgewißheit und Opferfreudigkeit, welche unter den Streikenden, besonders unter den Frauen herrsche. Ein Sieg der Streikenden sei mit Sicherheit zu erwarten, wenn dieselben bis zum Beginn der Saison Anfang Februar von der übrigen Arbeiterschaft unterstützt werden, da der Textilarbeiter-Verband, der die Unterstützung während der zwölfwöchigen Dauer des Streiks aus eignen Mitteln gezahlt habe, dies jetzt nicht mehr in vollem Maße thun könne, um den Streik erfolgreich zu Ende zu führen. Zu unterstützen sind ca. 2000 Streikende; Streikbrecher haben sich bisher nur 30 gefunden.

In der zustimmenden Diskussion gab der Obmann bekannt, daß 30 M. aus der Unterstützungskasse bereits abgehandelt seien. Er empfahl die Ausgabe von Sammelzetteln. Die andere Diskussionsredner betonten ihre prinzipielle Gegnerschaft gegen Sammelzettel, doch solle in diesem Falle eine Ausnahme gemacht werden. Hierauf berichtete Raach über das Verhalten der Berliner Gewerkschaftskommission gegenüber den Lokalfäden bei der Berliner Gewerbegerichtsverhandlung. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Das Nixdorfer Gewerkschafts-Kartell erklärt sich mit dem Vorgehen der Gewerkschaftskommission betreffend der Gewerbegerichtsverhandlungen einverstanden. — Unter Verschiedenem machten die Bauhandwerker von dem bevorstehenden Ablauf ihrer Tarifverträge mit den Bau-Unternehmern und die Forderung des 70 Pfennig-Stundenlohnes aufmerksam und ersuchten die Delegierten, dem vielfach verbreiteten Märchen, daß die hohen Wohnmieten durch die hohen Arbeitslöhne der Bauhandwerker bedingt seien, entgegenzutreten und die zu diesem Zwecke in nächster Zeit zur Ausgabe gelangende Drohschüre zu beachten.

Wiening machte die Gastwirtsgehilfen darauf aufmerksam, bei Unterzeichnung von Verträgen mit den Gastwirten, welche die Zuständigkeit der Gewerbegerichte ausfüchteten, größte Vorsicht walten zu lassen und namentlich verschiedene Abdingungsstücken nicht einzugehen. — Es schloß die Tagung ab.

Adlerhof. Nach vieler Mühe ist es endlich gelungen, die Vertreter von zwei der größten Fälle hier am Orte zu bewegen, dieselben auch der Arbeiterschaft für ihre Zwecke zur Verfügung zu stellen. Welchem Mangel damit abgeholfen ist, beweist der Massenandrang der hiesigen Einwohner zu der Volksversammlung am 5. d. M. im Lokale des Herrn Lau, Bismarckstr. 10, in welcher Reichstags-Abgeordneter Reich Zubeil über: „Die Fleisch- und Brotmiserie und ihre Schädigung gegen die Socialdemokratie“ sprach. Die imposante Versammlung folgte mit Spannung den interessantesten Ausführungen des Referenten über die verächtliche Haltung der freisinnigen Volkspartei und gab durch Beifall und Zurufe zu erkennen, daß sie auch in der Beurteilung der aus Anlaß des Falles Krupp inszenierten Hege gegen die Socialdemokratie mit dem Referenten einverstanden ist. — Um 10 Uhr erfolgte nicht, wie es sonst üblich ist, die Auflösung der Versammlung wegen Eintritts der Polizeigend, sondern der überwachende Beamte forderte die Anwesenden einfach zum Verlassen des Saales auf. Obwohl die Anordnung formell nicht berechtigt ist, wurde sie befolgt, jedoch war allgemein der Wunsch herrschend, daß zur Ueberwindung von Veranlassungen nur solche Beamte beordert werden müßten, welche sich auch dazu eignen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die chinesische Kriegenschiedung.

Peking, 7. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Sämtliche Gesandten, mit Ausnahme desjenigen der Vereinigten Staaten, haben nunmehr eine gemeinsame Note unterzeichnet, in der China auf die durch das Friedensprotokoll übernommene Pflicht, die Entschädigungszahlung auf der Goldbasis zu leisten, ernstlich hingewiesen wird.

Venezuela.

La Guayra, 7. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das amerikanische Kanonenboot „Marietta“ ist gestern mit großen Postenmunitionen von Caracas hier eingetroffen. Der Kapitän begiebt sich morgen nach Caracas zu einer Besprechung mit dem amerikanischen Gesandten Bowen. — Den Fischereibooten ist die Erlaubnis, den Hafen zu verlassen, verweigert worden, weil sie den Bestimmungen der Flodade zuwider gehandelt haben.

Caracas, 6. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Den Regierungstruppen ist die gesamte für die Aufständischen bestimmte, in Coro gesandete Munition in die Hände gefallen.

Der sächsische Ekelanfall.

Genf, 7. Januar. (Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur.) Die Kronprinzessin von Sachsen hat aus Deferenz gegenüber der königlichen Familie den Wunsch ausgesprochen, während der Dauer ihres Prozesses allein in Genf zu weilen. Infolgedessen reist Giron unverzüglich von hier ab; er bleibt bis auf weiteres in Lausanne.

Kustand von Plantagenarbeitern.

Antwerpen, 7. Januar. (D. H.) Der heute mittag mit 42 Passagieren an Bord aus dem Kongo hier eingetroffene Dampfer „Albertville“, auf dem während der Ueberfahrt drei Passagiere gestorben sind, bringt die Meldung mit, daß eine Expedition unter dem Befehl des Kommandanten Arnold nach dem Ubangi aufgedrungen ist, um eine dort ausgebrochene Revolte der Plantagenarbeiter zu unterdrücken.

Hochwasser.

Frankfurt a. M., 7. Januar. (D. H.) Wie der „Frankf. Zig.“ aus Mainz berichtet wird, ist der Rhein seit gestern abend derart gestiegen, daß er an den Auslaststellen für Kupfrohlen-Schiffe über die Ufer getreten ist.

Explosion.

Straßburg i. E., 7. Januar. (D. H.) Anläßliche Meldung. Heute nachmittag 5 1/2 Uhr fand in der Nischgasanstalt des hiesigen Centralbahnhofs in der Nähe des Lokomotivdepotens eine Explosion statt. Durch dieselbe wurden die dort beschäftigten vier Arbeiter verletzt; einer derselben ist der Verletzung erlegen.

Alin, 7. Januar. (D. H.) Die Schiffsbrücke wurde heute mittag gegen 1 Uhr infolge des durch den hohen Wasserstand des Rheins entstandenen starken Stroms auseinandergerissen. Mehrere Joch trieben abwärts, wurden aber bald wieder vor Anker gelaßt.

Wien, 7. Januar. (D. H.) Blättermeldungen zufolge wird der Reichsrat am 15. Januar wieder zusammentreten.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierin 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Judische Fragen.

h. London, 3. Januar.

In der indischen Stadt Delhi, der ehemaligen Residenz der Großmoguln, wurde am 1. Januar König Eduard VII. zum Kaiser von Indien gekrönt. Die Festlichkeiten schloßen am 14. Januar ab. Der britische Statthalter (Viceroy) Lord Curzon und der Herzog von Connaught repräsentierten den indischen Völkern die britische Majestät. Ueber den orientalischen und militärischen Glanz des Krönungsfestes hat der Telegraph bereits berichtet. Unsere Aufgabe soll hier vielmehr sein, die wirtschaftlichen und politischen Probleme, die Indien bietet, zu kennzeichnen.

Britanniens Größe als Weltmacht beruht auf Indien, das etwa den siebenfachen Flächenraum Deutschlands und 300 Millionen Menschen, also ein Fünftel der Gesamtbevölkerung, in sich schließt. Sollte England die indische Dependenz verlieren, so würde es auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabsinken. Die 10 Millionen weißer Bürger, die in Kanada, Australasien und Südafrika wohnen, würden daran nichts ändern. Und doch sind es nicht die indischen Gebiete, sondern die angelsächsischen Kolonien, an denen sich die Spontaneität der britischen Imperialisten beruht. Diesen Kolonien wurde die Selbstverwaltung und damit auch die Möglichkeit zur selbständigen nationalen Entwicklung gegeben, während Indien im Interesse der besitzenden Klasse Englands regiert wird. Und darin liegt der größte Fluch des Imperialismus. Die imperialistischen Klassen Europas erschüttern und zerstören die Wirtschaftssysteme asiatischer und afrikanischer Völkern, ohne ihnen die Gelegenheit zu geben, die moderne Wirtschaftsweise Europas einzuführen und sie in nationalen Interesse zu entfalten. Die ganze innere Politik dieser unterworfenen Gebiete wird zum Vorteil der Eroberer geleitet. Mögen diese Eroberer gar nicht so schlecht sein, wie sie es in Wirklichkeit sind, aber schon ihr blindes, rücksichtsloses Eingreifen in die Geschichte fremder, vor ihnen unversandener Länder muß notwendigerweise unheilvoll wirken. Und hier kommen wir zum Grundproblem der britischen Verwaltung in Indien.

England fand Indien verhältnismäßig arm, wie überhaupt nichtkapitalistische Länder nicht reich sein können, da erst die gewerbliche, intensive Arbeit Reichtümer schafft. Indische Prinzen hatten nach orientalischer Art sehr bedeutende Edelmetallschätze aufgehäuft, die von den britischen Eroberern nach England gebracht wurden; mit diesen Schätzen wurde die industrielle Revolution, in die England in der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts eintrat, bedeutend gefördert. Allein die indischen Völkern waren nicht reich im modernen Sinne. Dafür aber lebten sie in ihren Dorfgemeinschaften, in kleinen demokratischen Agrar-Republiken. Die Dorfgemeinschaften waren unerschüttert, da es kein ausgebildetes Privateigentum, also auch kein Kreditwesen gab. Die einzige materielle Unsicherheit bestand in den durch klimatische Verhältnisse von Zeit zu Zeit verursachten Missernten. Gegen diese schützten sich die Dorfgemeinschaften durch Einrichtung von großartigen Bewässerungswerten, Kanälen und Getreidebehältern. Allerdings hatte Indien auch in längeren Zwischenräumen von Eroberungszügen centralasiatischer Barbarenstämme zu leiden. Allein diese festen wie ein Stein durch das weite Gebiet und verschwand bald mit ihrer Seele, während der Dorfkomunismus ungeändert seine ruhige und gleichmäßige Existenz weiter führte. Auch die inneren Stammeskämpfe und die dynastischen Kämpfe blieben im großen ganzen ohne fühlbaren Einfluß auf das Leben der Indier. Dynastien kamen und gingen; eine politische Umwälzung folgte der andern; die Hindus, die Afghanen, die Moguln, die Marathen und die Sikhs lösten einander im Laufe der Jahrhunderte in der Herrschaft ab, allein wie ein fester Pol in der Erscheinung blüht blieb die Dorfgemeinschaft. Unter diesem System entstanden Weltreligionen, die mit dem Christentum wetteiferten, gedankentiefere Theosophien, unsterbliche Hymnen und Dramen, große Litteraturen, Kunstdenkmäler von vollendeter Schönheit, unübertroffene Kunstfertigkeiten, kurz, eine reiche Civilisation, die noch heute die Bewunderung der Kulturwelt erweckt.

In dieses eigenartige Leben griffen die britischen Eroberer, die Elbe und Ostindien, mit roher, gepanzerter Faust ein. Die indischen Prinzen wurden beraubt und die Schätze wanderten nach England, um die moderne Industrie zu entwickeln. Dieser Raub hätte indes den indischen Völkern nicht geschadet, wenn die europäischen Sieger nicht an den Fundamenten des indischen Lebens gerüttelt hätten. Ungleich den centralasiatischen Barbaren setzten sich die Briten in Indien fest und erschlugen den Dorfkomunismus, ersetzten ausurer Unwissenheit, zweitens aus unerfährlicher Gier. Sie schufen Privateigentum an Grund und Boden, da sie andere Eigentumsformen nicht kannten, dann wollten sie Geldsteuern haben, um eine Bürokratie und eine Armee halten zu können. So wurden die Dorfgemeinschaften zu größeren oder kleineren Bauern, die nach und nach dem Züchtel in die Hände fielen, denn Geld mußten sie haben, um Steuern zahlen zu können. Die Briten führten Gesetze ein, die den europäischen, geldwirtschaftlichen Verhältnissen entsprachen; sie etablierten Gerichte, sorgten für Beamten, Advokaten und Polizei. Das heißt, sie stellten den politischen und legalen Ueberbau der kapitalistischen Ordnung her, ohne die kapitalistische Grundlage zu schaffen. Und obendrein hat auch der Ueberbau stark gelitten, denn mit der Aufhebung des Dorfkomunismus zerfielen die Organe, die für die Instandhaltung der Bewässerungswerte, Kanäle und Getreidebehälter sorgten, so daß der Bauer nicht nur dem Züchtel, sondern auch den klimatischen Verhältnissen schutzlos preisgegeben wurde.

Diese sinnlose Revolution ist der Uequell des indischen Elends. Sie hat Ueberbau und Ueberbau zerstört und die Hungernot in Permanenz etabliert. Bei einer organisch emporwachsenden Revolution haben die Bevölkerungszahlen, die am empfindlichsten von der Umwälzung betroffen werden, wenigstens die Hoffnung und auch die Aussicht, in den neuen wirtschaftlichen Gebilden irgend eine Aufstiegsstufe zu finden und sich durch wirtschaftliche Reformen und politische Revolutionen den neuen Verhältnissen anzupassen. In Indien dagegen wurde die alte Grundlage in grob mechanischer Weise beseitigt und nichts Positives geschaffen. Dies ist thatsächlich die soziale Revolution, wie sie sich die Bourgeoisie vorstellt: die einfache Negation.

Der ganze politische und legale Ueberbau, den die britische Weisheit in Indien geschaffen, hängt in den Lüften. Er wird nur von den 200 000 Briten, die dort als Beamte und Offiziere dienen, gestützt.

Ver schlimmert wird diese Lage durch folgende vier Ursachen: 1. Das ruinierte Indien zahlt jährlich an England einen Tribut von 20 Millionen Pfund Sterling (600 Millionen Mark). Dieser Tribut wird allerdings nicht in alter „barbarischer“ Weise erhoben, sondern durch verfeinerte kapitalistische Methoden. Die anglo-indische Handelsbilanz zeigt einen Ueberfluß der indischen Ausfuhr nach England um 20 Millionen Pf. Sterl., die in englische Töschungen

fließen als Dividenden und Zinsen von Eisenbahnen, Anleihen und Pensionen für Beamte, die in indischen Diensten waren. Alle diese Einrichtungen sind für die indischen Verhältnisse unproduktiv.

2. Die britische Zollpolitik war ganz darauf gerichtet, die Seiden- und Baumwollindustrie Indiens zu unterdrücken, um der britischen Textilindustrie keine Konkurrenz zu machen.

3. Die Grundsteuern betragen 33 Proz. des Bruttoertrages der Landwirtschaft. Mit diesen Einnahmen wird ein sehr kostspieliges und hoch bezahltes britisches Beamtenum unterhalten.

4. Die gebildeten Indier — etwa 6000 indische Studenten besuchen jährlich die Reiseschulen — werden von allen höheren Kenntnissen ausgeschlossen, so daß in den intelligentesten Eingeborenen jeder Ehrgeiz abgetötet wird.

Die Folgen dieser Uebel können natürlich nicht ausbleiben. Von den 300 Millionen Indiern sind 200 Millionen unter direkter britischer Verwaltung und der Rest unter der Verwaltung eingeborener Prinzen, die unter britischer Oberherrschaft stehen. Nach dem Eingangsbericht der großen Mehrzahl der Schriftsteller über Indien haben diese 70 Millionen viel weniger von Hungersnot zu leiden, als jene unter direkter britischer Verwaltung stehenden 200 Millionen, von denen 75 Millionen in ewiger, unwandelbarer Not leben, so daß ihnen eingetandenermaßen nicht mehr zu helfen ist. Das Elend hat in ihnen alle Menschenwürde, allen Widerstand, alle Hoffnung und Furcht ausgelöscht; das Rad einer blind dahinjagenden Civilisation hat sie rettungslos zermalmt.

Und die übrigen 130 Millionen Indier? England baut ihnen strategische Eisenbahnen, schickt ihnen einen hochgebildeten Beamtenstand — das beste und tüchtigste britische Menschennmaterial geht nach Indien —, gerechte, unbestechliche Richter, gewährt ihnen die Pax Britannica, den britischen Frieden nach Innen und Außen, baut ihnen Schulen und gewährt ihnen ein gewisses Maß individueller Freiheit — aber was kann dies alles nützen, wenn das System erbärmlich fehlerhaft ist? Das sind lauter Lugensartikel für die Indier, die vor allem Brot brauchen.

Und England wird es ihnen nicht geben. Denn es bleibt für Indien nur zwei Auswege: entweder Selbstverwaltung und freie Bahn für eine Entfaltung der modernen Wirtschaftsformen, oder aber eine Rückkehr zum alten System. Die gegenwärtige Lage bietet viel zu wenig zum Leben und zu viel zum raschen Tode. Kein Volk der Erde, und wenn es tausend Shakespeares, Newtons und Darwins hervorgebracht hätte, darf es sich gestatten, ein Fünftel der Menschheit elendiglich verkommen zu lassen. Und wer sollte Indien retten? Die bürgerlichen Parteien Englands vertreten rein kapitalistische Interessen; dann haben die großen englischen Familien Söhne oder Verwandte in indischen Beamten und beziehen enorme Gehälter und Pensionen, die den Kernstein der Menschheit abgepreßt werden; die höchsten Geschichtszüge, die skandinavischen Gestalten der reichen britischen Jugend sind auf Kosten von vielen Millionen elender Bewohner Indiens entwickelt worden. Und die Trades-Unionisten? Die überaus große Mehrzahl derselben haben keine Ahnung von Indien; der vulgäre Ingotismus beruht sich an Kanada, Australasien, Südafrika, wo höchstens zehn Millionen Briten wohnen und die eingeborenen Rassen ausbeuten. Ja, die britischen Textilarbeiter unterstützen die patriotische Zollpolitik, die die gewerbliche Tätigkeit Indiens noch immer unterdrückt. Nur die britische Sozialdemokratie, kein wie sie ist, tritt für die Indier ein. Dank der unermüdlichen Agitation des Genossen Hyndman kam es in der letzten parlamentarischen Sitzung einige Mal zu indischen Debatten. Die Sozialdemokraten bestärkten die Abgeordneten der einzelnen Wahlkreise mit Briefen, das indische Elend zu deklarierten. Mehr konnten unsere Genossen vorläufig nicht thun. Der britischen Sozialdemokratie hatten westliche Aufgaben. Denn was will das englische Arbeiterelend gegenüber dem indischen Elend bedeuten? In Indien stirbt langsam der Hungertod ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Die britische Arbeiterklasse ist aus Egoismus und Unwissenheit an dieser weltgeschichtlichen einzig dastehenden Völkervernichtung mitschuldig.

Der König von England und Kaiser von Indien hat am Krönungstage eine Proklamation erlassen, die in der Hauptsache aus allerhand Phrasen besteht. Sie wird ebenso wenig nützen wie der Schwur seiner Mutter, der frommen Victoria, für die Handelsblüte, die Zufriedenheit und die Gerechtigkeit Indiens zu wirken. Dieser Schwur wurde öffentlich im Jahre 1858 geleistet, ein Jahr nach der indischen Rebellion, als der Donner des Völkernornes das Gewissen Englands aufgeschreckt hatte. Seitdem hat die englische Politik jede Rebellion in Indien unmöglich gemacht; sie hat die Indier körperlich zu Grunde gerichtet.

Auch eine Wohnungsstatistik.

Betrachten wir die durchschnittlichen Mietpreise der kleineren und mittleren Wohnungen, so fallen zunächst die ungewöhnlich hohen Preise auf, welche in den Nachbarorten Berlins für eine Wohnung mit nur einem nicht heizbaren Zimmer gezahlt werden müssen; sie schwanken von 220 M. in Charlottenburg bis 262 M. in Wilmersdorf und sind auffälligerweise etwas höher als die der Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer. Aber auch die Preise für diese letzteren Wohnungen bewegen sich — abgesehen von Schöneberg — zwischen 200 M. (Niedorf) und 244 M. (Schöneberg). Außerhalb Berlins und Umgegend wird nur in Altona der Satz von 200 M. überschritten; in den andern preussischen Gemeinden kosten selbst die einzimmrigen heizbaren Wohnungen mit Zubehör weit unter 200 M. Im allgemeinen steigt der Preis der Wohnung keineswegs im Verhältnis zur Zahl der heizbaren Zimmer. So kostet z. B. eine zweizimmerige Wohnung nicht ganz doppelt so viel wie eine einzimmrige, eine solche von vier Zimmern aber nicht nur das Doppelte einer zweizimmerigen, sondern oft bedeutend mehr. Natürlich kann hieraus nicht auf eine größere Billigkeit der kleinen Wohnungen im Vergleich zu den größeren geschlossen werden; der verhältnismäßig höhere Preis der größeren Wohnungen wird vielmehr auf Rechnung besserer Lage und Ausattung zu setzen sein.

Von Interesse ist eine Vergleichung der Ausdehnung von Mietstufen und Einkommensstufen. Man wird mit Sicherheit annehmen können, daß eine Haushaltung mit nicht mehr als 900 M. Einkommen zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses nur schwer über 250 M. ausgeben kann, und auch ein Einzelsteuernder, ohne Angehörige, wird in der Regel über jene Gruppe nicht hinausgehen wollen. Nun ist aber in mehreren Städten, namentlich in Hannover, Charlottenburg, Posen, Danzig, die Zahl der Wohnungen mit einem

Mietwert von höchstens 250 M. verhältnismäßig viel geringer als die der Haushaltungen und Einzelsteuernder mit höchstens 900 M. Einkommen. So hatten z. B. in Hannover 50,78, in Charlottenburg 36,89 Proz. ein Einkommen von nicht über 900 M.; Mietwohnungen zum Preise bis zu 250 M. waren dagegen in den beiden Städten nur 38,21 bzw. 21,76 Proz. der Gesamtzahl aller Mietwohnungen vorhanden. Dies Mißverhältnis wird vielfach dazu führen, daß unbemittelte Haushaltungen sich zur Aufnahme von Mitbewohnern oder Schlafgängern entschließen und daß unbemittelte Einzelsteuernde sich mit einer Befriedigung des eignen Wohnungsbedürfnisses auf diese Weise begnügen müssen, da sonst beide Teile keine ihren Einkommensverhältnissen entsprechende Wohnung erlangen.

Kein Wunder, daß das Schlafstellenwesen mit seinen schweren Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung einen so großen Umfang angenommen hat! Die Anzahl der Haushaltungen, die entweder Zimmermieter oder Schlafleute oder beide Arten von Mitbewohnern beherbergen, beträgt in manchen Städten mehr als ein Fünftel der Gesamtzahl oder annähernd so viel. Dabei überwiegen gerade in den bedeutendsten Städten die Haushaltungen mit den wirtschaftlich so viel schlechter gestellten und social bedenklicheren Schlafgängern, und es sind, soweit das die vorliegenden Ziffern erkennen lassen, gerade die Haushaltungen mit Kindern, welche Schlafleute aufnehmen. In Berlin, wo im Jahre 1900 die Zahl der Haushaltungen mit Kindern überhaupt nicht ganz zwei Drittel der Gesamtzahl betrug, waren von den 33 156 Haushaltungen mit Zimmermiethern 18 875, also etwas über die Hälfte, solche mit Kindern, dagegen von den 59 608 mit Schlafleuten 40 176, also mehr als zwei Drittel, wozu dann noch 1199 Haushaltungen mit Zimmermiethern und Schlafleuten kommen.

Was die Zahl der Zimmermieter oder Schlafleute und ihr Verhältnis zur Gesamtzahl der Haushaltungsmitglieder betrifft, so sind in der Regel die Schlafleute weit zahlreicher als die Zimmermieter, bei beiden Gruppen wiederum die Männer weit zahlreicher als die Frauen. Besonders hoch ist die Zahl der weiblichen Schlafgänger in Königsberg i. Pr., wo im Jahre 1900 von allen 178 573 Haushaltungsmitgliedern 3921 = 2,20 Proz. Schlafgängerinnen waren. In Berlin betrug dieser Satz 1,46, in den meisten übrigen Gemeinden blieb er weit unter 1 Proz. Im allgemeinen ist die Zahl der Mitbewohner eine recht beträchtliche, sie betrug 1900 in Berlin 8 und in Frankfurt a. M. sogar 9 Proz. aller Haushaltungsangehörigen. Eine Besserung in den Gesamtziffern weisen Halle a. S. und Posen auf. In Halle ist der Anteil der Mitbewohner von 1800 bis 1900 von 6,50 auf 4,84, in Posen von 1895 bis 1900 von 6,08 auf 4,73 Proz. gesunken.

Welche verderblichen Folgen das Schlafstellenwesen zeitigt, lehrt die eine Thatsache, daß z. B. in der Reichshauptstadt schon Haushaltungen mit nur einem Wohnraum (Zimmer oder Küche) und zwar auch solche von Familien mit Kindern, Schlafleute beherbergten, mitunter sogar in größerer Zahl. Im Jahre 1900 waren 1958 solche Haushaltungen, darunter 326 mit Familien mit Kindern vorhanden. Von diesen letzteren beherbergten 12 Schlafgänger eines Geschlechts in der Zahl von 3 und mehr, und zwar 9 je 3 männliche, 2 je 3 weibliche und eine 4 männliche; ferner 9 Haushaltungen mit Kindern Schlafgänger verschiedenen Geschlechts in der Zahl von 3 und darüber, nämlich eine 2 männliche und 1 weibliche, 5 je 1 männlichen und 2 weibliche, eine 3 männliche und 1 weiblichen, eine je 2 männliche und 2 weibliche und eine 4 männliche und 1 weiblichen. Die Zahl der Schlafleute verschiedenen Geschlechts ging bei keiner Haushaltung über 13 hinaus; auch haben diese immer wenigstens zwei Wohnräume, die allerdings bei einzelnen Haushaltungen zugleich auch noch mit Kindern der Familie besetzt sind. In der überwiegenden Mehrheit der Haushaltungen mit Kindern, welche mehr als sechs Schlafleute beherbergten, waren vier und mehr Wohnräume vorhanden, auf welche sich die gesamte Belegung der Wohnung verteilte.

Von den gesamten Haushaltungen Berlins waren nicht weniger als 13,15 Proz. solche mit Schlafgängern, und zwar 8,77 Proz. solche mit nur männlichen, 3,71 Proz. mit nur weiblichen und 0,67 Proz. mit Schlafgängern beider Geschlechter. Mehr als 5 Proz. aller Haushaltungsmitglieder (einschließlich der Haushaltungen ohne Schlafleute) waren Schlafleute, und zwar 3,92 Proz. männlichen und 1,46 Proz. weiblichen Geschlechts. Von den Haushaltungen mit Schlafleuten ist nur ein geringer Bruchteil auf einen Wohnraum beschränkt; die überwiegende Mehrzahl von ihnen verfügt über zwei oder drei Wohnräume. Ähnliche Verhältnisse wie Berlin weisen seine Nachbarstädte Charlottenburg, Schöneberg und Niddorf auf.

Neben dem Schlafstellen-Umwesen fällt als eine weitere Folge ungenügenden oder rasch veränderter Wohnens der schnelle Wechsel der Wohnung ins Gewicht. Daß auch hierunter wieder in erster Linie die ärmere Bevölkerung zu leiden hat, ergibt sich aus der Ersehung, daß bei den kleinen und kleinsten Wohnungen der Wechsel ganz besonders schnell vor sich ging, und zwar um so schneller, je kleiner die Wohnung war.

So wenig erfreulich auch das Bild ist, das uns die Statistik entrollt, so lehrreich ist es auf der andern Seite. Es liefert den klaren Beweis dafür, wie unter der Herrschaft des Privateigentums an Grund und Boden sich Zustände herausgebildet haben, die jeder Beschreibung Hohn sprechen. Das Bauen und Vermieten von Wohnungen ist ein Geschäft geworden, bei dem die Frage der Gesundheit und Sittlichkeit in den Hintergrund treten muß gegenüber dem Interesse des Geldhebers. Nicht das Wohl der Gesamtheit, sondern der Vorteil des Einzelnen ist maßgebend; einige wenige Besitzende suchen sich auf Kosten der Massen noch mehr zu bereichern. Und die Gemeinden, die in erster Linie berufen sind, die besitzende Hand anzulegen, sind zur Unthätigkeit verurteilt, ihnen sind die Hände gebunden, dank einer Klassen-Gesetzgebung, die den Hausbesitzern die Hälfte der Mandate in den Gemeinde-Vertretungen ausliefert. An dem Widerstand der Interessenten scheitert jeder Versuch zu einer Wohnungsreform, und set er noch so gering. Zieht die Regierung die Folgerungen aus den kulturwidrigen Zuständen, die sie nicht länger zu bestreiten magt und ist es ihr wirklich ernst mit einer Wohnungsreform, so hebt sie endlich das durch nichts begründete und so unheilvoll wirkende Privileg der Hausbesitzer auf! Allerdings glauben

*) Siehe einen vorhergehenden Artikel in Nr. 902 des vorigen Quartals.

wir nicht, daß sie sich zu diesem Schritte entschließen wird, denn gefährlicher als das Wohnungsgeld erscheint ihr das Eindringen von Socialdemokraten in die Gemeindevertretungen, das sie in ihrer Sturzlosigkeit durch so heimliche Mittel zu verhindern können glaubt.

Partei-Nachrichten.

Der Landtag von Oldenburg zählt, wie wir aus der „Bremer Bürgerzeitung“ erfahren, 40 Mitglieder. Wir hatten in unserer Notiz über die socialdemokratische Vertretung in den Bundesstaaten die erwähnte Zahl mit 35 angegeben, da sie gesetzlich nicht fest bestimmt ist. Der oldenburgische Landtag ist nämlich das einzige deutsche Parlament, für welches gesetzlich bestimmt ist, daß die Zahl der Parteimitglieder jedesmal nach der Wahl vorhergehenden letzten Volkszählung neu bestimmt wird in der Weise, daß in den gesetzlich feststehenden Wahlkreisen auf je 10 000 Einwohner ein Abgeordneter zu wählen ist.

Für den guten Fortgang der socialistischen Arbeiterbewegung in Spanien jagt, daß eine Reihe dortiger Genossen eine neue politische-wissenschaftliche Halbmonatsschrift: „La Revista socialista“ („Die socialistische Revue“) erscheinen läßt, von der uns soeben das erste Heft zugeht. Unter den Mitarbeitern der neuen Schrift, die von Luciano Garcia Coriés redigiert wird, finden wir eine Reihe der bekanntesten spanischen Parteileiter, z. B. Pablo Iglesias, Jaime Vera, Francisco Mora, Juan V. Justo, Ricardo Duvelos. Das erste vorliegende Heft bringt unter der Ueberschrift „Chronik“ zunächst eine kurze Uebersicht über die letzten politischen Ereignisse; dann folgt ein Artikel von Iglesias über die Teilnahme der Socialisten an politischen bezw. an parlamentarischen Leben, ein Artikel von Duvelos über die socialistische Einfluß; ein Artikel von Sales y Ferré: Ursachen und Folgen (des spanischen) Verfalls; ein Artikel von Ormaechea: Proletariat und schließlich eine kurze Abhandlung unseres italienischen Parteigenossen Ferri über: „Socialismus und Antiklerikalismus“. Wir heißen den neuen Mitstreiter, den das Blatt zu werden verspricht, herzlich willkommen und wünschen ihm besten Erfolg.

Bestellungen sind an die Administration: Sr. Juan A. Melia, Madrid, Mendizábal 6, zu richten. Der Abonnementspreis beträgt für Deutschland 4 Pesetas (3,20 M.) pro Halbjahr.

Pollzeitliches, Gerichtliches usw.

— Eine Lüge im preussischen Vereinsgesetz von 1850 wurde heute auch der Staatsanwaltschaft von Halle gelegentlich einer Schöffengerichts-Verhandlung gegen neun Parteigenossen, die gegen die §§ 6 und 15 jenes Gesetzes gesündigt haben sollten. Als am 31. Oktober v. J. bei Eintritt der Pollzeit eine als Versammlung angemeldete Sitzung des Gewerkschaftsartells aufgelöst wurde, sollten die etwa 50 bis 60 Teilnehmer sofort den Saal verlassen. Das ging natürlich nicht so schnell, da die Teilnehmer sich anleiden und dem Kassier Zahlung leisten mußten. Das „Sofort“ zieht sich ja wie ein roter Faden durch das Vereinsgesetz und wie jenes „Sofort“ von den Behörden zuweilen aufgefaßt wird, darüber können die Genossen, die nach § 1 und 2 jenes Gesetzes schon Versammlungen angemeldet und Statuten eingereicht haben, genügend Auskunft erteilen. Die Polizei soll ja auch „Sofort“ Bescheinigungen erteilen etc. Die Bezahlung des Stellners, das Anleiden etc. hatte wohl 6—8 Minuten gedauert und unsere Genossen erlitten die praktische Unannehmlichkeit der Verzögerung zu beruflich. Der Staatsanwalt sagte, es mag wohl eine Lüge im Gesetz sein; er beantragte aber gegen alle Angeklagte je 30 M. Geldstrafe. Das Gericht irrte sich und erkannte auf 9 M. Geldstrafe ebent. 3 Tage Haft. Bekanntlich ist die niedrigste Strafe 15 M. Geldstrafe in solchen Fällen.

Sociales.

Zur Wohnungsfrage.

Aus dem neuen Reichsstat veröffentlicht die „Nordd. Allg. Ztg.“ eine Denkschrift, die unter dem Titel geht: „Wohnungsfürsorge für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reiches“. Darin wird ausführlich über die Verwendung der 6 Millionen Mark, die 1901 und 1902 für diese Zwecke bewilligt worden sind. Das Geld wurde an 23 Baugenossenschaften zu Darlehen gegeben mit Ausnahme von 400 000 M., die zum Ankauf von Baugrund in Hohenau, Rendsburg, Brunsbüttel und Völsbau-Dresden verwendet wurden. Die Grundstücke sind Baubereinen zu Erbbaurecht überlassen worden. Für den neuen Etat werden abermals 4 Millionen Mark gefordert. Darlehensgesuche liegen bereits über diese Summe hinaus vor. Beachtenswert ist die Begründung, die die Forderung in der Denkschrift findet. Es heißt da:

In den Hafenstädten Kiel, Danzig und Wilhelmshaven haben sich die an sich schon ungünstigen Wohnungsverhältnisse gerade durch die Errichtung der großen, zahlreiche Arbeiter und Angestellte beschäftigenden reichsstaatlichen Betriebe erheblich verschlechtert, und das Reich hat daher hier desto mehr die Pflicht, allen auf die Erstellung zweckmäßig eingerichteter und preiswerter Kleinwohnungen gerichteten Bestrebungen Förderung angedeihen zu lassen. In Kiel ist in neuester Zeit noch eine weitere empfindliche Verschärfung der Wohnungsnot durch den Umstand eingetreten, daß die Firma Friedr. Krupp ihre bisher in Regel befindliche große Reichsingenieurwerkstatt nach Kiel verlegt und alle dort erhaltenden Kleinwohnungen für die Arbeiter dieser Werkstatt abgemietet hat. In Danzig sind nach den wiederholt und noch kürzlich händischerseits vorgenommenen Erhebungen Wohnungsverhältnisse so ernst und beklagenswerter Art vorhanden, wie kaum in einer andern deutschen Stadt, und in Wilhelmshaven ist durch die Herstellung einer Reihe sozialistischer Arbeiterhäuser dem vorhandenen Bedürfnisse bei weitem noch nicht genügt.

Überaus ungünstig liegen ferner die Wohnungsverhältnisse für die gering besoldeten Reichsbeamten in den großen Industriebezirken der Rheinprovinz und Westfalens, namentlich im Ruhrreviere. In den letzten drei Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts hat sich die Bevölkerung in den Städten Köln a. Rh., Elberfeld, Wermun u. a. verdoppelt, in den Städten Düsseldorf, Duisburg, Bochum, Oberhausen, Gelsenkirchen, Dortmund u. a. verdrei- und vierfach. Mit dieser unüberhältnismäßig raschen Bevölkerungszunahme hat die private Bauhätigkeit nicht gleichen Schritt zu halten vermocht, und es macht sich daher in den meisten dieser Orte nicht nur ein empfindlicher Wohnungsmangel geltend, sondern es sind auch die Mietpreise für die vorhandenen, dazu meist noch in sehr schlechtem Zustande befindlichen Wohnungen übertrieben hoch. Auch hier ist daher ein rasches und entschiedenes Eingreifen des Reiches im Interesse der beteiligten Reichsbeamten dringend geboten.

Ähnlich sind auch die Verhältnisse in einer großen Zahl der an Einwohnerzahl rasch gewachsenen Großstädte in den übrigen Teilen Deutschlands gearret, so beispielsweise in Königsberg, Posen, Dresden, Leipzig, Wiesbaden, Straßburg, Reg. usw., und überdies herrschen auch in verschiedenen kleineren Städten, namentlich in der östlichen Hälfte des Reiches, Wohnungsverhältnisse schwerster Art. So wird aus einer kleinen Stadt in der Nähe der Pflanzengrenze berichtet, daß von den daselbst beschäftigten verheirateten Postbeamten nur zwei Wohnungen innehaben, die den berechtigten Anforderungen entsprechen. Die Wohnungen von vier Postbeamten seien feucht und kalt und infolge dessen ungesund. Sonstige für Beamte geeignete Familienwohnungen seien nicht vorhanden, so daß weitere verheiratete Beamte dort nicht beschäftigt werden könnten. Im Jahre 1900 habe ein Beamter, dessen Wohnung durch eine Feuerbrunst zerstört worden sei, verheiratet werden müssen, weil er eine andre Wohnung nicht habe erlangen können.

Es ist annehmlich genug, wenn das Reich gegenüber solchen Zuständen sich zu nichts weiter aufschwingen kann, als bisher in drei Jahren ganze 10 Mill. Mark zu Darlehen an Baubereine zu fordern. Damit kann man dem Wohnungsgeld für die Hunderttausende von Reichsbeamten und Arbeitern in Reichsbetrieben auch nicht entfernt wirksam begegnen. Aber die Reichsregierung kann sich doch der

Einsicht nicht verschließen, daß dieses Wohnungsgeld für alle andern Arbeiter ebenso gilt, wie für die Arbeiter der Reichsbetriebe. Und scheint, das Reich hat nicht bloß die Aufgabe, als Verwalter großer Betriebe für seine Arbeiter zu sorgen, es hat vielmehr in viel höherem Grade als politische Verwaltung die Aufgabe, den vorhandenen und erkannten Missetänden durch eine umfassende Wohnungspolitik entgegenzuwirken. Bisher hat es weiter nichts getan, als auf sichere Realien einige Millionen Darlehen zu geben, wobei einige tausend Mark Zinsverlust für die Reichskasse eintreten. Es soll zugegeben werden, daß das ein Mittel gegen das Wohnungsgeld ist, aber es ist von allen unbewährten keineswegs das bedeutendste und es ist gegenüber der Größe der zu bewältigenden Aufgaben ein Tropfen auf den heißen Stein.

Mitwirkung der Arbeiter bei der Berginspektion.

Die Kgl. Berginspektion Saarbrücken hat unterm 13. Dezember eine Anordnung zur Veranlassung von Arbeitern zur Grubeninspektion erlassen, die in der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ mitgeteilt wird und lautet:

I. Den für die einzelnen Berginspektionen gewählten Vertrauensmännern, soweit sie Steigerabteilungen unter Tage angehören, wird vom 1. Januar 1903 die Befugnis eingeräumt, nach Abgabe der Bestimmungen unter II—IV diejenigen Steigerabteilungen, von denen sie gewählt worden sind, in Bezug auf die Sicherheit der Arbeiter zu befragen, sowie sich über die daselbst vorgekommenen Unfälle zu unterrichten.

II. Die Befragung der Steigerabteilung soll einmal im Monat erfolgen. Den Tag der Befragung hat der Vertrauensmann auszuwählen. Er hat seine Absicht spätestens am Abend vor der Befragung dem Abteilungsleiter zu melden.

Die Befragung erfolgt in Begleitung des Abteilungsleiters oder eines andern Betriebsbeamten. Sie soll sich nach Möglichkeit auf sämtliche Punkte der Steigerabteilung erstrecken. Der Vertrauensmann hat sich bei der Befragung streng auf die Unternehmung der Sache zu beschränken und alles, was nicht zu dieser Aufgabe gehört, zu unterlassen. In Anordnungen ist er nicht befangen.

III. Der Vertrauensmann hat am Schlusse der Befragung seine Beobachtungen und Bemerkungen in ein beim Obersteiger aufliegendes „Jahrbuch für Vertrauensmänner“ einzutragen oder zu Protokoll des Obersteigers zu erklären.

IV. Der Vertrauensmann ist befugt, sich bei den in seiner Steigerabteilung vorkommenden Unfällen in Begleitung des Abteilungsleiters oder eines andern Betriebsbeamten an Ort und Stelle über die Ursache, den Umfang und die Folgen des Unfalls zu unterrichten und seine Bemerkungen darüber in das unter III. bezeichnete Jahrbuch einzutragen.

V. Das Jahrbuch wird nach jeder Befragung vom Obersteiger eingesehen, den den etwaigen Vorschlägen des Vertrauensmannes entweder stattgegeben oder das Jahrbuch dem Betriebsdirektor zur Entscheidung vorlegt. Glaubt auch dieser den Vorschlägen des Vertrauensmannes nicht entsprechen zu können, so legt er das Jahrbuch dem Vorliegenden der königlichen Bergwerksdirektion zu Saarbrücken zur endgültigen Entscheidung vor.

VI. Der Vertrauensmann erhält für die Schicht, die er auf die Befragung seiner Steigerabteilung verwendet, den Betrag von 5 M.; wird, wie z. B. aus Anlaß von Unfällen, seine ganze Schicht verschoben, so erhält er einen entsprechenden Teilbetrag.

Das ist wieder einmal eine echt deutsche Dosis Socialreform; in diesem Tempo weiter, dann haben wir auch in hundert Jahren noch nicht das, was sich die Arbeiter unter einer Teilnahme an der Betriebsaufsicht denken. Diese „Vertrauensleute“, die die Arbeiterausschüsse darstellen, genießen nämlich bei den Arbeitern so wenig Vertrauen, daß oft aus Mangel an Wählern keine Wahl zu stande kommt. Das liegt nicht an den persönlichen Eigenschaften der Vertrauensleute, sondern daran, daß sie nur als eine Dekoration angesehen sind und nicht wagen dürfen, ernstlich für die Interessen ihrer Auftraggeber einzutreten.

Die Anerkennung des Princips der Mitwirkung der Arbeiter ist ja ganz schön, aber man muß den Arbeitern auch die Freiheit geben, von solchen Rechten wirklich Gebrauch zu machen, sonst ist das Princip so viel wert, wie ein Potemkinsches Dorf.

Eine Krankheits- und Sterblichkeits-Statistik soll vom kaiserlichen Statistischen Amt und vom kaiserlichen Gesundheitsamte aufgemacht werden. Allerdings will man nicht die Sammlung von Material zur dauernden Führung einer solchen Statistik für das ganze Reich unternehmen, sondern man will das zufällig vorhandene Material, das die Erhebungen der Leipziger Ortsliste bieten, nur verarbeiten. In einer dem neuen Reichstat beigegebenen Denkschrift wird der Wert einer solchen Statistik auseinander gesetzt und dann heißt es:

„In den Erhebungen der Orts-Statistik für Leipzig und Umgegend, welche vom Jahre 1887 an benutzbar sind und sich auf über 1 500 000 Mitgliederjahre erstrecken, liegt ein Material vor, das zu diesem Zwecke geeignet und insbesondere auch so umfangreich ist, daß die Bearbeitung desselben auch über den Rahmen des engeren Erhebungsbezirk hinaus Bedeutung beanspruchen kann.“

Auch über die berufliche Sterblichkeit würden aus dem Leipziger Material immerhin wertvolle Daten gewonnen werden, da bei der Klasse seit dem Jahre 1887 gegen 13 000 Todesfälle von Mitgliedern — abgesehen von deren Angehörigen — vorgekommen sind. Die Möglichkeit der Bearbeitung ist, unter Voraussetzung der Ausführung durch Organe des Reiches und der Uebernahme der Kosten auf das Reich, durch das Entgegenkommen des Vorstandes der Klasse und der ihr vorgelegten Behörde gesichert.

Die technische Ausarbeitung der Statistik würde durch das kaiserliche Statistische Amt unter dem Beiräte des kaiserlichen Gesundheitsamtes, die wissenschaftliche Bearbeitung von beiden Ämtern unter angemessener Leitung des Statistiker, ausgeführt werden.“

Man vermutet, daß die Arbeit etwa 225 000 M. kosten dürfte und daß man diese Summe auf vier Etatsjahre verteilen könnte. Vorläufig werden 50 000 M. übertragbar gefordert.

Der neuente internationale Kongreß gegen den Alkoholismus wird in der Zeit vom 14. bis 19. April in Bremen stattfinden. Als Diskussionsmateria sind angesetzt: 1. Alkoholismus und Tuberkulose. Referent: Dr. med. Legrain-Paris. 2. Der Alkohol im Lebensprozeß der Rasse. Referent: Dr. med. Alfred Fölsch-Berlin. 3. Der Alkohol als Genußmittel. Referent: Professor Dr. med. Frankel-Halle a. S. und Dr. med. A. Korol-Morges. 4. Die Rolle des Alkohols im Budget der Kulturvölker. Referent: Dr. polit. A. Helenius-Helsingfors und Dr. jur. G. Blocher-Basel. 5. Die Entmündigung wegen Trunksucht. Referent: Prof. Dr. med. Cramer-Göttingen und Prof. Dr. jur. Endemann-Halle a. S. 6. Die Gasthausreform. Referent: Direktor Peter Ritter-Göthenburg, Josef Bentlich-Pradford und Freiherr v. Diegardt-Rojanowa. 7. Alkoholismus und Bier. Referent unbestimmt. 8. Vereinstätigkeit. Referent: Dr. jur. v. Strauch und Torney, Senatspräsident, Berlin, und Dr. med. Lidström-Albala. 9. Die Bekämpfung des Alkoholismus auf Seeschiffen. Referent unbestimmt. 10. Aufgaben der Frau im Kampfe gegen den Alkoholismus. Referent: Lady Henry Somerset-London. 11. Erziehung und Schule im Kampfe gegen den Alkoholismus. Referent: Anton Don-Rotterdam, Charles Wakely-London und Mrs. Mary Hunt-Boston, Vereinigte Staaten.

Diese Gegenstände sollen in 9 öffentlichen Sitzungen erledigt werden. Außerdem sind noch öffentliche Propaganda-Versammlungen verschiedener alkoholgegnerischer Organisationen vorgesehen, zu denen auch bereits eine größere Anzahl Redner gemeldet sind.

Zu dem Kerstestreich in Oren erhält das dortige Parteiblatt eine Zuschrift der Kassensätze der Textilbetriebskassen. Daraus geht hervor, daß der Streik sehr leicht beizulegen wäre. Die Kerste waren nur mit der Anstellung des neuen Kerstes Dr. Engelmann, der nach dem Naturheilverfahren kurirt, insoweit nicht unverbunden, als dieser aus dem Pauschale honorirt werden sollte. Sie hatten aber der Kasse angeboten, daß von dem Pauschale ein Teil abgepalten werden sollte zur Honorierung des Dr. Engelmann. Dies sei jedoch vom

Kassenvorstande schon Mitte Dezember schroff abgelehnt worden. Dann haben die Kerste nochmals eine Verhandlung zur Lösung der Differenzen angebahnt und erst nachdem sie auch da eine schroffe Ablehnung erfahren, hätten sie zum Streik gegriffen.

Aus der Frauenbewegung.

Ober-Schöneweide. Ein Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse ist hier gegründet worden. Sitzung jeden Montag nach dem 1. und 15. des Monats bei Stauffolt, Wilhelmshafenstraße 18. Mitgliederanmeldungen werden dort entgegengenommen.

Zur Frage der Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen hat der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen eine Erhebung unter seinen Mitgliedern veranstaltet. Die Antworten fielen selbstverständlich, wie in der jüngsten Auskündigung des Vereins in Düsseldorf der Herr Dr. Deumer berichtete, „durchweg verneinend“ aus. Es entspricht nur der bei uns herrschenden politischen Heuchelei, wenn Herr Dr. Deumer berichtet, daß die Ablehnungen in erster Linie mit dem eignen Interesse der Arbeiter begründet werden.

Eingegangene Druckschriften.

„Zübdeutscher Postillon“ Nr. 1 ist erschienen und zum Preise von 10 Pfennigen durch alle Buchhandlungen und Zeitungspedelleure zu beziehen.

Handwörterbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Socialpolitik und Verwaltung. Herausgegeben von Dr. jur. R. Reichsberg, Professor an der Universität Bern. Erster Band. Erste Hälfte. Bern 1902. Verlag Enschloppä. Preis Fr. 13.50.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die leichte Abnahmeentscheidung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt.

C. 2. Vielleicht kann Ihnen der Berliner Frauenverein zur Abhilfe der Not unter den kleinen Handwerker und Fabrikanten helfen. Vorliegende ist Frau Ida Salomonson, Charlottenburg, Dardenbergstr. 18.

D. 8. Falls Sie glauben, auf die Postkarte für Uähler verzichten zu können, empfehlen wir Ihnen entweder den Besuch einer händischen Fortbildungsschule, oder wenn Sie schnellere Fortschritte machen wollen, die Beteiligung an dem Kursus einer privaten Handels-Lehranstalt (Strahlenbergstr. 2).

E. M. Großschwalderstraße Nr. 216. R. 2. 103. Mich.

F. 24. Einstellungsfähig sind Sie noch. So lange Sie Ihre Mutter unterstützen, wird aber ein Einstellen unterlassen. Ob Sie betreten, ist gleichgültig. — H. 8. Die Forderung war berechtigt. Mehr als eine kleine Geldstrafe wird kaum herauskommen, wenn der Sachverhalt in der That nur so lag, wie Sie sich seiner entziehen. — G. 8. In einer allgemeinen Darlegung des Erbrechts eines Ehepartners vor und unter dem bürgerlichen Gesetz gehören etwa sechs Spalten des „Vorwärts“. Wegen des Jahresfall dar, geben Sie insbesondere an, wo und wann die Ehe geschlossen ist, und sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde vor. — H. 8. 100.

I. Wenn Ihnen bei vorübergehender Abmüdigkeit am Freitag gefehlt ist, so laßt das Arbeitsverhältnis am Freitag ab. 2. Kein. Zum Aussehen ist kein Arbeiter verpflichtet. Sie verlangen Beschäftigung und fragen auf Lohn für die Zeit, in der Sie ausziehen sollten. („Arbeiterrecht“ S. 93.) — R. 2. 100. Ja, da aus den Umständen zu entnehmen ist, daß die Ehefrau wegnimmt, so ist mündlich der Vertrag mittelgültig. — D. M. 113. 1. Sie können ohne weiteres Ihre Erbe antreten. Um im Grundbuch eingetragen zu werden, das Grundbuch verkaufen zu können und so weiter, ist die Ausstellung eines Erbscheines erforderlich. Einen Antrag auf Ausstellung eines Erbscheines um finden Sie S. 237 Nr. 63 und 64 des dem „Arbeiterrecht“ beigegebenen Führers durch das bürgerliche Gesetzbuch. Das Buch liegt in allen öffentlichen Bibliotheken aus. 2. Nein; nur die Witwe oder die noch nicht 15 Jahre alten Kinder haben ein Anrecht auf der unangewandten Invalidenversicherung des Vaters. — Hermann 20.

K. 24. allerdings hier und da beschränkter Anschauung sieht Ihnen ein Juridiktionsrecht an dem von Ihnen geforderten, aber noch nicht bezahltem Kinde zu. — G. 8. 3. Ihre Kündigung war verpöndet. Das ist spätestens am 28. dem 31. gegeben muß, ist wiederholt vor dem 28. Dezember an dieser Stelle dargelegt. — R. 8. 1003. 1. Sie sind ledig. 2. Sie sind nach Weisheit militärpflichtig, nicht nach Deutschland. — Ehnert 23. 1. Die Kündigung ist rechtsgültig. 2. Die Kleinrenten sind nicht durch Marken befristet, sondern vom Birt an die Kleinrentenbehörde auf Grund eines Mietbuches gestellt. Wenn Sie, was mehrschonlich, in Ihrem Betrage die Verpflichtung zur Zahlung der Steuer übernommen haben, so sind Sie zu ihrer Zahlung verpflichtet. — 3333. Ein Adoptionsantrag bedarf gerichtlicher oder notarieller Form und Beschäftigung durch das Amtsgericht. Zur Adoption eines Verheirateten ist Zustimmung seines Ehegatten erforderlich. Jedoch kann auch das Ehepaar adoptieren. Zur Adoption ist bei ehelichen Kindern die Zustimmung der Eltern, bei unehelichen die der Mutter erforderlich. Der Adoptivvater oder die Adoptivmutter muß mindestens 50 Jahre alt und 18 Jahre älter als das Adoptivkind sein. Jedoch ist Dispensation vom Alterserfordernis zulässig. Der Adoptierte behält seine Erbrechte und wird dem Adoptivvater gegenüber ebenfalls erbrechtlich. Die Adoptivmutter erhält ungetrennt kein Anrecht gegen das Adoptivkind. In Ihrem Falle müssen Sie sich an das Amtsgericht wenden und auch Einweisung eines Vertreters für das Kind anordnen. — H. 8. 100. Anerkennung der Ihr Kind zu Protokoll des Standesbeamten von Trebbin und beantragen Sie Umschreibung des Familiennamens, trägt der Standesbeamte Bedenken, so anerkennen Sie Ihr Kind zu Protokoll des Amtsgerichts zu Trebbin und beantragen, den Standesbeamten, dessen Register die Geburtsurkunden enthält, anzuweisen, die Umschreibung des Namens vorzunehmen. Es ist zweckmäßig, diesen Akt nicht auf die lange Bank zu schieben. Ihre Privaturkunde nehmen Sie zum Standesbeamten beziehentlich zum Gericht (hier auch die Geburtsurkunde des Kindes mit. — 24. 17. Honig in Waben oder ausgelesen oder in Bienenkästen, Adven, Adven (aber ohne lebende Bienen) sowie künstlicher Honig mit 40 M. Zoll pro Doppelcentner im alten und neuen Tare belegt. Honig in Stücken, Adven, Adven mit lebenden Bienen sind zollfrei. Der neue Tare ist solcher Honig nur bei einem Gewicht des Stücks nicht mehr als 30 Kilo frei und belegt ihn somit mit 40 M.

— 2. 20. M. 1. Da Sie untre seit 1898 an verschiedenen Stellen des „Vorwärts“ etwa zweimalig erfolglos Aufforderungen, sich demit an der Kasse anzutreten, nicht befolgt haben, so sind Sie zur Zahlung verpflichtet. 2. Sie werden auch, wenn Sie nicht erkennen, zur Zahlung verurteilt. Verjährung liegt nicht vor. 3. Es nichts ist, hat nicht nur der Kaiser sein Recht verloren. 4. Sie können Ihre Forderung beim Amtsgericht eintragen. — H. 8. 1. Kein. Aufgenommen haben beide, eventuell strafbar wegen Mißliebend ist nur der Arbeitgeber. — G. 7. 3a. — 3. 8. 200.

1. Das Pflichtteil Ihrer Schwiegermutter beträgt die Hälfte dessen, was ihr zugefallen wäre, wenn kein Testament vorläge. Die Berechnung ist folgende: Wäre Ihre kinderlose Frau ohne Testament verstorben, so betrüge ihr Erbe die Hälfte der Hälfte des Nachlasses und 3/5 des Erbes als Voraus alle Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehört haben, und die Hochzeitgeschenke. Das, was hierauf übrig bleibt, erhalte Ihre Schwiegermutter und dazu Kinder beziehentlich Kindesinder. Die Schwiegermutter erhalte also die Hälfte dieser Hälfte, also ein Viertel des Nachlasses, der nach Weg des Voraus übrig bleibt, als geschiedener Teil. Der Pflichtteil ist die Hälfte hiervon, also ein Achtel. Zum Nachlass Ihrer Frau gehört nur deren, nicht Ihr Vermögen. 2. und 3. Nein. 4. Lassen Sie die Schwiegermutter anrufen, falls, wie es scheint, sie das mehr erhalten hat, als ihr zukommt. Sonst ergänzen Sie das oben näher bezeichnete Viertel. — M. 8. 101. — H. 8. 100. 3a.

— 2. 20. M. 1. Da Sie untre seit 1898 an verschiedenen Stellen des „Vorwärts“ etwa zweimalig erfolglos Aufforderungen, sich demit an der Kasse anzutreten, nicht befolgt haben, so sind Sie zur Zahlung verpflichtet. 2. Sie werden auch, wenn Sie nicht erkennen, zur Zahlung verurteilt. Verjährung liegt nicht vor. 3. Es nichts ist, hat nicht nur der Kaiser sein Recht verloren. 4. Sie können Ihre Forderung beim Amtsgericht eintragen. — H. 8. 1. Kein. Aufgenommen haben beide, eventuell strafbar wegen Mißliebend ist nur der Arbeitgeber. — G. 7. 3a. — 3. 8. 200.

1. Das Pflichtteil Ihrer Schwiegermutter beträgt die Hälfte dessen, was ihr zugefallen wäre, wenn kein Testament vorläge. Die Berechnung ist folgende: Wäre Ihre kinderlose Frau ohne Testament verstorben, so betrüge ihr Erbe die Hälfte der Hälfte des Nachlasses und 3/5 des Erbes als Voraus alle Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehört haben, und die Hochzeitgeschenke. Das, was hierauf übrig bleibt, erhalte Ihre Schwiegermutter und dazu Kinder beziehentlich Kindesinder. Die Schwiegermutter erhalte also die Hälfte dieser Hälfte, also ein Viertel des Nachlasses, der nach Weg des Voraus übrig bleibt, als geschiedener Teil. Der Pflichtteil ist die Hälfte hiervon, also ein Achtel. Zum Nachlass Ihrer Frau gehört nur deren, nicht Ihr Vermögen. 2. und 3. Nein. 4. Lassen Sie die Schwiegermutter anrufen, falls, wie es scheint, sie das mehr erhalten hat, als ihr zukommt. Sonst ergänzen Sie das oben näher bezeichnete Viertel. — M. 8. 101. — H. 8. 100. 3a.

— 2. 20. M. 1. Da Sie untre seit 1898 an verschiedenen Stellen des „Vorwärts“ etwa zweimalig erfolglos Aufforderungen, sich demit an der Kasse anzutreten, nicht befolgt haben, so sind Sie zur Zahlung verpflichtet. 2. Sie werden auch, wenn Sie nicht erkennen, zur Zahlung verurteilt. Verjährung liegt nicht vor. 3. Es nichts ist, hat nicht nur der Kaiser sein Recht verloren. 4. Sie können Ihre Forderung beim Amtsgericht eintragen. — H. 8. 1. Kein. Aufgenommen haben beide, eventuell strafbar wegen Mißliebend ist nur der Arbeitgeber. — G. 7. 3a. — 3. 8. 200.

1. Das Pflichtteil Ihrer Schwiegermutter beträgt die Hälfte dessen, was ihr zugefallen wäre, wenn kein Testament vorläge. Die Berechnung ist folgende: Wäre Ihre kinderlose Frau ohne Testament verstorben, so betrüge ihr Erbe die Hälfte der Hälfte des Nachlasses und 3/5 des Erbes als Voraus alle Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehört haben, und die Hochzeitgeschenke. Das, was hierauf übrig bleibt, erhalte Ihre Schwiegermutter und dazu Kinder beziehentlich Kindesinder. Die Schwiegermutter erhalte also die Hälfte dieser Hälfte, also ein Viertel des Nachlasses, der nach Weg des Voraus übrig bleibt, als geschiedener Teil. Der Pflichtteil ist die Hälfte hiervon, also ein Achtel. Zum Nachlass Ihrer Frau gehört nur deren, nicht Ihr Vermögen. 2. und 3. Nein. 4. Lassen Sie die Schwiegermutter anrufen, falls, wie es scheint, sie das mehr erhalten hat, als ihr zukommt. Sonst ergänzen Sie das oben näher bezeichnete Viertel. — M. 8. 101. — H. 8. 100. 3a.

— 2. 20. M. 1. Da Sie untre seit 1898 an verschiedenen Stellen des „Vorwärts“ etwa zweimalig erfolglos Aufforderungen, sich demit an der Kasse anzutreten, nicht befolgt haben, so sind Sie zur Zahlung verpflichtet. 2. Sie werden auch, wenn Sie nicht erkennen, zur Zahlung verurteilt. Verjährung liegt nicht vor. 3. Es nichts ist, hat nicht nur der Kaiser sein Recht verloren. 4. Sie können Ihre Forderung beim Amtsgericht eintragen. — H. 8. 1. Kein. Aufgenommen haben beide, eventuell strafbar wegen Mißliebend ist nur der Arbeitgeber. — G. 7. 3a. — 3. 8. 200.

1. Das Pflichtteil Ihrer Schwiegermutter beträgt die Hälfte dessen, was ihr zugefallen wäre, wenn kein Testament vorläge. Die Berechnung ist folgende: Wäre Ihre kinderlose Frau ohne Testament verstorben, so betrüge ihr Erbe die Hälfte der Hälfte des Nachlasses und 3/5 des Erbes als Voraus alle Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehört haben, und die Hochzeitgeschenke. Das, was hierauf übrig bleibt, erhalte Ihre Schwiegermutter und dazu Kinder beziehentlich Kindesinder. Die Schwiegermutter erhalte also die Hälfte dieser Hälfte, also ein Viertel des Nachlasses, der nach Weg des Voraus übrig bleibt, als geschiedener Teil. Der Pflichtteil ist die Hälfte hiervon, also ein Achtel. Zum Nachlass Ihrer Frau gehört nur deren, nicht Ihr Vermögen. 2. und 3. Nein. 4. Lassen Sie die Schwiegermutter anrufen, falls, wie es scheint, sie das mehr erhalten hat, als ihr zukommt. Sonst ergänzen Sie das oben näher bezeichnete Viertel. — M. 8. 101. — H. 8. 100. 3a.

— 2. 20. M. 1. Da Sie untre seit 1898 an verschiedenen Stellen des „Vorwärts“ etwa zweimalig erfolglos Aufforderungen, sich demit an der Kasse anzutreten, nicht befolgt haben, so sind Sie zur Zahlung verpflichtet. 2. Sie werden auch, wenn Sie nicht erkennen, zur Zahlung verurteilt. Verjährung liegt nicht vor. 3. Es nichts ist, hat nicht nur der Kaiser sein Recht verloren. 4. Sie können Ihre Forderung beim Amtsgericht eintragen. — H. 8. 1. Kein. Aufgenommen haben beide, eventuell strafbar wegen Mißliebend ist nur der Arbeitgeber. — G. 7. 3a. — 3. 8. 200.

1. Das Pflichtteil Ihrer Schwiegermutter beträgt die Hälfte dessen, was ihr zugefallen wäre, wenn kein Testament vorläge. Die Berechnung ist folgende: Wäre Ihre kinderlose Frau ohne Testament verstorben, so betrüge ihr Erbe die Hälfte der Hälfte des Nachlasses und 3/5 des Erbes als Voraus alle Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehört haben, und die Hochzeitgeschenke. Das, was hierauf übrig bleibt, erhalte Ihre Schwiegermutter und dazu Kinder beziehentlich Kindesinder. Die Schwiegermutter erhalte also die Hälfte dieser Hälfte, also ein Viertel des Nachlasses, der nach Weg des Voraus übrig bleibt, als geschiedener Teil. Der Pflichtteil ist die Hälfte hiervon, also ein Achtel. Zum Nachlass Ihrer Frau gehört nur deren, nicht Ihr Vermögen. 2. und 3. Nein. 4. Lassen Sie die Schwiegermutter anrufen, falls, wie es scheint, sie das mehr erhalten hat, als ihr zukommt. Sonst ergänzen Sie das oben näher bezeichnete Viertel. — M. 8. 101. — H. 8. 100. 3a.

— 2. 20. M. 1. Da Sie untre seit 1898 an verschiedenen Stellen des „Vorwärts“ etwa zweimalig erfolglos Aufforderungen, sich demit an der Kasse anzutreten, nicht befolgt haben, so sind Sie zur Zahlung verpflichtet. 2. Sie werden auch, wenn Sie nicht erkennen, zur Zahlung verurteilt. Verjährung liegt nicht vor. 3. Es nichts ist, hat nicht nur der Kaiser sein Recht verloren. 4. Sie können Ihre Forderung beim Amtsgericht eintragen. — H. 8. 1. Kein. Aufgenommen haben beide, eventuell strafbar wegen Mißliebend ist nur der Arbeitgeber. — G. 7. 3a. — 3. 8. 200.

1. Das Pflichtteil Ihrer Schwiegermutter beträgt die Hälfte dessen, was ihr zugefallen wäre, wenn kein Testament vorläge. Die Berechnung ist folgende: Wäre Ihre kinderlose Frau ohne Testament verstorben, so betrüge ihr Erbe die Hälfte der Hälfte des Nachlasses und 3/5 des Erbes als Voraus alle Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehört haben, und die Hochzeitgeschenke. Das, was hierauf übrig bleibt, erhalte Ihre Schwiegermutter und dazu Kinder beziehentlich Kindesinder. Die Schwiegermutter erhalte also die Hälfte dieser Hälfte, also ein Viertel des Nachlasses, der nach Weg des Voraus übrig bleibt, als geschiedener Teil. Der Pflichtteil ist die Hälfte hiervon, also ein Achtel. Zum Nachlass Ihrer Frau gehört nur deren, nicht Ihr Vermögen. 2. und 3. Nein. 4. Lassen Sie die Schwiegermutter anrufen, falls, wie es scheint, sie das mehr erhalten hat, als ihr zukommt. Sonst ergänzen Sie das oben näher bezeichnete Viertel. — M. 8. 101. — H. 8. 100. 3a.

— 2. 20. M. 1. Da Sie untre seit 1898 an verschiedenen Stellen des „Vorwärts“ etwa zweimalig erfolglos Aufforderungen, sich demit an der Kasse anzutreten, nicht befolgt haben, so sind Sie zur Zahlung verpflichtet. 2. Sie werden auch, wenn Sie nicht erkennen, zur Zahlung verurteilt. Verjährung liegt nicht vor. 3. Es nichts ist, hat nicht nur der Kaiser sein Recht verloren. 4. Sie können Ihre Forderung beim Amtsgericht eintragen. — H. 8. 1. Kein. Aufgenommen haben beide, eventuell strafbar wegen Mißliebend ist nur der Arbeitgeber. — G. 7. 3a. — 3. 8. 200.

1. Das Pflichtteil Ihrer Schwiegermutter beträgt die Hälfte dessen, was ihr zugefallen wäre, wenn kein Testament vorläge. Die Berechnung ist folgende: Wäre Ihre kinderlose Frau ohne Testament verstorben, so betrüge ihr Erbe die Hälfte der Hälfte des Nachlasses und 3/5 des Erbes als Voraus alle Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehört haben, und die Hochzeitgeschenke. Das, was hierauf übrig bleibt, erhalte Ihre Schwiegermutter und dazu Kinder beziehentlich Kindesinder. Die Schwiegermutter erhalte also die Hälfte dieser Hälfte, also ein Viertel des Nachlasses, der nach Weg des Voraus übrig bleibt, als geschiedener Teil. Der Pflichtteil ist die Hälfte hiervon, also ein Achtel. Zum Nachlass Ihrer Frau gehört nur deren, nicht Ihr Vermögen. 2. und 3. Nein. 4. Lassen Sie die Schwiegermutter anrufen, falls, wie es scheint, sie das mehr erhalten hat, als ihr zukommt. Sonst ergänzen Sie das oben näher bezeichnete Viertel. — M. 8. 101. — H. 8. 100. 3a.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 8. Januar 1903. Mild, vorwiegend wollig, zeitweise auffauernd, mit leichten Regenschauern und mäßigen bis frischen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 8. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyrenhaus. Lobengrin.
Schauspielhaus. Faust. 7 Uhr.
Deutsches. Der arme Heinrich.
Berliner. Die Waise.
Kessing. Der blinde Passagier.
Neues. Debora.
Reichens. Die beiden Schwestern.
Thalia. Die bösen Mädchen.
Westen. Undine.
Central. Madame Scherry.
Belle-Alliance-Theater. Cupido u. Co. Am Telefon.
Anfang 8 Uhr:
Schiller. O. (Wallner-Theater).
Renaissance.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Jugendfreunde.
Carl Weiss. Die letzte Tage der Antillen.
Luise. Der Rattenfänger von Hameln.
Metropol. Neues. Erneuerstes. Bantes Theater. Liebesfeld. Kleines. Schreit.
Gaius. Moderne Frauen.
Nyssa. Kafirs Hochzeit.
Polan. Auf hoher See.
Trianon. Die Liebeskugel.
Reichshallen. Stettiner Sängerkreis.
Stiehl. Spezialitäten.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Das Land Tirol.
Invalidenstr. 57/52. Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

Central-Theater

Heute, abends 7 1/2 Uhr:
Madame Scherry.
Dramette in 3 Akten von Hugo Fels. Morgen und die folgenden Tage, 7 1/2 Uhr: Madame Scherry.
Sonntag, 10. Januar, nachm. 4 Uhr (halbe Preise), jeder Erwachsene 1 Kind frei: Schneewittchen und Rosenrot. Abends 7 1/2 Uhr: Madame Scherry.
Sonntag, 11. Januar, nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Die Geisha. Abends 7 1/2 Uhr: Madame Scherry.

Thalia-Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Die bösen Mädchen.
Große Ausstattungsstücke mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Am 1. Akt: Ein fesselndes Entzweielt. Am 2. Akt: Parabolische Reizschlag-Szene. Großes internationaler Schminke- und Kostümbau. Am 3. Akt: Hochzeitstanz. Donna Camilla. Parodie.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Verschwender.

Luisen-Theater.

Der Rattenfänger von Hameln.
Anfang 8 Uhr. Vorher 10-9 Kasse.
Morgen: Zum erstenmal: Die Camellendame. Sonntag: Die Camellendame. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld. 8 Uhr: Robert und Bertram.

Belle-Alliance-Theater.

Heute u. folgende Tage: Ab. 7 1/2 Uhr.

Cupido & Co.

Schwank mit Ges. u. Tanz in 3 Akten. Dienstag.

Am Telefon.

Drama in zwei Aufzügen. Ende 10 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.

Heute Donnerstag:
Zum drittenmal
Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes!
Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. In Scene gesetzt v. Dir. Rich. Schultz.
Gastspiel Julius Spielmann.
Emil Thomas. G. Henry Bender.
Frid. Frid. Flora Siding. Hans Reichshagen.
300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rauchen in allen Räumen gestattet.

Buntes Theater

Köpenickerstr. 68. Anfang 8 Uhr.
Heute und die folgenden Tage:

LIEBESSOLD.

Sonntag, 11. Jan., nachm. 4 Uhr:
Der Waffenschmied.

Stadt-Theater.

Am Noabit 47-49.
Beruh. Kolo-Theater. Ensemble.
Donnerstag, den 8. Januar 1903:
Der Hüttenbesitzer.
(Le Maître de Forges).
Schauspiel in 4 Akten (5 Personen) von Georges Ohnet. Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sängerkreis.
Anfang: Sonntag 6 Uhr, Sonntag 7 Uhr, Sonntag 11-12 1/2 Uhr.

Königstadt-Casino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexandrstr.
Täglich reichl. Spezialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag Tanzkränzchen. Anf. Sonntag 8, Sonntag 6 1/2 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Renaissance.
Lustspiel in 3 Akten von Franz v. Schönthan u. Franz Koppel. Anf. 8 Uhr.
Freitagabend 8 Uhr:
Ein Ehrenwort.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Jugendfreunde.
Lustspiel in 4 Aufzügen u. Endm. Aufz. Anf. 8 Uhr.
Freitagabend 8 Uhr:
Renaissance.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Jugendfreunde.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/52.
CASTANS Panoptikum
Friedrichstrasse 165.
Weihnachts-Ausstellung
Zauberkünstler Mr. Francois Roberts: „Das Verschwinden einer Dame!“
Kaspario-Theater. Lebende Bilder. Grosses Konzert.

Passage-Theater.

Vorstellung.
Anfang: Sonntag 3 Uhr.
Wochent. 5 Uhr.
Ende 11 Uhr.
Die Sensation des Tages:
Augusto
Adamovic
tritt täglich auf:
Nachmittags 3 Uhr.
Abends 10 Uhr.
Willy Prager.
14 neue, erstklass. Nummern.

Kleines Theater.

Unter den Linden 41.
Anfang 8 Uhr.
Erdgeist.
Carl. Weiss - Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Die letzten Tage der Antillen
Romantisch-phantastisch. Ausstattungsstück in 9 Bildern von E. Ritterfeld.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabendnachmittag 4 Uhr:
Robinson Crusoe. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Ivo Römer. Freitag: Zum erstenmal: Die Blüte des Bagno. Schauspiel in 6 Bildern von Carl Albert.

Residenz-Theater.

Direktion: Sigmund Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Die beiden Schulen.
(Les deux Ecoles).
Lustspiel in 4 Akten v. W. Capus.
Deutsch von Theodor Wolff.
Morgen und folgende Tage: **Die beiden Schulen.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: Sein Doppelsänger.
Apollo-Theater.
Von 8-9 Uhr:
Brillante Spezialitäten:
Um 9 Uhr:
Nakiris Hochzeit.
Ausstattungs-Dramette v. Paul Linco.
Stoffen-Erdichtung 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Sonntag, den 11. Januar, nachmittags: Ermäßigte Preise:
Frau Luna.
W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Der grosse Wohlthäter.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.
Freitag: Circo-Vorstellung: Leonoro.
Sonnabend: Keine Vorstellung.
Trianon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebeskugel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donny.
Anfang 8 Uhr.

Steidl-Theater

Linienstr. 192.
Novität!
Familie Humbert
Ull-Stomabde von Fritz Steidl und das übrige glänzende Repertoire der **Steidl-Sänger.**
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Entrée 50 Pf., im Vorverkauf 40 Pf.

Wintergärten

Vollständig neues Programm:
Tortajada Spanische Tänzerin.
Paul Conchas. „In Bivouac“.
Morton und Elliott. Excentrics.
Wallino und Marinette. Tansduo.
Thompsons Wunder-Elefanten.
Otto Reutter. Humorist.
Das Bordeny-Trio.
Adrienne Larive. Pariser Sängerin.
Alburtus u. Bartram. Keulan-Jongl.
Ritchie Dos. Bicycle-Künstler.
Die 7 Allisons. Akrobaten.
„Das Mädchen mit dem goldenen Haar“.
Eine Vision.
Pariser Luft. Ballett.
„Die Reise in den Mond“.
Biographische Bilder.
Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Bodentanz:
Entrée frei!
5 Künstler-5 Kapellen-5
Special-Ausschank der Berliner Beckbrauerei.

Sanssouci

Rotlhuberstr.
Station der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sängerkreis.
Nach jeder Sess.:
Tanzkränzchen.

Königstadt-Casino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexandrstr.
Täglich reichl. Spezialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag Tanzkränzchen. Anf. Sonntag 8, Sonntag 6 1/2 Uhr.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sängerkreis.
Anfang: Sonntag 6 Uhr, Sonntag 7 Uhr, Sonntag 11-12 1/2 Uhr.

Königstadt-Casino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexandrstr.
Täglich reichl. Spezialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag Tanzkränzchen. Anf. Sonntag 8, Sonntag 6 1/2 Uhr.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 11. Januar 1903, abends 7 Uhr,
in Frankes Festsälen, Sebastianstr. 39:
Vortrag des Genossen Waldeck Manasse über:
„Die drei Ringe“ aus Lessings „Nathan der Weise“.
Nachdem: Gemütliches Beisammensein und Tanz.
Eintritt 20 Pf. inkl. Garderobe. [4/3]

Oris-Krankenkasse der Drechsler und verw. Gewerbe.

Montag, den 19. Januar 1903, abends von 6 1/2-8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:
Wahl-Versammlungen.

1. Versammlung sämtlicher großjährlicher Mitglieder der Kasse nach § 40 nennige Abänderung des Statuts behufs Wahl von 161 Vertretern derselben pro 1903.
2. Eine Versammlung sämtlicher Arbeitgeber der Kasse, welche Beiträge für die Mitglieder aus eigenen Mitteln zahlen, findet am 19. Januar 1903, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, statt, behufs Wahl von 75 Vertretern derselben pro 1903.
Für Mitglieder legitimiert das Kassensbuch, für Arbeitgeber die letzte Quittung der Kasse über gezahlte Beiträge.
Montag, den 12. Januar 1903, abends 6 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, eine Versammlung sämtlicher großjährlicher Mitglieder der Kasse behufs Aufstellung von Kandidaten zur Vertreterwahl pro 1903 statt. 14026
Um recht zahlreiche Erscheinungen ersucht!
Der Vorstand. A. H. H. Brünnow, Vorsitzender.

Frauen-Vortrag.

Morgen, Freitagabend 8 1/2 Uhr, Kommandantenstr. 29, Armenhallen.
Die Frau im Licht. Krankhafte Unterernährung. Mager- und Fettleibigkeit. Buntungen und Geschwülste. Vom prof. Naturheilk. Grundmann, Kur- u. Heilanstalt, Schönbrunn, 72. Naturarzt.
Sprechstunden 11-2, 6-8. Sonntag 10-12. 2702
Vortrag ist für Frauen sehr wichtig. Anf. 20 Pfennig Eintritt: Brochüre.

Berufsverein Berliner Zimmerleute.

Sonntag, den 17. Januar 1903
findet in Scheruchs Festsälen, Rüdigerstr. 45, ein
großer Wiener Maskenball
statt, wozu wir die Mitglieder, Freunde und Gönner unseres Vereins freundlichst einladen, recht zahlreich zu erscheinen.
Um 12 Uhr: Demoskierung. Nach derselben: Große Kaffeehaus.
Eintrittskarten sind vorher bei den unterzeichneten Komiteemitgliedern zu haben: Kleib, Hoffenstr. 22, I. St. 2 R. Liebermann, Neue Königsstr. 18, III. St. Goldmann, 49 part. Petermann, Reinholdenstraße, 65, 4 R. Kahn, Weidenstr. 15, Duerger, 3 R. Dagenfeld, Solmsstr. 21, St. 3 R. Kradt, Weidenstr. 32, Duerger, 2 R. Canons, Heroldstr. 16, I. St. 2 R. Jann, Scheinestr. 59, 2 Aufz. 4 R. Außerdem bei den Mitgliedern Herren Dandelow, Rangstr. 13, im Restaurant, und Drungel, Wilmersdammstr. 61, St. 3 R. 283/2
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende? Abendkasse findet nicht statt.
Das Komitee. A. H. August Klöpp, Hoffenstr. 22.

Cirkus Busch.

Donnerstag, den 8. Januar 1903,
abends 7 1/2 Uhr:

Dahomey.

Elefanten im Urwald-See und auf der Flucht. - Seeläwen.

Casino-Theater.

Lotharinger Straße 57.
Neu! Franz Kern. Neu!
Amores - Gretchen Reimann so.
Dazu mit neuer glänz. Ausstattung:
Moderne Frauen.
Großer Lacherfolg. Zeitgem. Coupletts.
Anf.: Sonntag 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 4 Uhr: Ehrliche Arbeit.

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété
Kommandanten - Straße 77/79,
Direktion: Carl Haverland.
Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante
Januar-Programm
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch
nach der Vorstellung:
TANZ.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Streich-Konzert.
Bodentanz: 15. Januar.
Im Kaiser-Saal:
Norddeutsche Sänger
und Tanz.

Café Schurig.

Oranien-Str. 144
dicht am Moritzplatz.
Kaffee 10 u. 15; Bier 10 Pf.
Billard a. Stunde 40 Pf.
Gr. Kundwahl v. Redaktionen,
modernen Zeitungs- und
Journalisten. [1902]

Hans Kayser

SD., Kiehlholzstrasse, Platz 9.
empfeilt sein grosses Lager in
Brennmaterialien
zu billigsten Preisen. L 1/1
Alle Gummiwaren!
Irrigatorbecher . . . 0,15
ho. Gummi . . . 0,85
Irrigator im Pl. . . 0,90
Gr. Unterlagen, rot,
grau . . . 0,50
Wasserlicht, Oellicht
u. Wärmelampen
Kleber . . . 1,80
Inhalations-Apparate . . . 1,25
Stechbecken u. 1,50
Damenbinden 24 0,50
Zinnspritzen mit geb. Noth . . . 2,70
Auf Wunsch weibl. Bedienung.
Leisegang, Reinholdenstr.
nahe 56b.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. - Fernsprecher Amt VII. 353.
Donnerstag, den 8. Januar, abends 6 1/2 Uhr, in „Peter's Gesellschaftshaus“, Alt-Moabit 80-81:
Versammlung
aller in der
Union beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Die seitens der Direktion geplanten Abzüge, die Stellungnahme der Treter und die Antwort der Direktion. 2. Diskussion.
Kollegen und Kolleginnen! Wir erwarten, daß alle im Betrieb Beschäftigten in der Versammlung erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser freies Mitglieð
Frau Niecke
nach längerem Leiden gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Begräbnisplatzes der Frei-reichlichen Gemeinde, Pappel-Allee Nr. 16/17, aus statt. Wir bitten die Mitglieder, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.
55/2 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Herr
M. Ziesemer
am 5. d. M. an Hirnentzündung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 9. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Infanterie-Kirchhofs in Niedorf.
Rege Beteiligung erwartet.
110/7 Die Ortsverwaltung.

Gustav Hegener

im 30. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Bertha Hegener und Tochter.
Berlin, den 6. Januar 1903.
St. 11/11.
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofs in Niedorf, Hermannstrasse, aus statt.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft

(Verwaltungsstelle Berlin.)
Am Sonntag, 4. Januar, starb unser Mitglied, der Reichsanwalt
Richard Landrock
im 49. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 8. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofs in Niedorf, Hermannstrasse, aus statt.
Um rege Beteiligung bitten.
Die Ortsverwaltung.

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königsplatzstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Verein ehemaliger Zanzhauser

freiet am 10. Januar seine
Weihnachtsbescherung
bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.
Gabe vollkommen.

Culmbacher,

echt, a. d. ersten Atrien-Brauerei
Culmb., Bayern, nur echt 30 Fl. 3,00
Lusitana (englisch empf.)
Tafel-Malzbiere (englisch empf.) 30 Fl. 2,50
Deutsch Portier . . . 16 . . . 3,00
Echt Gräner 26 . . . 3,00
Zehntheil Würzen . . . 36 . . . 3,00
Zehntheil Bierlab . . . 40 . . . 3,00
Weichbier 40 . . . 3,00
H. Bleich, Bierkellerer,
43 Treppenstr. 43.

Achtung! Achtung!

Drucksachen
für Private und Vereine
liefert schnell, korrekt und preiswert
Druckerei „Süd-Ost“
Wrangelstr. 86,
52211. Telefon IV. 7691

Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132-135 (Versand-Abteilung).
Rosenthalerstr. 27-29. — Oranienstr. 52-55.

Extra-Preise

Donnerstag
Freitag
Sonnabend:

Gemüse-Konserven

Wachbohnen $\frac{1}{2}$ Dose 38 Pf.	Karotten I $\frac{1}{2}$ Dose 70 Pf. $\frac{1}{2}$ Dose 40 Pf.	Stangen-Spargel $\frac{1}{2}$ D. 1 Mk. $\frac{1}{2}$ D. 55 Pf.
Kohlrabi $\frac{1}{2}$ Dose 25 Pf.	Karotten II $\frac{1}{2}$ Dose 50 Pf. $\frac{1}{2}$ Dose 30 Pf.	Bruchspargel $\frac{1}{2}$ D. 90 Pf.
Pfefferlinge $\frac{1}{2}$ Dose 45 Pf.	Gemischt. Gemüse $\frac{1}{2}$ D. 1.30, $\frac{1}{2}$ D. 70 Pf.	Abschnitt-Spargel $\frac{1}{2}$ D. 47 Pf. $\frac{1}{2}$ D. 28 Pf.

Früchte-Konserven

Preisselbeeren $\frac{1}{2}$ Dose 65 Pf.	Erdbeeren $\frac{1}{2}$ D. 1.20, $\frac{1}{2}$ D. 65 Pf.	Kaliforn. Aprikosen $\frac{1}{2}$ D. 1.75
Stachelbeeren $\frac{1}{2}$ Dose 65 Pf.	Melange Früchte $\frac{1}{2}$ D. 1 Mk., $\frac{1}{2}$ D. 55 Pf.	Kaliforn. Pfirsiche $\frac{1}{2}$ D. 1.75
Reineclauden $\frac{1}{2}$ D. 85 Pf., $\frac{1}{2}$ D. 48 Pf.	Singapore Ananas ganze Frucht $\frac{1}{2}$ D. 1.25	Kaliforn. Birnen $\frac{1}{2}$ D. 1.60

Marmeladen Himbeer, Johannisbeer, Aprikosen, Topf ca. 1 Pfd. 56 Pf. Gemischte Marmeladen Eimer ca. 3 Pfd. 85 Pf.

Ananas Pfd. 75 Pf. Apfelsinen Dtz. 32 u. 45 Pf.
Italien. Aepfel Pfd. 25, 35, 45 Pf.
Datteln Karton 57 Pf.

Germania-Pracht-Säle.
Arnold Scholz. Chausseestr. 103.
Jeden Donnerstag:
Grosses Militär-Konzert
und Familien-Kränzchen.
Jeden Sonntag u. Mittwoch: Hamburger Sänger.
Jeden Sonntag von 5 Uhr ab: Grosser BALL.

Tanzlehrer-Verein „Solidarität“
(gegründet 1892)
Tagt jeht jeden Freitagabend im Gewerkschaftshaus, Engel-
hofer 15. — Beschlüssen werden am Vortage entgegenkommend.
Der Vorstand.

A. Stippekohls Restaurant
Köpenick, Schönfelderstr. 5.
Reichhaltige Verköstigung. Für gute
Essen u. Getränke ist bestens gesorgt.

Dr. Simmel, Str. 41.
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Freie Volksbühne.
Sonntag, 11. Januar, nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Metropol-Theater. Lessing-Theater.
7.8. Abteilung: II. Abteilung:
Kollege Crampton. Der Tartuff.
Die 6. Serie beginnt am 18. Januar im Metropol-
Theater mit Maurice Maeterlinck: L'Intruse (Der
Eindringling); Frank Wedekind: Der Kammersänger;
Arthur Schnitzler: Litteratur. — In Scene gesetzt
von Adolf Steinert.
Das Bühnenfest No. 6 gelangt im Laufe der nächsten
Woche zur Ausgabe in den Zahlstellen. Der Februar-
beitrag beträgt 20 Pf.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Ziehung am 15. Januar 1903.
Badische
XI. Pferde-Lotterie
5063 Gewinne. Gesamtwert Mark
100 000
darunter 1 à 15,000, 10,000, 5000,
3000, 2000, 5 à 1000, 50 à 600 M. etc.
Der Verkauf der Gew. ist mit 70% garantiert.
Loose à 1 M., 11 = 10 M., Porto und Liste 20 Pf. empfiehlt
und versendet gegen Coupons, Briefmarken oder unter Nachnahme
Carl Heintze, Berlin W., Unter den Linden 3.
Jahre 2 M. 10 Jahre Gut. Geld, modern 1 28. Vollkommen
schmerzlos Zahnziehen 1 M. Glomden 1,50 M.
Unarbei. höchst sauber. Schiffe. Reparatur sofort.
Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130 (Haus Schaarwächter) Spracht. 9-7 Uhr.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Restaurant, aufgehend, billig zu
verkaufen Amalstraße 26. 1487
Restaurant, besteht 20 Jahre, ver-
käuflich. Anfragen Neue Dorfstraße 29.
Verkauf sofort billig Restaurant
wegen Umeisung der Frau. Zu er-
fragen Hennigsdorferstr. 11, Charlotten-
gebäude. 1474
Gedehlfabrikation, Restauration ver-
käuflich. Anstalt Brühlstraße 24,
Neuhaus. 1457
Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, partiere. 1477
Zweijährige elegante Herren-Kin-
ge und Paletots aus den modernsten
Stoffen in guter Verarbeitung und
Aussehen von 18 bis 45 Mark.
Julius Lindenbaum, Große Frank-
furterstraße 141, Ecke Friedrichstr. 1480
Zweijährige Herrenanzüge, So-
letols, Beinfelder, feinsten Stoffen
herstellend, Deutsches Verlagshaus,
Königsplatz 63 I. 1390b
Winterpaletots, Anzüge, Joppen,
Hosen fertig und nach Maß, Große
Frankfurterstraße 16, August Häfeler.
Krawattenstoffe, große Auswahl,
Wälder-Theaterstraße 90. 1374b
Nachfabrik, Neubaue verkauft
billig Kramer, Hagenstraße 136,
Hol II. 1445
Kantarienvogel verkauft Göteler,
Hagenstraße 87, Horn II. 1474
Pariser Kantarienvogel 4,00, Weiß-
schwarz, Schmarzflächchen 1,00, Schiefer,
Große Frankfurterstraße 13. 1480a

Weiße Herrenkleide, gute Qualität,
Elast 95 Pfennige. Beste Seiden
enorm billig. Gutjahr, Comptoir
Königsplatz 25A, früher Baum-
straße 4 und 5. Sonntags geöffnet.
Teppiche! (schlechte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Brunn, Gasseher
Kath 4, Schindler Str. 119/5
Spezialbillig Teppiche, Betten,
Steppdecken, Winterpaletots, Anzüge,
Remonturarbeiten, Regulatoren, Gar-
dinen, Spiegel, Goldleisten, Stühle,
Kohlenröde Leihhaus Reanderstraße 6,
Teilschlungen gefaltet. 55/16
Teppdecken, imitiert Seide,
seltsame Gelegentlich, 3,75, verlangt
Julius Neumann, Pflanzengasse
103. 1351b
Nähmaschinen kaufen Sie nur
beim Kaufmann am zweckmäßigsten.
Bestehende Modelle von 25 Mark an.
Tadellos: Ringelstich, Bobbin-Schneid-
näh, bequemste Teilzahlung wochen-
lich und monatlich. Reparaturen billig,
angenehm. Diese, Neuhäuser, Näh-
maschinen-Specialgeschäft, Brunn-
straße 119. 14198
Nähmaschinen! Ringelstich, Adler
Central-Bobbin, Leica (Kontinental-
Bobbin), Besta, Lombardier, Clavic,
Säulen- und Heben-Nähmaschinen. Ge-
samte Ausstattung, billige Preise, bei
Lieferung coulanteste Bedingungen.
Wilmann, Gollnowstraße 26, nahe
der Landbergstraße. 14698
Geschäftsoberhaus! Umfassen-
sicher 1.100, Parlophogelocher 1.300,
Waschmaschinen! 600, Geschügel-
apparate billig? Wehner, Wälder-
theaterstraße 32. 1395b

Ringelstich, Bobbin, Schneid-
näh, ohne Anzahlung, Bohe 1,00,
gebrauchte tadellos, spottbillig Kö-
nigsplatz 60/61, Landberg-
straße 52. 1499
Teppiche mit farbigen Bildern
niederlage Große Frankfurterstraße 9,
partiere. 1377
Waldstrassier, blauschwarz, für
Blutarme, Brustkranke, Schwindel-
kranke, Nervenschwäche, bessere Ge-
sundheit, überaus billig, 11 Mark
à Mark, 1/2 Tonne 3,50 erfrische.
Richt Maßanzug, Qualität ent-
scheidend. Peter Kellerer, Ringel-
strasse 119. 1374
Vierjährige elegante Herrenkleide
aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark.
Verkauf Sonnabend und Sonntag
Verkaufshaus Germania, Unter den
Linden 21. 14729
Teppdecken billig! Fabrik Große
Frankfurterstraße 9, partiere. 1377
Zwei Mark chemisch-reinend Damen-
berender, Herrenkleider 3,00, Farne-
berender, Kammwäsche, Ausstattungen
sowie elegante Kostüme spott-
billig. Köpffabrik Adolf Salomonsohn,
Dürrenstraße 21, Nähe Poststraße.
81/18
Piano, fast neu, billig verkauft.
Königsplatz 15, partiere (Unter-
theater-Platz). 1362
Teilschiffahrt zu verkaufen. An-
kunft Expedition Wars, Kantonen-
allee 26. 1478
Schiffahrt billig! König-
straße 16. 1445
Kantarienvogel, Federn, ein-
zelne, Leihgeschäft, Eingang Unter-
theaterstraße 25, Eingang Unter-
theaterstraße 25. 1495b

Verschiedenes.
Mittelschule Stallstraße 118a,
monatlich 4,00. 1162b
Wasserdurch Damman, Leinwand-
straße 57, Nachschlag, bis abends neun.
Rechtsbureau, Fabrik, Gräber
weg vierundzwanzig, Gerichtsbezirk,
Eingangsgebäude, Haterstraße 1334b
Rechtsbureau, Prozessbeistand,
Eingangsgebäude, Haterstraße 1334b
Broschüren und alle anderen
Süßer kauft, bezieht Verlags-
Königsplatz 26, I. Hof VI, 3/67. 1495
Jahresgabe in Kautschuk kauft
Blumenreich, Leihgeschäft 22,
Schönhauserstr. Jahrgeld wird ver-
gütet. 1275
Billette! Wer sich über viele
unverfügbare Granatanteile unserer Zeit
unverfügbare will, verlange die Bil-
lette des Bundes gegen Ein-
zahlung, welche unentgeltlich versendet
werden vom Verein der Arbeitervereine,
Königsplatzstraße 108. Um gültigen
Abdruck wird gebeten. 1615
Bereinszimmer zu vergeben
Königsplatz 47. 1477
Bereinszimmer mit Saal noch
einige Tage in der Woche frei, auch
zur Abhaltung von Versammlungen zur
Verfügung. König, Große Frank-
furterstraße 133. 1445
Achtung! Vereine! Saal zum
11. Februar frei geworden. Bedding-
Kaufmann, Schaffstraße 27. 1474

Wohnungen.
Sofort oder April kleine und
Mittelwohnungen billig. Kammels-
burg, Kanitzstraße 39. 1399
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle, allein,
separat, bei Köpff, Kangerstraße 15,
Portal 3, I. 1401b
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Vollwächter, Gesellschaft Levan-
dowski, Brühlstraße 25, jetzt auch
Sonntags. 1457
Blinder Schiffsleger bittet um
Arbeit. Stühle werden zu den billig-
sten Preisen geflochten, werden ab-
geholt und unentgeltlich zurückgeleiert.
Königsplatz 27, II. 1416
Zucht- und Verlagsanstalt Paul Ehrig & Co., Berlin SW

Stellenangebote.
1. Gläubiger verlangt, dauernd,
Schiff, Eldenstraße 8. 1385b
Tüchtigen Maler sucht Ver-
meister, Brunnstraße 194. 1400b
20 Maurer werden sofort auf dem
Neubau Bergstraße 25/26 in Hinder-
eingestellt. 1411b
Jüngere Schneider und Scher-
ler sucht Beschäftigung. Hagen-
straße 21, II. 1400b
Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 10 Pf. pro Seite.
Tüchtige Barockvergolderrinnen
bei hoher Verdienst auf zur
besseren Arbeit verlangen 2012
M. M. Baer & Co., Gollnowstr. 43.
Achtung, Holzarbeiter!
Gesucht sind folgende Stellen
für Tischler, Einleger, Tischler-
arbeiter und Polierer:
Für u. Ungelöhnt, Köpff, Hof-
straße, Brühlstr. 8.
Kammer, Brühlstr. 13 (Gewerkschaft).
Schubert, Kantien-Allee 10.
Bauhilfer H. Walter, Köpff-
Ufer 15/16.
Stegemann, Köpff-Platz 9.
Die Arbeitsverwaltung.
Bauhilfer und Verlagsanstalt Paul Ehrig & Co., Berlin SW

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß folgende Lokale jetzt zu Versammlungen z. zur Verfügung stehen: 3. Wahlkreis: Charibari-Theater, früher Louisenstädtisches Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37. — 4. Wahlkreis (Ost): Kolowigs Festhalle, Große Frankfurterstr. 99. — Treptow: D. Reitsitz, früher Adernmann.

Brit. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Freitagabend 8 1/2 Uhr bei H. G. Hausse, 78, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht des Vorstandes und der Gemeindevorsteher. 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Vereinsangelegenheiten. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge vom vorigen Jahre zu begleichen.

Adlershof. Donnerstagabend 8 Uhr: Volksversammlung im Lokale von W. B. Stein, Bismarckstr. 24. Tagesordnung: 1. Fortsetzung des Vortrages von der aufgelösten Volksversammlung am Montag, den 5. d. M. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Jahrestreue Besuch erwartet Der Einberufer.

Lokales.

Die Rohheitsverbrechen.

welche in der Nacht zum Sonntag an öffentlichen Denkmälern verübt worden sind, werden selbstverständlich vielfach erörtert. Ein Wunder ist es, daß man sich bis jetzt wenigstens von der Aberration fernhält, der Socialdemokratie diese Unthaten in die Schuhe zu schieben. Als Ende Oktober 1899 die Figuren in der Sieges-Allee von Hundenhand beschädigt wurden, waren einige Blätter, voran die „Deutsche Tageszeitung“, munter dabei, auch hierfür die Socialdemokratie verantwortlich zu machen. Andre Zeitungen hingegen suchten damals in hochpatriotischen Kreisen die Thäter. Die „Germania“ schrieb, daß zwar nicht Arbeiter, wohl aber Studenten einer gewissen Hochschule Stücke mit Hämmern trügen, welche bei dem Zerstückelungswerk benutzt sein sollten. Die „Vossische Zeitung“ meldete, daß in der Nacht, wo die Rohheit begangen wurde, von unberufenen Personen nach Studentenart sämtliche Laternen ausgelöscht waren, und das „Meine Journal“ teilte mit, daß man so weit gehe, die Thäter in akademischen Kreisen zu suchen.

Daß die Socialdemokratie diesmal nicht als Stundenlohn erhalten soll, muß im Angesicht der in der Krupp-Affaire gegen sie verübten Unthaten eigentlich wundernehmen.

Vielleicht hält die Blamage, welche der Caprefer Fall der staats-erhaltenden Presse brachte, die Scharfmacher von dieser Thorheiten ab, vielleicht haben auch gewisse Meditationen über unsre Sicherheitszustände, die sich der Deffentlichkeit aufdrängen mußten, die erwähnte Presse noch nicht zu den erwarteten Ausfällen kommen lassen. Denn wisse Polizei mag bei dem Fall zwar in Notglut aber nicht gerade in bengalischem Wut erscheinen.

Tausende von Schulheuten sind in Berlin unter Leitung ihrer Offiziere Tag und Nacht auf den Weinen, um die öffentliche Sicherheit zu hüten. Dieser Aufgabe wird die Beamtenchar in mancher Hinsicht mit geradezu staunenswerter Ausgiebigkeit gerecht. Ein Straßenhändler braucht nur einige Minuten kundschaftlos an der Ecke zu halten, ein dritter sein Fußwerk einen Augenblick unbesichtigt stehen zu lassen, ein Radfahrer ohne Laternen zu fahren — und diese drei Missethäter können sicher sein, daß der Schutzmann kommt und mit Aufwendung seines berühmten Rotzbuches ihren Fall zur Anzeige bringt. Und gar wenn in irgend einer Fabrik ehrlische Arbeiter ausgesperrt werden, so finden die für den Staat besonders nützlichen Elemente, die an ihre Stelle treten, einen Polizeischutz von solcher Intensivität, daß ein harmloses Wort, ja das bloße Spazierengehen der ehrlischen Arbeiter genügt, um diese auf der Stelle ins Loch zu bringen.

Nun randaliert eine Bande von sechs bis acht jungen Taugenichtsen in der Nacht zum Sonntag sohnd durch die Straßen der inneren Stadt. Ueberall Schulheute und doch sieht kein Beamter das Unheil, das die Wurschen an wertvollen Auswendmätern anrichten, doch tritt niemand ihnen in den Weg. Wie erklärt sich dieser auffallende Umstand? Die „National-Zeitung“ meint:

Da liegt doch die Frage sehr nahe: ist denn auf diesem weiten Wege, den die Wurschen keineswegs in stiller, sitzamer Ruhe, sondern laut tosend zurücklegen, ihnen keine von den zahlreichen Schutzmannspatrouillen entgegengetreten, die jetzt an Stelle der abgeschafften Nachtwächter die Ueberwachung der nächtlichen Ruhe und Sicherheit übernommen haben? Haben sie die zweifelloß durch die Stille der Nacht dröhnenden Hammerschläge nicht gehört und das ganze, doch höchst auffällige Benommen der Wurschen für einen nachträglichen Ausschlag harmloser Silvesterstimmung angesehen, gegen die sie Rücksicht üben könnten?

In der That muß man bei Betrachtung der Berliner Sicherheitszustände auf eigentümliche Gedanken kommen, wenn man die Schullosigkeit der öffentlichen Denkmäler, die Abwesenheit jeglicher blauer Uniform bei dem erwähnten Unfug mit dem Eifer vergleicht, der von der Polizei unter Umständen geübt wird, wo es nach Ansicht vieler Leute nicht nötig wäre.

Auch an Betrachtungen über die Rohheit der Denkmalschänder fehlt es nicht. Man weist jammervoll darauf hin, daß die vermuteten Uebelthäter Menschen sind, welche erst kurze Zeit die Schule verlassen haben und sich dennoch einer abgrundtiefen Niederträchtigkeit fähig zeigten.

Dieser indirekt der heutigen Schule gemachte Vorwurf läßt uns das Silbestwort: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“, von neuem zur Wachheit werden. Kateschismus und Gesangbuch spielen in der heutigen vermurdeten Zeit in der Schule eine Rolle wie selten zuvor; frampfhaft werden die Kinder zum Monarchenkultus dekretiert und das, was in der Schule als Weltgeschichte gelehrt wird, ist eine einzige Höhenzollern-Verherrlichung. Und trotzdem diese grauenhafte Rohheit! Wo eine Thatsache so laut redet, sollte sich auch staatsverhaltenden Kreisen die Frage aufdrängen, ob die heute beliebte Art des Schulunterrichts überhaupt im stande ist, sittliche Kräfte entsprechend zu wecken und gemeinschaftliche Triebe zu dämmen.

Anschließend der Ersatzwahl im dritten Berliner Landtags-Wahlkreis war der Magistrat genötigt, in Rücksicht darauf, daß die Wahlmänner-Ersatzwähler nach Ablauf eines Jahres seit der letzten Wahl der Abgeordneten erforderlich werden, neue Urwähler- und Abteilungslisten für die in Betracht kommenden Bezirke aufzustellen. Waren auch nicht in allen Urwahl-Bezirken Ersatzwahlen vorzunehmen, so gibt doch die Ueberblick der Bezirke, die für die Ersatzwahlen in Frage kommen, sowie die Angabe der Abteilungs-grenzen und der Zahl der in der entsprechenden Abteilung ein-

getragenen Wähler eine weribolle Unterlage für die Agitation zu den Ende dieses Jahres stattfindenden ordentlichen Wahlen zum preussischen Landparlament.

Der dritte Landtags-Wahlkreis, der zwei Abgeordnete in den Landtag zu schicken hat, umfaßt die Stadtbezirke 211—222 und 223 bis 226 (mit Ausschluß von Sophienstr. 10, Stadtbezirk 212), also den größten Teil des sechsten und fünften Reichstags-Wahlkreises. Urwahl-Bezirke sind etwa 500 gebildet. Die größte Zahl Urwähler, nämlich 2076 enthält der in der Dunderstraße liegende 802. Urwahl-Bezirk, während der 1108. Urwahl-Bezirk, die Häuser Invalidenstr. 55a—56 und Seebitsstraße 15—19 umfassend, nur 6 Urwähler zählt und zwar 1 in der ersten, 1 in der zweiten und 4 in der dritten Abteilung. Was die Steuerleistung anlangt, so schließt beispielsweise in der ersten Abteilung der zum 218. Stadtbezirk gehörende 743. Urwahl-Bezirk mit einem Steuerbetrage von 93 282 M. ab, während in dem zum 318. Stadtbezirk gehörenden 1167. Urwahl-Bezirk die Steuerergänze 18 M. beträgt. Die meisten unserer Genossen wählen, soweit sie wahlberechtigt sind, natürlich in der dritten Abteilung. Immerhin ist es aber nicht uninteressant, unsere Aussichten in der zweiten Abteilung näher ins Auge zu fassen. In der veröffentlichten Ueberblick, in der etwa 50 Urwahl-Bezirke fehlen, befinden sich 10 Urwahl-Bezirke der zweiten Abteilung, die mit einem Steuerbetrage von 12 Mark abschließen. Es sind dies die folgenden:

Table with 3 columns: Stadt-Bezirk, Urwahl-Bezirk, and Steuerbetrag. Lists various districts and their corresponding tax amounts.

Überdies schließen ab 34 Bezirke mit 18 Mark, 35 mit 24 Mark, 24 mit 32 Mark, u. s. f.

Haben unsere Genossen auch in den nächsten Monaten ihre ganze Thätigkeit auf die Propaganda für die Reichstagswahlen zu richten, so dürfte es sicherlich auch von Nutzen sein, sich rechtzeitig die einzelnen Bezirke etwas näher anzusehen.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Hochbau-Deputation unter dem Vorsitze des Stadtrats Ramslan kam es zu lebhaften Erörterungen über ein Gesetz der Arbeitgeber-Verbände Berlins wegen Abänderungen im Submissionswesen bei der Ausschreibung städtischer Arbeiten. Stadtbaurat Ludwig Hoffmann legte die Specialentwürfe mit den Kostenanschlägen für den Neubau eines Operationshauses, der Apotheke, zweier Director-Wohnhäuser und zweier Beamten-Wohnhäuser für das Rudolf Virchow-Krankenhaus vor. Die Deputation genehmigte nach Annahme der Pläne die Kostenanschläge in Höhe von zusammen 316 000 Mark. Für das städtische Krankenhaus am Urban wurden die Entwürfe und Kostenanschläge für einen Erweiterungsbau, der 46 000 M. kosten soll, angenommen. Ferner genehmigte die Deputation die Kostenanschläge für die Auffüllung eines Verbrennungsofens zur Vermeidung von Sektions- und Operationsabfällen z. für das Krankenhaus am Friedrichshain. Stadtbauinspektor D. H. W. W. legte die Kostenanschläge für die baulichen Veränderungen und Verbesserungen bei Gelegenheit der Renovierung der Restaurationsräume im Rats- Keller vor. Die Kosten sind mit 208 000 M. veranschlagt und wurden vorbehaltlich der Zustimmung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung genehmigt. Auch die Kosten für den vom Magistrat schon genehmigten Ausbau des Stadtbahnhofs 407 in der Rineburgerstraße wurden genehmigt.

Die Ermittlungen wegen der Denkmalsbeschädigungen dauern fort. Gegen die sechs Wurschen, die außer dem Hugo Wilz noch eingezogen waren, besteht zwar ein starker Verdacht, sie mußten aber wieder entlassen werden, da man sie noch nicht als überführt betrachten kann. Hugo Wilz bleibt jedoch in Haft. An der Sophien-Apotheke hat man ebenfalls Beschädigungen entdeckt; dort sind von einzelnen Kronen des Geländers die Kreuze abgeschlagen. Auch an dem Vorfengebäude entdeckte man neben dem Säuleneingang Beschädigungen der Wände, die ebenfalls von den Hunden freigegeben der letzten Sonntagnacht verursacht wurden. Das Kurfürsten-Denkmal weist außer den schon gemeldeten Verunstaltungen auch bei den beiden Bronze-Reliefs an der Ost- und Westseite des Postamentes erhebliche Beschädigungen auf. Der in der Mitte der Gruppe stehenden weiblichen Figur ist die Klinge des Schwertes, das sie in der Hand trug, abgeschlagen worden. Ferner fehlt von der Krone, die auf dem Schoße der Figur auf einem Risfen ruht, das Kreuz. Bei dem Relief auf der Westseite sind einer liegenden männlichen Figur die Finger der linken Hand abgeschlagen. Das Denkmal des Großen Kurfürsten kann auf ein zweihundertjähriges Festen zurückzuführen, da es am 11. Juli 1700 enthüllt worden ist. Der Granitsockel, von dem Hundenhände einige Stücke abgeschlagen haben, stammt übrigens nicht aus jener Zeit, sondern ist beim Umbau der Brücke im Jahre 1896 erneuert worden.

Silvester in Veit. Ein Patient der genannten Heilstätte bringt uns folgendes Stimmungsbild: Zu beiden Seiten des Bahnhofs Veit, mitten im Walde, liegen die von der Landesversicherung Berlin zur Unterkunft kranker und erholungsbedürftiger Arbeiter und Arbeiterinnen bestimmten Heilstätten.

Während in dem einen Teile noch heilbare Lungenkranke eine Liegebar durchmachen, werden im zweiten Teile, benannt „Sanatorium Veit“, Nervenschwache, Rheumatischer, Nervenleiscenten usw. zur Heilung und Erholung untergebracht. Hier sind alle Altersklassen mit den verschiedensten Leiden anzutreffen. Neben alten Männern, die das „Reifen“ in den Weinen oder im ganzen Körper haben und an Stößen herumhumpeln, sieht man ganz junge Arbeiter in den zwanziger Jahren, deren Nerven im Zustande des Kapitalismus bereits aufgegeben wurden und die nun hier in einigen Wochen der drohenden Erwerbsunfähigkeit entgehen sollen, um nach erfolgter Erholung das alte Vieh mit dem tauigen Ende wieder von vorn anzufangen.

Wenn die heutigen Verhältnisse schon bei diesen gesunden Arbeitern in der Silbesternacht keine fröhliche Stimmung aufkommen lassen, wie viel weniger bei Leuten, deren Gesundheit Schiffbruch gelitten und von deren Heilung oder Mithilfe das Wohl und Wehe ihrer selbst sowie der oft zahlreichen Familie abhängt.

Und solche Leute sollen Silvester feiern? Ja; die Oberin hatte es bei dem Abendbrot verkündet und die Patienten übernahmen dafür die Verpflichtung, nach 12 Uhr sogleich zu Bett zu gehen.

Um 9 Uhr fand sich jeder im geräumigen Speisesaal an seinem Platze ein. Ein Anstaltsarzt hielt eine kurze Ansprache, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß das neue Jahr für die Patienten glücklicher sein möge als das zu Ende gehende, und sie recht bald gesund und kräftig die Anstalt verlassen möchten.

Ein Patient sprach darauf im Namen aller den Herren Anstaltsärzten, der Oberin und den Krankenschwestern für die Hebevoile Pflege und Behandlung im alten Jahre den herzlichsten Dank aus. Es war dies nicht bloß eine Phrase, wie es bei ähnlichen Anlässen oft der Fall zu sein pflegt, sondern die Worte des Dankes entsprachen dem Empfinden aller, da insbesondere die Ärzte in jeder Hinsicht die Kümmung und das Vertrauen der Patienten in hohem Grade genießen.

Eine Polonaise eröffnete den gemüthlichen Teil der Feier und was bis dahin nicht möglich gewesen war, nämlich Stimmung in die Gesellschaft hineinzubringen, das bewirkte nachher der Klang einer

Tronpote. Ein Patient trug auf einer solchen als Anfangsstück einen Marsch vor, wobei er jedoch dem Instrument so viele falsche Töne entlockte, daß er ungewollt seine Zuhörer in ein unbändiges Lachen versetzte.

Humoristische und Gesangsvorträge, gute und schlechte, folgten, ebenso verschiedene Unterhaltungsspiele. Ein Orchester spielte hin und wieder ein Tanzstück, was mancher, dessen Zustand es erlaubte, wahrnahm und mit den Krankenschwestern tanzte.

Als um 1/12 Uhr der amtsende Arzt die zweite Polonaise arrangierte, war alles, Jung und Alt, in bester Laune. Der Trompeter, der Marsch mit den falschen Tönen blasend, voran, ging's nun in Reih' und Glied durch sämtliche Winkel des Krankenpavillons und jeder, der noch halbwegs „franchen“ konnte, ging mit. Alles Leid war für den Augenblick bergehen; Lieber wurden gehalten, Biere getrunken, kurz man wühlte sich in einer fröhlichen Gesellschaft, aber nicht in einer Heilstätte.

Quitt zwölf erhalte ein kräftiges „Prost Neujahr!“ aus aller Munde; es folgten die üblichen Beglückwünschungen und nun hieß es, dem Schlaf seine Rechte zu lassen.

Als ich einige Minuten später den Rest der noch vorhandenen Laune benutzte, um einen Berliner Gassenhauer in meinem Vei etwas laut zu singen, brachten mir die Worte der eintretenden Oberin: „Kann, hier wird noch gefungen?“ den Zweck meines Aufenthaltes recht unangenehm ins Gedächtnis zurück.

Im Traum hörte ich noch einmal den Klang der Trompote und auch diesmal war es wieder der Marsch, der sich stöhnend aus dem gequälten Instrumente herandrängte.

Die Einführung der Westinghouse-Bremse in ganzen Betriebe der Stadt- und Ringbahn ist jetzt bei den Lokomotiven bereits durchgeführt. Bis zum 1. Mai sollen auch sämtliche Wagen umgebaut sein. Sie bekommen ein ganz neues Untergestell. Nur die alten Kasten bleiben bestehen. Während des Umbaus, der nach und nach erfolgt, müssen Wagen von andren Strecken ansohoben. Ebenso half man sich auch beim Umbau der Maschinen. Diese sind nach der Einführung der Westinghouse-Bremse auch äußerlich verändert. Sie fallen durch große Luftbehälter auf dem Wassertender oder auch auf dem Kessel sofort auf. Die Behälter, die bei den Schnell- und Personenzug-Maschinen unten liegen, sind je nach dem vorhandenen Platz entweder lang gestreckte oder kürzere oder stärkere Cylinder. Sie dienen zur Aufspeicherung der Luft, die zur Bremse verwendet wird.

Unternehmerrache und Baugenossenschaft. In der „Vorsigwalder-Zeitung“ lesen wir: „Nach dem Dreherstreik wurden zwei Leute aus Vorsigwalde, die fälschlich als Agitatoren und die Leiter des Streiks bezeichnet wurden, nicht mehr bei Vorsig eingestellt. Bis-her ist es nur einem der beiden Leute vor einigen Tagen trotz der lebhaftesten Versühnungen um Arbeit geglied, in einem andren Werke beschäftigt zu werden. Die ausgesperrten konnten sich dies nicht anders erklären, als daß die Firma Vorsig die Kühnemanns erwarnt hat, sie einzustellen. Dem Dreher S., der in einem der Vorsigischen Häuser wohnt, wurde nun auch die Wohnung gelündigt, obwohl er stets pünktlich die Miete gezahlt hatte. S. ver-lagte bei der andren Häuserfirma in Vorsigwalde, der Neuen Berliner Baugenossenschaft, eine Wohnung zu erhalten. Der Verwalter dieser Gesellschaft ein Herr Kraft, hatte sich inzwischen jedenfalls bei seinem Freunde Oppermann erkundigt, warum dem S. gelündigt war, und als dieser sich dann Weisheit holte, wurde ihm von Frau Kraft er-öffnet, daß ihm keine Wohnung gegeben werde. Auf die Frage: „Warum denn nicht?“ antwortete ihm Frau Kraft: „Ja, Sie sollen raus aus Vorsigwalde.“ — Nun fand S. aber doch in einem Hause, das einem Privatmann gehört, Wohnung und er zieht trotz der Verfolger nicht — raus aus Vorsigwalde! — Die beiden Vie-d-könige von Vorsigwalde werden sehr ungeschalten sein, daß der „Kaiser“ in den Straßen des litten Königreiches auch firdershin einhergehen wird.“

Diesem für den wahnsinnigen Uebermut des Unternehmerrach-Charakteristischen Veriaht ist noch hinzuzufügen, daß die in Betracht kommende Baugenossenschaft eine Vereinigung von Personen aus den verschiedensten Massen der Bevölkerung ist, deren Grundzüge die Parteilnahme für irgend eine politische Anschauung ausschließen. Die Frage, warum der Verwalter der Genossenschaft dem in jeder Hinsicht einwandfrei und unbescholten dastehenden Arbeiter der Firma Vorsig zu Gefallen keine Wohnung vernietet hat, beschäftigt jetzt das Bureau der Genossenschaft und wird erforderlichenfalls auch in der Generalversammlung zu erörtern sein. Man wird dann ja sehen, ob die kapitalistische Verfolgungswut wirklich alle Grenzen der Sitte übersteigen darf.

Der angeklagte Hauptmann. Wie erinnerlich, war f. J. gegen den Hauptmann a. D. Kirst ein Strafverfahren wegen Betruges eingeleitet worden, der dem Rentier Köppen zu Charlottenburg gegenüber verübt sein sollte. Kirst sollte dem Köppen vorgebet haben, der Kaiser interessiere sich für den Ankauf eines Terrains zwischen Anhalter und Potsdamer Bahnhof behufs Verlegung eines Schienenstranges zur Verbindung der beiden Bahnhöfe. Das Ver-fahren wurde damals auf Antrag des Rechtsanwalts Bahn ein-gestellt, da Kirst nachweisen konnte, daß die Eisenbahndirektion Berlin das fragliche Terrain überhaupt nicht kaufen wollte. Aus dieser Straf-sache hat sich nun jetzt eine Anklage gegen Kirst und Genossen wegen Verleumdung des Regierungsrats K. aus der Eisenbahndirektion ent-wickelt. Inzimitiert ist die Behauptung, daß ein Eisenbahnbeamter sich zu Verleumdungen hergegeben habe, um Kirst über die Pläne der Eisenbahndirektion auf dem Laufenden zu erhalten. Dies sollte an-gelich einer der Beamten gewesen sein, welche f. J. Köppen zur Her-gabe von Geld veranlaßt haben sollten. Die Sache wird am 14. d. M. vor dem Langericht I verhandelt werden.

Von einem Eisenbahnzug überfahren und getödtet wurden, wie erst nachträglich bekannt wird, auf Steglitzer Gemarkung drei Pferde. Ihr Führer, der Dünger gefahren hatte, benutzte einen Uebergang, obwohl ein Zug schon nahe war und ein Warnungsschild mit der Dampfpeise gab. Der Zug tötete zwei Pferde auf der Stelle, das dritte verendete in der Kluft der Tierärztlichen Hochschule. Wie es kam, daß die Schranke nicht geschlossen war, wird noch untersucht. Der Führer der Pferde behauptet, daß der Schrankenwärter in seiner Wade gefesselt habe.

Die Witwe des großen Schauspielers Theodor Döring, dessen 100. Geburtstag am Freitag ist, lebt in Berlin (am Hasenpflanz) in stiller Zurückgezogenheit. Frau Mathilde Döring ist eine hohe Siebzigerin und leider durch ein Augenleiden an das Zimmer gefesselt, das sie nur bei besserer Witterung verläßt, um sich kurze Zeit in ihrem Garten zu ergehen oder eine kleine Ausfahrt nach dem Tiergarten zu machen. Gepflegt wird sie von ihrer Schwesler, einer verwitweten Frau Bach, und ihrem Dienstmädchen, das bereits siebzehn Jahre bei ihr ist. Die Wohnung ist ein wahres Döring-Museum. Ueberall hängen und stehen Bilder und Plakate des be-rühmten Schauspielers, überall sieht man Vorbertränge, Geschenke, Widmungen. Im Hause der Witwe fehlt es übrigens nicht ganz an Gästen. So kommen Friedrich Haase, Frau Anna Schramm, Ludwig und andre Freunde öfters.

Tierquälerei. Ein Leser unseres Blattes schreibt uns: Zwei Vorfälle, die ich heute beobachten mußte, veranlassen mich, an die Leser des „Vorwärts“ einen Appell zum Schutze wehrloser Mi-geldwölfe zu richten. Auf einem Platze vergnügte sich eine Anzahl von Kindern, deren Eltern offenbar der Arbeiterklasse angehörten, damit, einen mittelgroßen Hund durch Steinwürfe zu quälen. Ein Stein hatte bereits das Bein des Tieres empfindlich getroffen, so daß es hinke und sich schmerzergepinigt wiederholt niederlegen mußte. Dieser traurige Erfolg spornte die Knaben nur zu erneuten Stein-würfen an. Kaum zehn Minuten später bemerkte ich, wie zwei Arbeitervögelchen im Alter von etwa 18 Jahren einen großen Hiebhand

auf ein vielleicht zwei Monate altes Kägen zu hegen suchten, das sich offenbar verlaufen hatte und ahnungslos bei dem natürlichen Feind seines Geschlechts Zusucht suchte. Der Hund war mitleidiger und verständiger, als die Menschen, die ihn auf das Kägen zu hegen verurteilten und herod das kleine Wesen nur vernübert. Trotzdem kam ich gerade nur zur rechten Zeit, um das Tierchen gegen den Hund, dessen Instinkt durch das fortwährende Hegeu dem doch gewandt zu werden schien, zu schützen. Auch im ersten Falle gelang es mir, den bombardierten Hund wenigstens momentan von seinen Feinden zu befreien. Ich glaube, es bedarf nur dieser Zeilen, um die Eltern und erwachsenen Arbeiter zu veranlassen, ihre Kinder und jugendlichen Kollegen auf die Nothwendigkeit solcher Handlungen aufmerksam zu machen.

Brückenperrung. Wegen Vornahme von Tiefbohrungen wird die Fußbrücke vom 8. Januar d. J. ab auf etwa sechs Tage gesperrt.

Zwei seltene Gefangene hat das Potsdamer Untersuchungsgefängnis bekommen. In Wannsee sind durch die Polizei zwei Männer beim Wetzeln abgefaßt worden, die man bei näherem Zusehen als französische Fahnenflüchtige erkannte. Sie wurden dann nach Potsdam geschafft. Die beiden Krieger haben im vorigen Sommer die Gefilde des schönen Frankreich verlassen und sich seitdem bis nahe an die Hauptstadt des Deutschen Reiches „durchgeschlagen“.

Das **Metropol-Theater** hat für diese Saison ausgearbeitet und steht eine lange Reihe glücklicher Tage vor sich. Die von Julius Freund bearbeitete dramatische Revue „Neuestes! Aller-neuestes!“ wird in den nächsten Monaten zu den Dingen gehören, die jeder gesehen haben muß, und ihr am gestrigen Premierenabend gescheiter Erfolg kann hinfort noch bedeutender werden, wenn die Direktion sich entschließt, an dem ersten etwas ausgedehnten Silbe etliche Kürzungen vorzunehmen. Geschlagene zwei Stunden auf dem Platz zu verharren, wie dies gestern erforderlich war, das ist ein Verlangen, welches selbst Richard Wagner seinem Publikum nicht zu stellen riskierte. In der ersten Stunde, die uns den Himmel mit allerliebsten Engeln vorführt, wäre weniger mehr gewesen. Aber das Empfinden himmlischer Langeweile weicht allmählich vor der Fülle der Gesichte, die wir und regellos zwar, aber doch in amüsanten Folge dem Zuschauer vor die Augen treten. Was ist der Inhalt der dramatischen Revue, was ist ihr Zweck? Thörliche Frage! Amüsieren soll so ein lebendiges Bilderbuch und je rücksichtsloser darin alle Schulregeln beiseite gestoßen werden um so besser. Alles und noch einiges kam während der 3/4 Stunden, die das Stück währte, auf die Bühne, ohne daß auch nur die kleinste Liebesgeschichte in den Gang der handlungslosen Handlung hineingebreitet worden wäre. Die bekannten Kräfte des Hauses hatten viel zu oft ihr Können zu wechseln, als daß sie an überflüssige Fabeln denken konnten. Emil Thomas trat als unvergleichlicher Serenissimus auf und machte in dieser Rolle gewissermaßen den Konfereuzier; in vorletzten Silbe aber hatte er sich nicht minder gutwillig, die Rolle des Prinzwalli verschrieben. Ein anderer Gast, der famose Operntenor Julius Spielmann, steigte als Krefelder Surenkantenanführer und als Voeren-general. Herr Hummel waren sechs, Herrn Vender gar sieben Rollen zugeteilt worden, und nicht minder vielseitig hatten die Damen sich zu bemühen. Hier handelte die Direktion brav, indem sie der in letzter Zeit sehr ungebührlich behandelten Soubrette Frid Frid wieder zu ihrem Rechte verhalf; von neuem zeigte diese Künstlerin gestern, wela ein frisches, ursprüngliches Talent in ihr siedet.

Daß die Revue mit einem unerhörten Aufwand an Kostümpracht gespielt wird, ist im Metropol-Theater selbstverständlich; besser als Baruch und Ballet aber sicherte die Fülle drolliger Bilder und oft schlagender Witz den Erfolg. Von bekannten Reichstags-Abgeordneten erschienen Singer, Bebel, Vallerstrem, Grober, Nordorf und Eugen Richter, der ordensgeschmückte jüngste Konfereuzier, auf der Bühne und jeder mußte bluten. Ramos war ferner die Konfereuz der drei Rolande von Berlin; der Roland aus dem Keinen Journal, der Chef der Marxgrafensompagnie und der unfertige und daher recht ungenügend belletrisierte Roland von Leoncavallo verabredeten einen Etat miteinander. Nicht minder amüsant war eine Gerichtsverhandlung gegen den Grafen Fädel und die Wiedergabe des bei Nonna Banna als Gast erscheinenden Ammen Heinrich.

Ungerecht wäre es, nicht auch des Komponisten Felix Holländer zu gedenken, der eine Mut einschmeichelnder Melodien über das Stück angepöflet hat.

Aus den Nachbarorten.

Der **Magistat von Schöneberg** hat beschlossen, einen wissenschaftlich vorgebildeten Statistiker im Hauptamt anzustellen und gedruckte statistische Monatsberichte herauszugeben. Seit dem 1. April 1902 ist in Schöneberg ein städtisches statistisches Amt eingerichtet und dafür ein im Berliner statistischen Amt angestellter Hilfsarbeiter im Nebenamt berufen worden. Der Berliner Magistrat hat jedoch die diesem Herrn erteilte Genehmigung zurückgezogen und erklärt, daß er auch keinem andern seiner Statistiker die Erlaubnis zur Leitung des Schöneberger Amtes geben könne.

Aus **Pantow** schreibt man uns: Der Großstadtkrieg einzelner Berliner Vorortgemeinden treibt sehr bedenkliche Blüten, wie wir an unsren vielbesungenen Vorort sehen können. Landrat und höhere Regierungsbehörden fangen an, ein sehr aufmerksames Auge auf die finanziellen Transaktionen der Gemeinde und die Beschlüsse der Gemeindevertretung zu richten. Vor zwei Jahren beschloß die Gemeindevertretung, ein „würdiges“ Rathaus zu bauen, dessen Kosten die Summe von 350 000 M. nicht überschreiten sollten. Heute ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die halbe Million überschritten wird. Der Ankauf des Arealstückes Mühlenbeck, der, wie wir hervorheben wollen, eine große Notwendigkeit für den Ort ist, kostet 820 000 M. und erfordert laufende Zuschüsse, die Druckverlegung kostet mit Maschinen 400 000 M. Der Ankauf des Kirchhofes in der Schönholzer Heide erfordert 300 000 M., die Summe muß in Jahresraten von 25 000 M. abgetragen werden, während das Realvermögen verjährt werden muß. Die traurigen Verhältnisse der Gemeinde-schulen bedingen, daß sofort ein 25. Klassen großes Schulgebäude errichtet werden muß, welches auf 180 000 M. veranschlagt wird und wofür eine Anleihe von 200 000 M. in Aussicht steht. Die hiesige Realschule soll zu einem Volkshaus umgebaut werden, um „bessere Steuerzahler nach dem Orte zu ziehen“; jetzt kostet jeder Realschüler der Gemeinde etwa 85 Mark Zuschuß. Der Ankauf der Realschule mit Direktorenwohnung ist auf 280 000 Mark veranschlagt, ohne daß das Gehalt der anzustellenden Lehrer in Betracht gezogen wäre. Der in Vorbereitung stehende Etat der Gemeinde für das Rechnungsjahr 1903 weist durchgehend in allen Positionen bedeutende Erhöhungen auf. Hand in Hand hiermit geht die Anstellung von Beamten, die zum Teil überflüssig sind. So ist durch Gemeindebeschluss ein zweiter Stabsbesitzer angestellt worden; der Landrat beantragt die Anstellung und man geht nunmehr mit der Absicht um, den in Aussicht genommenen Stabsbesitzer „ehrenamtlich“ anzustellen. In welcher Position das Gehalt eingestellt wird, steht noch dahin, jedenfalls kommt es unter „Remunerationen“. Die Regierung ersucht, einen befähigten Schöffen anzustellen, um den Amtsvorsteher und die Schöffen zu entlasten, die Gemeindevertretung beschließt, den befähigten Schöffen abzuschicken und dafür einen Bureaudirektor anzustellen. Da dieser Herr „schon“ drei Jahre im Verwaltungsdienst beschäftigt war und während dieser Zeit vier Gemeinden mit seiner Thätigkeit beglückt hat, so darf die Gemeinde sich diese außerordentlich intelligente Kraft nicht entgehen lassen. Sie stellt den Mann mit vier tausend Mark Jahresgehalt ein und erläßt ihm die vorgeschriebene Probebedienstung mit der Motivierung, daß die „tätige Kraft“ sterben könnte und dann wären Witwe und Kinder unversorgt. Eine solche soziale Fürsorge für einen Beamten hat man bis jetzt noch kaum erlebt. Die Rachtwächter des Ortes

sind der Meinung, daß ihr Gehalt von jährlich 540 M. zu erhöhen ist; müssen doch diese Beamten von den 540 M. den Wachtund, welchen jeder bei sich hat, füttern und außerdem im Winter, wenn sie nicht frieren wollen, sich den Pelz selbst kaufen und die wasserdichten Stiefel dazu. Ein sehr gut besoldeter Beamter des Ortes zieht von einer Wohnung in die andre und es wird beschlossene, ihm 1000 M. Umzugskosten zu gewähren usw. In allgemeinen macht man sich mit dem Gedanken vertraut, daß der Steuer-Zuschlag der Gemeinde von 120 auf 150 Proz. erhöht werden muß.

Spandau. Kürzlich schon hat der bekannte Inspektor Klose von der Gewehrfabrik den unzufriedenen Arbeitern damit gedroht, daß die Gewehrproduktion in Spandau leicht eingestellt werden könnte und daß dann ihre Arbeiten von der Privatindustrie oder von den Staatsbetrieben in Danzig und Hanau, wo niedrigere Löhne gezahlt werden, besorgt würden. Es ist aber nicht bei der bloßen Drohung mit der Vergebung der Arbeiten an die Privatindustrie geblieben, sondern diese Drohung scheint bereits zum Teil in die That umgesetzt, wie aus einem Artikel in dem freisinnigen „Anzeiger für das Havelland“ in Spandau hervorgeht. Das Blatt schreibt:

Die Zahl der Arbeitskräfte ist in einzelnen Fabriken schon etwa auf die Hälfte des früheren Bestandes herabgesunken. Zum Teil sind die Betriebseinschränkungen der Staatswerkstätten auch darauf zurückzuführen, daß die Militärverwaltung Aufträge in weitem Umfange als bisher den zur Herstellung von Kriegsmaterial eingerichteten privaten Fabriken zuwendet, die infolge der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse seit einiger Zeit sonst nur wenig beschäftigt sind! Die Fürsorge für die wenig beschäftigten aber desto profitigeren Arbeiter ist wirklich rührend. Der eigene Arbeiter denkt die Militärverwaltung offenbar nicht, im Gegenteil, für den nächsten Sommer werden bereits weitere „Betriebs-einschränkungen“ angekündigt! Daß auch das große und äußerst kostspielige Heer der Beamten, Meister, Vicemeister, Revisoren, Aufseher usw. im gleichen Verhältnis reduziert worden wäre, davon hat noch kein Mensch etwas gehört. Das wirtschaftliche Leben Spandaus liegt infolge der herrschenden großen Arbeitslosigkeit arg darnieder. Seit wenigen Tagen sind die famosen „Nothlandsarbeiten“, über welche das letzte Wort noch nicht gesprochen sein dürfte, in Angriff genommen. Im Submissionswege hat ein Unternehmer die Abtragung eines Teiles des Festungswalles für 12 700 M. übernommen, während das Höchstgebot auf mehr als das Fünffache, nämlich auf 64 000 M. lautete. Auf eine entsprechende Befehlsmachung des Magistrats meldeten sich allein innerhalb zwei Tagen ca. 500 Arbeitslose für jene Arbeit. Am Montag begaben sich eine ungeheuer große Anzahl Arbeitslose, wie auf Verabredung, mit Schippe oder ähnlichem Werkzeug ausgerüstet, an den Ort, wo die „Nothlandsarbeiten“ Ende voriger Woche begonnen haben, um sich zur Einstellung zu melden. Von bürgerlicher Seite wird die Teilnehmerzahl an dieser unabsichtlichen Koststands-Demonstration auf 600 geschätzt! Eingestellt sind aber bisher im ganzen nur 25 Mann bei einem Stundenlohn von 30 Pf., während der auf Bauten und in städtischen Betrieben für ungelernete Arbeiter übliche Lohn 35 Pf. beträgt. Von solcher Art ist die berühmte Nothlandsaktion in Spandau!

Ober-Schönweide. Die Polizeibehörde ist mit regem Eifer auf die Bahrung der Sonntagsruhe bedacht. Wenn auch nicht das geringste dagegen eingewendet werden kann, daß Fabriken an Sonntagen nicht im Betriebe sind, so muß es doch Bedenken erregen, daß Arbeiter, die auf dem Hof ihrer Wohnungen Sonntagsvormittags für den Familienbedarf Brennholz zerschneiden, von Polizisten wegen Störung der Sonntagsruhe notiert werden. Letzten Sonntag passierte es sogar, daß ein Einwohner noch vor Beginn der Nacht von einem spähenden Beamten bei dieser Arbeit überrascht wurde. — Für die Entwicklung der Industrie ist es bezeichnend, daß an dem hiesigen Kabelwerk der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft immer mehr weibliche Arbeitskräfte eingestellt werden. In einer Maschine, die bisher von drei Arbeitern bedient wurde, sind jetzt nur zwei Frauen und ein Mann thätig. Dagegen die Beschäftigung an dieser Maschine für Frauen besonders gefährlich ist, werden sie doch den Männern vorgezogen, weil sie billiger arbeiten.

Friedrichsfelde. Im Herbst vorigen Jahres herrschte in unsrem Ort der Typhus. Seltam war, daß bei dieser Gelegenheit endlich unsere Gesundheitskommission ein Lebenszeichen von sich gab. Die Kommission besichtigte Senzgruben und Brunnen und entnahm auch gelegentlich Wasserproben aus den Hofräumen. Im Hause Prinzen-Allee 48 wurde gerügt, daß auf dem Hofe des von 16 Metern bewohnten Grundstücks kein massives Sammelbecken für Wirtschaftswasser vorhanden war. Die den beiden Hofbrunnen entnommenen Wasserproben wiesen wohl Anstoß erregt haben, denn später erfolgte in Gegenwart von Polizeibeamten eine nochmalige Entnahme von Wasser. Einige Tage vor dem Weihnachtsfest erschien nun ein Polizeibeamter bei den Mietern, um ihnen mitzuteilen, daß die Brunnen verjaht wären und es gefährlich sei, ihnen Wasser zu entnehmen. Trotzdem wird das gesundheitsgefährliche Wasser heute noch benützt, da es an Ersatz fehlt und weder ein Tiefbrunnen angelegt, noch das Grundstück an die Wasserleitung angeschlossen wird. Soll dieser Zustand etwa bis zum Ausbruch einer neuen Typhus-Epidemie dauern?

Gerichts-Zeitung.

Ein **unbedachtes Wort.** Der Weichenseer Landfriedensbruch-Prozess, der anfangs Dezember vor der ersten Strafkammer am Landgericht II verhandelt wurde, fand gestern vor derselben Kammer ein Nachspiel. Die Ursache des Strafverfahrens, der zur Erhebung der Anklage geführt hatte, hatte der Hauseigentümer und Kollerwerbhaber Franz Reichert in der Sedanstraße gegeben, der am 1. Juli die Arbeiterfamilie Pecher, die trotz rechtzeitiger Mündigung nicht ausziehen wollte, gewaltsam an die Luft gesetzt hatte. Da Reichert ohnehin als überaus gestrenger Hausherr verkannt war, so entstand wegen dieser gewaltsamen Ermahnung ein lautenstimmiger Aufruhr, das Reichert'sche Haus wurde mit einem Hagel von Steinen überschüttet, die wütenden Drohungen und Verwünschungen wurden laut und erst die alarmierte Feuerwehrr vermochte die zusammengerostete Menge zu zerstreuen. Am zweiten Tage wiederholte sich der Skandal und dabei wurde Reichert und seine Familie schmerzlich mißhandelt. Wegen dieser Affäre wurden 32 Teilnehmer unter Anklage gestellt. Einer derselben, der Arbeiter Gottlieb Wolff, schloß in der früheren Verhandlung und wurde gestern extra abgeteilt. Er hatte gerufen: „Leute, holt Petroleum, wir wollen das Haus begießen und anzünden!“ und hat auch am zweiten Tage den Reichert und dessen Sohn mißhandelt. Er erhielt dafür sechs Monate Gefängnis.

Der **ehemalige Leiter einer Lichttheaterkast** in der Potsdamerstraße, Kaufmann Hans Steinbock, der das Gericht schon mehrfach beschuldigt hat und zur Zeit den Rest einer ihm zuerkannten Strafe verbüßt, stand gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I unter der Anklage, am 29. Dezember 1898 dem damaligen Leiter der Lichttheaterkast, Ingenieur Widen, ein Paar Brillanten im Werte von 750 M. gestohlen zu haben. In dieser Angelegenheit haben schon mehrere Termine stattgefunden, die seiner Zeit vertagt werden mußten, da der Angeklagte immer neue Entlassungsbewerbe beantragte. Widen ist ein Mann, der alle Veranlassung hatte, mit der Kriminalpolizei nicht in Konflikt zu kommen und inzwischen über das große Wasser gegangen ist. Er hatte die kostbaren Brillanten von seiner damaligen Frau, einer reichen Witwe, geschenkt erhalten, und als er sie bei der Auflösung des Verhältnisses wieder herausgeben sollte, schlug er Lärm und behauptete, daß ihm die Brillanten aus seiner Schublade gestohlen worden seien. Als Dieb wurde der Angeklagte verdächtigt und der Verdacht schien dadurch verstärkt, daß er der eigentlichen Besitzerin der Anklage ein Geständnis abgelegt haben soll. Der Angeklagte erklärte dies für ein Mißverständnis und behauptete, daß der inzwischen unsichtbar gemordete Widen ihm die Brillanten zum Verkauf übergeben habe, um damit eine ihm zu-

stehende Forderung zu begleichen. Auf Grund der gestrigen umfangreichen Vernehmung beantragte der Staatsanwalt eine Zusatzstrafe von 1 Jahre 9 Monate Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust. Rechtsanwalt Dr. Dabidsohn nahm auf einen von dem angeklagten Bestohlenen aus Amerika an den Angeklagten gerichteten Brief Bezug, aus dem er folgerte, daß die Angaben des letzteren zutreffend dürften. Mit ihm erachtete der Gerichtshof den Fall nicht für genügend aufgeklärt und fällt deshalb ein freisprechendes Urteil.

Im **Glend.** Not und Verzweiflung lagen, wie in den meisten derartigen Fällen, der Anklage wegen Kindesaussetzung zu Grunde, welche gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I gegen die 19jährige unverheiratete Verita Harz verhandelt wurde. Die Angeklagte hat am 27. Januar v. J. in der Charité einem Anaben das Leben gegeben. Zuerst brachte sie ihn bei einer Frau in Bernau unter. Dann konnte sie das Pflegekind nicht mehr erzwängen. Da die Pflegefrau die Adresse der Mutter nicht wußte, machte sie kurzen Prozeß und brachte das Kind nach dem Waisenhaus. Die Vernehmung ermittelte die Mutter und forderte sie auf, das Kind zu holen, da ihr die Pflicht obliege, für dasselbe zu sorgen. Schwere Dergens kam sie der Aufforderung nach. Raslos und hilflos ging sie mit dem Kinde durch die Straßen, sie wußte nicht, wo sie es unterbringen sollte. Schließlich kam sie auf die Idee, das Kind vor die Thorthür ihrer früheren Herrschaft, die eine Wohnung im Hause Schillingstr. 11 inne hatte, zu legen. Es gelang ihr, sich des Kindes unbemerkt zu entledigen. Nach einer Stunde befand das kleine Wesen sich wieder im Waisenhaus. Die Fuderin hatte es dorthin gebracht. Nachdem die Mutter es holen. Die Angeklagte erklärte im Termin, daß sie in ihrer Verzweiflung kaum gewußt habe, was sie gethan. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagte 6 Monate Gefängnis, der Gerichtshof kam aber zu einem freisprechenden Urteil, da zu Gunsten der Angeklagten angenommen wurde, daß das Kind sich auf dem verheerenden Sturm nicht in einer hilflosen Lage befunden.

Vermischtes.

Hochwasser wird schon wieder aus verschiedenen Teilen des Reiches gemeldet. Die Mar hat im Laufe des Montags wieder um 5 Centimeter zugenommen, so daß der Pegelstand wieder auf Null war. Unruhigende Nachrichten aus dem Oberlande sind nicht eingelaufen. Von der Mangfall wird berichtet, daß der im Gebirge massenhaft liegende Schnee bei der milden Bitterung schmilzt, so daß Hochwasser zu befürchten ist. Leichach, Mangfall, Inn sind im Steigen. Auch der Main und die Regen steigen lebhaft, wie eine Meldung aus Bamberg besagt. Der Pegelstand der Regen bei der Ludwigbrücke betrug 2 Meter. Der Pegelstand des Rhains bei Wiesbaden beträgt 4 Meter. Aus dem Rheinst- und Aischgrunde wird starkes Steigen der Bäche gemeldet. — Aus Heroldsbrunn meldet der „Frank. Kur.“: Der Regen hält an, die Regen steigt weiter und überfließt fast das ganze Thal. Der Pegelstand ist 1,45 Meter. — Aus Schriumb wird gemeldet: Die Barthe ist im Steigen begriffen. Am Montag noch 1,00 Meter, betrug der Pegelstand Dienstag 2,10 Meter bei fortwährendem Steigen. — Aus Hanau wird berichtet, daß die einzig weit über ihre Ufer getreten ist. Der Staatsbahnhof in Rangensfeld ist durch Hochwasser vom Verkehr abgeschnitten. — Aus Worms meldet die „Zeit. Zig.“: Der Rhein ist oberhalb und unterhalb der Stadt über die Ufer getreten und überfließt große Teile der Weiden. Gestern wurde vom Ober-Redar bedeutendes Steigen gemeldet. Die Hochwassergefahr ist höher als vor 14 Tagen. — Das Wasser der Fulda ist, wie aus Kassel telegraphiert wird, stark gestiegen und teilweise über die Ufer getreten. Doch nicht nur in Deutschland herrscht zur Zeit Hochwasser; gleichzeitig melden auch Londoner Morgenblätter das rapide Steigen sämtlicher Flüsse; es wird der Eintritt von Hochwasser befürchtet.

Eine **Erdbedenliste für das Jahr 1902** stellt die Wochenschrift „English Mechanic“ zusammen. Das letztvergangene Jahr wird in den Annalen der Naturwissenschaft eine besondere Stelle wegen der Häufigkeit und Heftigkeit seiner Erdbeden einnehmen, namentlich in Zusammenhang mit den Vulkanausbrüchen. Zeitlich und auch inhaltlich den ersten Platz nimmt das große Erdbeden von Schemacha in Transkaukasien am 14. Februar ein. Die Opfer dieser gewaltigen Erschütterung zählten nach Tausenden, und über 20 000 Menschen wurden ihres Obdachs beraubt. Im April kamen Nachrichten von schweren Erdbeden aus Guatemala, das ganze Land war während 48 Stunden heftigen Stößen ausgesetzt gewesen, zwei Städte wurden völlig zerstört und entleert, die Bewohner begleiteten die Leben. Im Mai begannen die starken Vulkanausbrüche in Westindien, und ihnen ging am 30. April ein Erdbeden voraus, das sich in Süd-England heftig fühlbar machte. An die Katastrophe auf Martinique und St. Vincent braucht nicht erinnert zu werden, sie kosteten im ganzen 22 000 Menschen das Leben. Am 6. Juli ereignete sich ein heftiger Erdstoß auf der Halbinsel Saloniki, der ebenfalls Verluste an Menschenleben, eine große Panik und viele Schäden an den Häusern verursachte. Das 1000 Kilometer entfernte Observatorium in Kairo konnte den Verlauf dieser Erdbevegung genau verfolgen. Gegen Ende August wurde Nicaragua der Schauplatz von Erschütterungen, und die anschließende Eruption des Vulkans von Masaya verletzte die Umgebung in großen Schrecken. Am 22. August kam die Kunde von einem entsetzlichen Erdbeden in Innerasien mit dem Centrum in Kaschgar. Am 27. September setzte ein gewaltiges Unwetter über Stellen unter gleichzeitiger Erregung der dortigen Vulkane. In Schottland geschah am 14. Oktober Erdbeden, am 28. Oktober wurde ein scharfer Stoß in Rom verfpürt, in den letzten Tagen des Oktober hatte wieder Guatemala schwer zu leiden. Endlich brachte der Schluß des Jahres noch eine schwere Kunde, nämlich die völlige Zerstörung der Stadt Andijchan durch ein Erdbeden.

Die **Winternacht auf dem Brenner.** In den „Zinsbruder Nachrichten“ entwirft ein Reisender, der am 30. Dezember mit dem nachts um 11 Uhr 5 Min. von Innsbruck abgehenden Personenzuge fuhr, folgende Schilderung seiner Abenteuer: Nachdem wir die Station Gries am Brenner verlassen hatten, gerieten wir plötzlich in so dicke Schneemassen, daß die Maschine, die mit einem kleinen Schneepflug ausgestattet war, stehen bleiben mußte. Der Maschinenführer versuchte nochmals, anzufahren, aber umsonst, die Schneemassen, die augenscheinlich von einer Lawine stammten, waren unüberwindbar. Man hätte man gerne den Train zurückgehoben, aber auch das ging nicht mehr, da mittlerweile auch hinter dem Zug eine Lawine niedergegangen war. So mußte der Zug eingeschneit auf offener Strecke stehen bleiben. Zu all dem kam bald darauf noch der Umstand, daß auch auf den Zug selbst Lawinen niedergingen, welche teilweise die Fenster einbrachten, die Coupsés mit Schnee füllten und die Lichter auslöschten. Ringsum hallten die Bergwände den Donner der Lawinen wider — die Verwirrung unter den Passagieren war grenzenlos; die meisten jammerien, manche weinten oder beteten, und nur die wenigsten hatten kaltes Blut genug, um Ruhe zu bewahren. Erst als um 1/5 Uhr morgens der Lawinensturz ein Ende nahm, wurde die Situation erträglicher. Kurze Zeit vorher war auf dem Nebengeleise gegen Süden hin ein Schneepflug vorbeigefahren, der zwar nach einigen hundert Metern auch stehen blieb, aber hinter sich freie Bahn nach Gries hinterlassen hatte. Diesen Weg zu benutzen, wagten zuerst die Beherzteren, um zum genannten Orte zurückzuwandern, wo sie wenigstens etwas zum Essen und zum Trinken bekamen. Gegen Mittag traf der aus Innsbruck telegraphisch herbeigerufene Hilfszug ein, und nun ging die Arbeit des Gletschereimachens rasch von statten. Mit diesem Hilfszuge wurden auch die noch anwesenden Passagiere wieder nach Innsbruck zurückgebracht, während der größere Teil schon von Gries aus mit dem Schnellzug zurückgefahren war.

Aus **Seattle** von der Westküste des nördlichen Amerika im Staate Washington wird berichtet: Die norwegische Bark „Prince Arthur“ ist am 2. Januar in der Nähe von Kap Flattery gestrandet. 18 Mann von der Besatzung sind ertrunken. Schiffsarzt und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.